

Prüfungsbericht

über den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2016 der Gemeinde Petersberg



Inhaltsverzeichnis

1. Die Gemeinde im Überblick	3
2. Prüfungsauftrag	4
3. Grundsätzliche Feststellungen	5
3.1 Lage der Gemeinde	5
3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf	5
3.1.2 Künftige Entwicklung sowie deren Chancen und Risiken	7
3.2 Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse	9
3.2.1 Grundlagen des Jahresabschlusses	9
3.2.2 Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Überblick	9
3.2.3 Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse	11
4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	14
4.1 Gegenstand der Prüfung	14
4.2 Art und Umfang der Prüfung	14
5. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	17
5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	17
5.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	17
5.1.2 Jahresabschluss einschließlich Anhang	19
5.1.3 Rechenschaftsbericht	19
5.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
5.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	20
5.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	20
5.2.3 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen	21
5.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen	21
5.3 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft	30
5.3.1 Allgemeine Feststellungen	30
5.3.2 Kreditermächtigungen und Kreditaufnahmen	31
5.3.3 Kassenkredite	32
5.3.4 Haushaltsvermerke	32
5.3.5 Plan-Ist-Vergleich Ergebnishaushalt	33
5.3.6 Plan-Ist-Vergleich Finanzhaushalt	35
5.3.7 Einhaltung des Stellenplanes	36
6. Bestätigungsvermerk und Schlussbemerkung	37
7. Anlagen zum Prüfungsbericht	39
7.1 Jahresabschluss 2016 der Gemeinde Petersberg	39
7.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht	39

Dieser Prüfungsbericht ist urheberrechtlich geschützt und besitzt lediglich internen Charakter. Jegliche externe Weitergabe, Vervielfältigung oder Veröffentlichung bedarf der ausdrücklichen Zustimmung durch:

Landkreis Fulda
 Der Kreisausschuss
 Fachdienst 1400 – Revision
 Wörthstraße 15, 36037 Fulda

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde bewusst darauf verzichtet, jeweils die männliche und weibliche Bezeichnung aufzuführen. Selbstverständlich sind aber trotz der Vereinfachung beiderlei Geschlechter ausdrücklich gemeint.

1. Die Gemeinde im Überblick

Gemeinde	Petersberg
Landkreis	Fulda
Regierungsbezirk	Kassel
Ortsteile	Petersberg, Marbach, Steinau, Margrethenhaun mit Böckels und Rex, Steinhaus, Haunedorf mit Almendorf
Einwohnerzahl	15.699 Einwohner (Quelle: Einwohnermeldeamt der Gemeinde Petersberg, Stand: 31.12.2016)
Bevölkerungsstruktur	Männlich 7.730 Einwohner Weiblich 7.969 Einwohnerinnen (Quelle: Einwohnermeldeamt der Gemeinde Petersberg, Stand: 31.12.2016)
Einwohnerstruktur	Unter 15 Jahren: 2.191 Einwohner Zwischen 15 und 65 Jahren: 10.122 Einwohner Über 65 Jahren: 3.387 Einwohner (Quelle: Einwohnermeldeamt der Gemeinde Petersberg, Stand: 31.12.2016)
Bürgermeister	Karl-Josef Schwiddessen
Bedienstete im Haushaltsjahr	5 Beamte 122 Beschäftigte (Anzahl der Bediensteten zum 31.12.2016 laut Anhang, abweichend vom Haushaltplan 2016 aufgrund von Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen)
Größe des Gemeindegebietes	35,51 qkm (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt)
Sitzverteilung Organe	<u>Gemeindevertretung:</u> CDU 20 Sitze, SPD 6 Sitze, CWE 6 Sitze, FDP 2 Sitze, Die Linke/Offene Liste 3 Sitze <u>Gemeindevorstand:</u> CDU 5 Sitze (inkl. Bürgermeister), SPD 1 Sitz, CWE 1 Sitz
Ausschüsse	<ul style="list-style-type: none"> • Haupt- und Finanzausschuss • Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Landwirtschaft und Infrastruktur • Ausschuss für Jugend- und Vereinswesen • Ausschuss für Senioren, Kultur und Soziales
Beteiligungen	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeindewerke Petersberg (Eigenbetrieb) • Abwasserverband Fulda • Zweckverband Gruppenwasserwerk Vorderrhön • Zweckverband Abfallsammlung Landkreis Fulda • Wasserverband Haune • Lokale Nahverkehrsgesellschaft Fulda mbH • Kommunales Gebietsrechenzentrum Hessen (ekom21)
Kindergärten	8 Kindertagesstätten, 4 davon in kirchlicher Trägerschaft
Bürgerhäuser	7 Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser
Veranlagungsregeln	Hebesatz Grundsteuer A: 240 % Hebesatz Grundsteuer B: 250 % Gewerbesteuer (Hebesatz): 350 %
Besonderheiten	Interkommunale Gewerbegebiete Zwei Einrichtungen der stationären Altenpflege

2. Prüfungsauftrag

Nach den Vorschriften des § 128 Absatz 1 HGO in Verbindung mit § 131 Absatz 1 Nr. 1 HGO obliegt der Revision des Landkreises Fulda die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

der Gemeinde Petersberg, nachfolgend auch „Gemeinde“ genannt.

Grundlage der Aufstellung des Jahresabschlusses durch die Gemeinde sind die Hessische Gemeindeordnung (HGO) und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) sowie die vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport erlassenen Hinweise und ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Regelungen. Nachrangig sind die handelsrechtlichen Vorschriften zu Grunde gelegt worden.

Die Haushaltswirtschaft mit doppelter Buchführung wird in den §§ 92 bis 114 HGO geregelt. Für die Bewertung des Vermögens und der Schulden sowie die Aufstellung der Vermögensrechnung sind die Regelungen der §§ 38 bis 52 GemHVO und die hierzu erlassenen Hinweise maßgebend.

Die Gemeinde ist für die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie des Anhangs und des Rechenschaftsberichtes nach den Vorschriften der HGO und der GemHVO verantwortlich. Grundlage sind die gesetzlichen Vorschriften des § 108 Absatz 3 HGO in Verbindung mit § 112 HGO und die §§ 32 ff. GemHVO. Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 erfolgt durch die Revision unter Wesentlichkeitsgrundsätzen und unter Beachtung der Leitlinien zur kommunalen Jahresabschlussprüfung des Instituts der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e. V. (vergleiche IDR-L-200).

Die jährliche Haushalts- und Wirtschaftsführung der Gemeinde findet ihren Abschluss in der Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss und der Entlastung des Gemeindevorstandes nach den Bestimmungen der §§ 113 und 114 in Verbindung mit § 51 Nr. 9 HGO.

Mit der Aufstellung des Jahresabschlusses nach § 112 HGO durch das Verwaltungsorgan (Gemeindevorstand) und dessen Prüfung durch die Revision werden die Beschlussfassungen des Vertretungsorgans (Gemeindevertretung) vorbereitet. Damit leistet der Prüfungsbericht auch einen Beitrag für das Kontroll- und Überwachungsrecht des Vertretungsorgans (§ 50 Absatz 2 HGO), das ihm über die gesamte Verwaltung, die Geschäftsführung des Verwaltungsorgans und die Verwendung der Einnahmen und Ausgaben beziehungsweise Erträge und Aufwendungen zusteht.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 ist mit Unterbrechungen in dem Zeitraum vom 30. August bis 6. September 2017 in den Räumen der Gemeinde und der Revision geprüft worden. Im Anschluss daran ist der vorliegende Prüfungsbericht erstellt worden.

Das Ergebnis der Abschlussprüfung wird gemäß § 128 Absatz 2 HGO im vorliegenden Prüfungsbericht dargestellt. Er ist in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (vergleiche IDW-PS-450) sowie gemäß den Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen des IDR (vergleiche IDR-L-260) erstellt worden.

3. Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Lage der Gemeinde

3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Im Jahresabschluss sowie im Rechenschaftsbericht werden nach Auffassung der Revision folgende wesentliche Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Gemeinde getroffen:

1. Der Jahresabschluss 2016 weist in der Ergebnisrechnung einen Jahresüberschuss von 1.828 TEUR aus. Er teilt sich auf in das ordentliche Ergebnis von 1.219 TEUR und in das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 609 TEUR zusammen.
2. Der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern am Kernertrag des Haushaltes ist im Vergleich zum Anteil der Schlüsselzuweisungen höher. Dies ist grundsätzlich anzustreben, um die Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich so gering wie möglich zu halten.

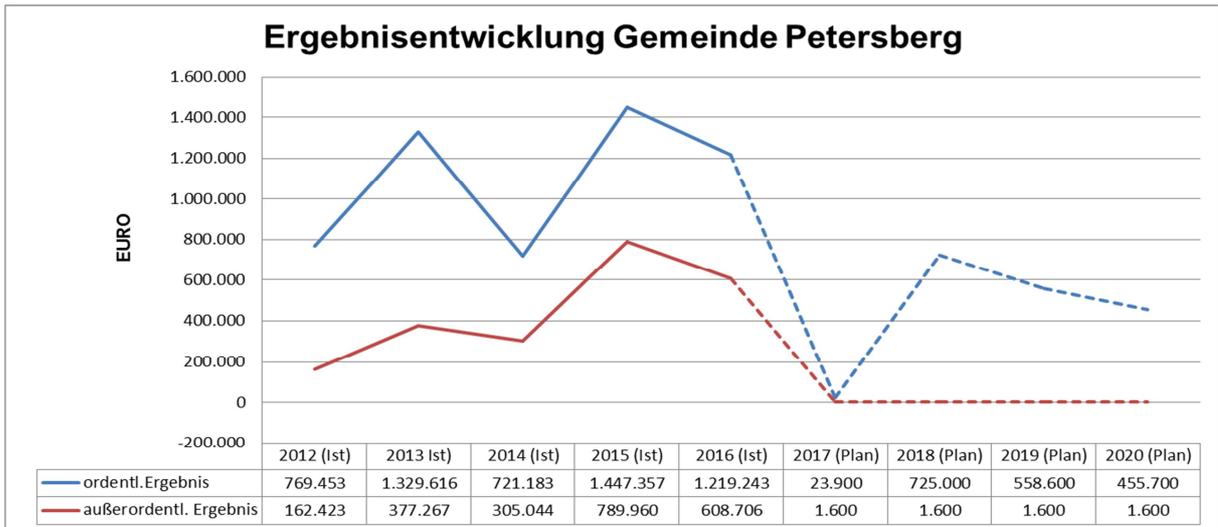
Aufgrund der Prüfung wird festgestellt:

Zu 1.: Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 2.237 TEUR fällt der Jahresüberschuss um den Betrag von 409 TEUR geringer aus; im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz fällt das Jahresergebnis jedoch um 1.788 TEUR höher aus. Das fortgeschriebene Planergebnis 2016 beträgt 40 TEUR, weil 10 TEUR aus dem Ergebnis in den Finanzhaushalt gemäß § 20 GemHVO übertragen wurden.

Die wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr finden sich bei den Erträgen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen (- 873 TEUR), bei den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen (+ 504 TEUR) und bei den Sonstigen ordentlichen Erträge (+ 268 TEUR) auf der Ertragsseite sowie bei Aufwendungen für Personal und Altersversorgung (zusammen + 352 TEUR), bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 213 TEUR) und bei den Aufwendungen für Steuern und gesetzliche Umlagen (- 406 TEUR).

Das im Vergleich zum Vorjahr um 181 TEUR gesunkene außerordentliche Ergebnis beläuft sich auf 609 TEUR. Es setzt sich im Wesentlichen zusammen aus außerordentlichen Erträgen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (94 TEUR über Buchwert) sowie sonstigen außerordentlichen Erträgen von 472 TEUR aus der Anpassung des Sonderpostens aus Erschließungsbeiträgen an die Herstellungskosten des Vermögensgegenstandes.

Das nachfolgende Schaubild zur Ergebnisentwicklung zeigt, dass das ordentliche Ergebnis nach dem Stand der Planungen zum Haushaltsjahr 2017 auch in den Folgejahren positiv bleiben wird und die Auswirkungen der einmaligen Effekte, die im außerordentlichen Ergebnis abgebildet werden, mittelfristig auf einem konstanten Niveau erwartet werden. Insgesamt ist das Jahresergebnis jedoch erheblichen Schwankungen unterworfen, die sich zum großen Teil aus dem Bereich der Steuereinnahmen ergeben.



Zu 2.: Wie die nachstehende Übersicht zeigt, liegt der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern an den ordentlichen Erträgen bei etwa 60 %. Der Anteil der Schlüsselzuweisungen und der Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (ohne investive Zuwendungen, Auflösung Sonderposten) liegt hingegen bei nur etwa 20 %. Somit verfügt die Gemeinde über eine relative Unabhängigkeit von Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich, und sichert sich dadurch einen Spielraum an Gestaltungs- und Investitionsmöglichkeiten. Sie kann so für ihre Bürger das Leben, Wohnen und Arbeiten in der Gemeinde attraktiver gestalten.

Haushaltsjahr (in TEUR)	2009	in %	2010	in %	2011	in %	2012	in %	2013	in %	2014	in %	2015	in %	2016	in %
Gemeindeanteil ESt	5.512		5.184		5.390		5.733		6.187		6.620		7.100		7.518	
Gemeindeanteil Ust	262		266		281		327		331		341		446		456	
GrundSt A + B	1.175		1.243		1.279		1.311		1.422		1.458		1.487		1.514	
GewSt	3.066	58,73%	4.294	61,12%	3.496	61,00%	4.547	60,73%	5.061	62,65%	4.859	62,53%	6.085	64,30%	4.724	60,50%
Sonstige Steuern	74		104		293		364		391		409		409		442	
Σ Erträge aus Steuern	10.090		11.091		10.739		12.281		13.393		13.688		15.527		14.654	
Schlüsselzuweisungen	3.040		2.746		2.307		3.590		3.390		3.402		3.437		3.961	
Zuweisungen für laufende Zwecke	437	20,24%	572	18,29%	629	16,68%	469	20,07%	483	18,12%	574	18,16%	600	16,72%	579	18,74%
Σ Erträge aus Zuweisungen	3.477		3.318		2.936		4.059		3.873		3.976		4.037		4.541	
Ordentliche Erträge	17.180		18.147		17.603		20.222		21.375		21.891		24.149		24.223	

Die Gemeinde geht in ihrer mittelfristigen Ergebnisplanung im Haushaltsplan 2017, der letzten aktuellen Planung, davon aus, dass sich die Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen bis zum Haushaltsjahr 2020 bei etwa 16.487 TEUR einpendeln werden; das entspricht einem Anteil von 64,71 % der geplanten Ordentlichen Erträge. Die Erträge aus (nicht investiven) Zuweisungen und Zuschüssen werden sich dann auf etwa 4.457 TEUR belaufen und einen Anteil von 17,49 % der geplanten Ordentlichen Erträge ausmachen.

3.1.2 Künftige Entwicklung sowie deren Chancen und Risiken

Im Rechenschaftsbericht werden nach Auffassung der Revision folgende wesentliche Aussagen zur künftigen Entwicklung der Gemeinde sowie deren Chancen und Risiken getroffen:

1. Die zentrale Frage für die örtliche Politik ist nicht, wie der Prozess der demographischen Entwicklung aufgehalten werden kann, sondern wann und wie das kommunale Dienstleistungsangebot quantitativ und inhaltlich neu ausgerichtet werden muss.
2. Vor dem Hintergrund des Kommunalen Finanzausgleichs passt die Gemeinde ihre Hebesätze für die Grundsteuern A und B und für die Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2017 auf die Nivellierungssätze des Landes Hessen an.
3. Die Fehlbeträge im Bereich der Kinderbetreuung sind hauptsächlich durch die Höhe der Personalaufwendungen geprägt.
4. Die relativ geringe Verschuldung der Gemeinde wirkt sich positiv auf das Jahresergebnis aus.
5. Die Gemeinde Petersberg betreibt kontinuierlich Wirtschaftsförderung.

Aufgrund der Prüfung wird festgestellt:

Zu 1.: Die Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde Petersberg zeigt seit 2011 einen kontinuierlichen leichten Aufwärtstrend. Auch im Haushaltsjahr 2016 konnte die Gemeinde noch einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Entscheidend ist hierbei, dass der Anteil der Bevölkerungsgruppe der 15- bis unter 65-jährigen mit etwas mehr als 72 vom Hundert annähernd konstant bleibt. In dieser Altersgruppe werden zum überwiegenden Teil die Erwerbseinkommen in einer Gemeinde erzielt, wovon letztlich die Steuerkraft einer Gemeinde abhängig ist. Das Risiko der Überalterung ist daher im Vergleich zu anderen Gemeinden in der ländlich geprägten Region der Rhön noch geringer.

Jahr	Einwohner	Unter 15 Jahren		15 bis 65 Jahre		Über 65 Jahren	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
2009	14.692	2.157	14,68%	9.282	63,18%	3.253	22,14%
2010	14.609	2.108	14,43%	9.287	63,57%	3.214	22,00%
2011	14.744	2.121	14,39%	9.401	63,76%	3.222	21,85%
2012	14.990	2.105	14,04%	9.659	64,44%	3.226	21,52%
2013	15.095	2.093	13,87%	9.766	64,70%	3.236	21,44%
2014	15.240	2.144	14,07%	9.795	64,27%	3.301	21,66%
2015	15.344	2.162	14,09%	9.836	64,10%	3.346	21,81%
2016	15.700	2.191	13,96%	10.122	64,47%	3.387	21,57%

Quelle: Hessische Gemeindestatistik, herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt bis einschließlich Stichtag 31.12.2015; Daten zum Stichtag 31.12.2016 laut Einwohnermeldeamt Gemeinde Petersberg

Die gemeindeeigene Statistik der Gemeinde Petersberg, die geringfügig von der des Hessischen Statistischen Landesamtes abweicht, geht im Rechenschaftsbericht (Seite 44) sogar von einer Einwohnerzahl von 15.724 zum Stichtag 31. Dezember 2016 aus. Die Gemeinde weist kontinuierlich neue Baugebiete aus (in den Jahren 2017 bis 2019 in den Ortsteilen Marbach, Steinau und Petersberg) und geht demzufolge in den kommenden Jahren von weiteren Zuwächsen aus. Langfristig rechnet sie aber mit einem prognostizierten Bevölkerungsrückgang bis etwa sieben vom Hundert.

Zu 2.: Aufgrund der gesetzlichen Neuregelung des „Kommunalen Finanzausgleichs“ in Hessen werden der Gemeinde ab 2016 für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen und der Umlageverpflichtungen (Kreis- und Schulumlage) Steuereinnahmen auf dem Nivellierungsniveau (Durchschnitt der Hebesätze landesweit) angerechnet, die sie bei niedrigeren Hebesätzen für Grund- und Gewerbesteuer nicht erzielen würde. Die Gemeinde hat deshalb ihre Hebesätze der Grundsteuer A, B und der Gewerbesteuer in 2017 auf die Nivellierungssätze (Durchschnittssätze) des Landes Hessen angepasst.

Gleichzeitig wirken sich aber auch die Umlageverpflichtungen zur Kreis- und Schulumlage aus, die 39 vom Hundert der ordentlichen Aufwendungen der Gemeinde ausmachen. Die Tatsache, dass Steuereinnahmen nur sehr schwer planbar sind, und damit auch die Auswirkungen auf den Kommunalen Finanzausgleich, stellt ein erhebliches Risiko für die Gemeinde dar.

Zu 3.: Die Vorgaben des neuen Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) mit einem darin festgelegten intensiveren Betreuungsschlüssel, eine erhöhte Anzahl zu betreuender Kinder und Tarifierhöhungen für das Betreuungspersonal haben den Personalaufwand in diesem Bereich von 914 TEUR im Haushaltsjahr 2009 auf rund 2.600 TEUR bis Ende 2017 ansteigen lassen. Das ist mehr als das Doppelte.

Zu 4.: Die Gemeinde ist bestrebt, ihre Investitionen zunächst aus eigenen Mittel zu finanzieren. Die letzten Darlehensausnahmen waren in den Haushaltsjahren 2012 (Darlehen für die Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges mit 250 TEUR), 2013 (Darlehen zum Ausbau der U3-Betreuung mit 2.210 TEUR) und 2014 (Darlehen zur Erweiterung der Kindertagesstätte Rauschenberg mit 700 TEUR).

Die Gemeinde tilgt kontinuierlich ihre Darlehensverpflichtungen, und die Hessische Beratungsstelle für „Nichtschutzschirmkommunen“ bestätigt der Gemeinde, dass ihr geringer Verschuldungsgrad ein wichtiger Faktor für das positive Jahresergebnis darstellt.

Zu 4.: Ein Ziel der Gemeinde ist es, dass ortsansässige Unternehmen ihren Standort beibehalten und neue Unternehmen in Petersberg ansiedeln. Somit steigen die Gewerbesteuerzahler und die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde. Damit verbunden ist die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Ein Interkommunales Gewerbegebiet in Peterberg ist zukünftig geplant.

Die Aussagen im Rechenschaftsbericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung der Gemeinde sowie deren Chancen und Risiken nach Auffassung der Revision zutreffend wider.

3.2 Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse

3.2.1 Grundlagen des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 ist ordnungsgemäß aus den Inventaren und der Buchhaltung der Gemeinde entwickelt worden. Die Vermögens- und Schuldenpositionen sind ausreichend nachgewiesen sowie richtig und vollständig erfasst. Der Ansatz und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der GemHVO und der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung. Die Vermögensrechnung ist gemäß Muster 20 zu § 49 GemHVO aufgestellt.

Nach § 112 Absatz 9 HGO soll der Gemeindevorstand den Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufstellen und die Gemeindevertretung unverzüglich über die wesentlichen Ergebnisse des Abschlusses unterrichten. In seiner Sitzung vom 27. Juni 2017 stellt der Gemeindevorstand den Jahresabschluss 2016 fest.

Die notwendigen Erläuterungen zur Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung sind gemäß § 50 GemHVO in Verbindung mit § 112 Absatz 4 Nr. 1 HGO im Anhang dargestellt, insbesondere die von der Gemeinde angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Im Rechenschaftsbericht nimmt der Gemeindevorstand Stellung zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde, stellt die Chancen und Risiken ihrer künftigen Entwicklung dar und gibt die nach § 51 GemHVO in Verbindung mit § 112 Absatz 3 HGO erforderlichen Angaben und Erläuterungen.

3.2.2 Die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage im Überblick

Das Vermögen der Gemeinde beläuft sich zum 31. Dezember 2016 auf 86.856 TEUR (im Vorjahr 86.806 TEUR). Die wesentlichen Positionen der Vermögensrechnung sowie die sich daraus ergebenden Kennzahlen und ihre Entwicklung in den letzten drei Jahren werden in den beiden nachfolgenden Übersichten dargestellt:

Berechnungsgrundlagen aus Jahresabschluss	2016	2015	2014
	EUR	EUR	EUR
Bilanzsumme	86.856.209	86.806.916	83.345.793
Anlagevermögen	74.403.617	74.451.820	75.108.083
Eigenkapital	45.934.605	44.106.656	41.869.338
Sonderposten (investiv)	26.657.315	27.279.366	26.739.065
Fremdkapital (Rückstellungen, Darlehen, Verbindlichkeiten, Sonderposten Gebührenaussgleich)	13.008.191	14.194.509	13.538.028
langfristiges Fremdkapital (Darlehen über 5 Jahre, Pensions- und Beihilferückstellungen, Rückstellungen Rekultivierung Deponien und Sanierung Altlasten)	7.860.058	8.301.521	8.890.680
Gesamtinvestitionen (Anlagenzugänge Immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen)	2.862.070	2.785.264	4.586.358
Abschreibungen auf Immaterielles Vermögen und Sachanlagevermögen	2.274.303	2.170.534	2.121.888

Kennzahlen		2016	2015	2014
		%	%	%
Eigenkapitalquote 1	Eigenkapital	x 100	52,89	50,81
	Bilanzsumme			
Eigenkapitalquote 2	Eigenkapital + Sonderposten (investiv)	x 100	83,58	82,24
	Bilanzsumme			
Anlagevermögensquote	Anlagevermögen	x 100	85,66	85,77
	Bilanzsumme			
Anlagendeckungsgrad 1	Eigenkapital + Sonderposten (investiv)	x 100	97,57	95,88
	Anlagevermögen			
Anlagendeckungsgrad 2	Eigenkapital + Sonderposten (investiv) + langfristiges Fremdkapital	x 100	108,13	107,03
	Anlagevermögen			
Fremdkapitalquote	Fremdkapital	x 100	14,98	16,35
	Bilanzsumme			
Re-Investitionsquote	Gesamtinvestitionen	x 100	125,84	128,32
	Abschreibungen			

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresüberschuss von 1.828 TEUR auf insgesamt 45.935 TEUR erhöht. Die Eigenkapitalquote 1, die den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ausdrückt, steigt damit auf 52,89 % (im Vorjahr 50,81 %). Unter Berücksichtigung des eigenkapitalähnlichen Sonderpostens, der im Wesentlichen aus den erhaltenen und nicht rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen sowie Beiträgen für durchgeführte Investitionsmaßnahmen besteht, ergibt sich eine Eigenkapitalquote 2 von 83,58 % (im Vorjahr 82,24 %). Grundsätzlich gilt, je höher die Eigenkapitalquote einer Kommune ist, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto größer ihre finanzielle Stabilität.

Die Veränderungen des Eigenkapitals ergeben sich in der Regel aus dem Jahresergebnis der Ergebnisrechnung. Ein wesentlicher Aufwand in der kommunalen Ergebnisrechnung ist der Personalaufwand. Im Jahr 2016 betragen die Aufwendungen für Personal und Altersvorsorge der Gemeinde Petersberg 5.903 TEUR. Die Gemeinde muss hierfür einen Anteil von 24,37% ihrer ordentlichen Erträge aufwenden, um die Personalaufwendungen zu finanzieren.

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Personalaufwandsquote	24,45%	22,62%	25,03%	22,00%	22,64%	24,25%	22,99%	24,37%

Zur Refinanzierung der gemeindlichen Aufwendungen stehen der Gemeinde Petersberg im Wesentlichen die Steuererträge und die Schlüsselzuweisungen des Landes Hessen zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2016 betragen die Steuererträge 14.654 TEUR und damit 60,50 % der ordentlichen Erträge (Steuerquote). Die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen belaufen sich auf 4.541 TEUR und stellen damit 18,74 % der ordentlichen Erträge (Zuwendungsquote) dar.

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Steuerquote	58,73%	61,12%	61,00%	60,73%	62,65%	62,53%	64,30%	60,50%

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Zuwendungsquote	20,24%	18,29%	16,68%	20,07%	18,12%	18,16%	16,72%	18,74%

Die Anlagevermögensquote (auch Anlagenintensität genannt) gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des gesamten Anlagevermögens am Gesamtvermögen der Gemeinde ist. Eine hohe Anlagenintensität ist für Kommunen eher typisch, da die Vermögenslage meist durch ein hohes Infrastrukturvermögen (zum Beispiel Gemeindestraßen, Wasser- und Abwasserleitungen) geprägt ist. Andererseits lässt eine hohe Anlagenintensität auch auf hohe fixe Aufwendungen (insbesondere Abschreibungen, Instandhaltungen) schließen. Die Anlagevermögensquote der Gemeinde beträgt zum Stichtag 85,66 % (im Vorjahr 85,77%).

Die Anlagendeckungsgrade 1 und 2 zeigen an, wie das Anlagevermögen durch das Kapital finanziert ist. Das Anlagevermögen soll der Kommune langfristig zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen. Es handelt sich um langfristig gebundenes Vermögen, das ebenso langfristig finanziert sein soll. Die Anlagendeckung durch Eigenkapital und Sonderposten (Anlagendeckungsgrad 1) sollte mindestens 100 %, und unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals (Anlagendeckungsgrad 2) sogar über 100 % betragen. Für die Gemeinde Petersberg errechnet sich ein Anlagendeckungsgrad 1 von 97,57 % (im Vorjahr 95,88 %) und ein Anlagendeckungsgrad 2 von 108,13 % (im Vorjahr 107,03 %).

Die Fremdkapitalquote der Gemeinde beläuft sich auf 14,98 % (im Vorjahr 16,35 %). Diese Quote zeigt den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital und stellt genau wie die Eigenkapitalquote den Grad der Verschuldung beziehungsweise der finanziellen Unabhängigkeit dar. Allgemein gilt, dass eine Kommune in ihrem Handlungsspielraum unabhängiger ist, je geringer die Fremdkapitalquote ausfällt.

Bei der Re-Investitionsquote wird auf das Verhältnis von Gesamtinvestitionen ins Anlagevermögen zu den bilanziellen Abschreibungen auf das Anlagevermögen im Haushaltsjahr abgestellt. Sie beschreibt, in welchem Umfang die gesamten Investitionen im Haushaltsjahr durch die jährlichen Abschreibungen erwirtschaftet werden. Liegt die Re-Investitionsquote bei über 100 %, so hat sich das Anlagevermögen durch Neuinvestitionen erhöht und ist in vollem Umfang aus den Abschreibungen erwirtschaftet worden. Die Re-Investitionsquote der Gemeinde beträgt zum Stichtag 125,84% (im Vorjahr 128,32%).

Eine Anwendung von Kennzahlen ist grundsätzlich sinnvoll, allerdings ist dabei das Umfeld der Kommune zu berücksichtigen (demographische, soziale, ökonomische Faktoren). Eine Vergleichbarkeit im interkommunalen Bereich ist im Vorfeld genau zu untersuchen, insbesondere im Hinblick auf die gegebenenfalls unterschiedliche Zuordnung von Buchungsdaten oder zulässigen Abweichungen nach der GemHVO (zum Beispiel bei Nutzungsdauern oder der Ausübung von Wahlrechten). Ebenfalls ist bei der Anwendung von Kennzahlen im kommunalen Bereich zu berücksichtigen, dass kommunales Vermögen zum Großteil nicht veräußerbar ist und somit kein Schuldendeckungspotenzial besitzt. Ausschlaggebend ist deshalb nicht unbedingt die Höhe des Eigenkapitals sondern die Beständigkeit in den Folgejahren.

3.2.3 Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse

1. Die Gemeinde Petersberg hat im Haushaltsjahr 2016 ihre Finanzbuchhaltungs-Software umgestellt. Im Rahmen des Abgleichs der Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2016 mit den Vorjahreswerten ist aufgefallen, dass sich aufgrund des Wechsels der Finanzbuchhaltungs-Software von C.I.P. Kommunal/KD auf die Software H&H proDoppik im Laufe des Haushaltsjahres 2016 ein einmaliger Bilanzbruch in der Darstellung der Einheitskasse der Gemeinde Petersberg mit den beiden Betriebszweigen „Wasserversorgung“ und „Parkhaus“ ihres Eigenbetriebs „Gemeindewerke Petersberg“ hinsichtlich des Vorjahressaldos ergibt.

Während die Vorgänger-Software C.I.P. Kommunal/KD die beiden Unterkassen „Wasserversorgung“ und „Parkhaus“ jeweils getrennt als Forderung oder Verbindlichkeit gegenüber der führenden Kasse der Gemeinde in der Vermögensrechnung ausgewiesen hat, saldiert die neue Software H&H proDoppik die beiden Unterkassen und weist sie in Summe nur noch als *eine* Forderung beziehungsweise *eine* Verbindlichkeit in der Vermögensrechnung aus.

Dadurch ergibt sich in den Bilanzpositionen 2.3.4 „Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen“ und 4.8 „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen“, eine betragsmäßige Bilanzverkürzung um 50.437 EUR, die sich bis in die Bilanzsumme fortsetzt.

Bilanzposition / Konto	H&H proDoppik		C.I.P. Kommunal		Δ H&H proDoppik / C.I.P. Kommunal 2015
	2016 (Haushaltsjahr)	2015 (Vorjahr)	2016 (Haushaltsjahr)	2015 (Vorjahr)	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen					
andere Konten unverändert	355.621,24 €	153.164,88 €		153.164,88 €	
25330100 * Sonstige Forderungen aus VWG Verwaltungsgemeinschaftskonto	0,00 €	0,00 €		0,00 €	
25890000 Forderungen gegen Eigenbetrieb Gemeindewerke Betriebszweig Parkhaus	0,00 €	0,00 €		50.437,21 €	
Summe Bilanzposition:	355.621,24 €	153.164,88 €		203.602,09 €	50.437,21 €
Bilanzsumme:	86.856.209,37 €	86.756.478,70 €		86.806.959,91 €	50.437,21 €
4.8 Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen					
andere Konten unverändert	19.727,54 €	38.594,58 €		38.594,58 €	
25330100 * Sonstige Forderungen aus VWG Verwaltungsgemeinschaftskonto	0,00 €	331.183,32 €		0,00 €	
46990100 Sonstige Verbindlichkeiten aus VWG Verwaltungsgemeinschaftskonto	298.807,90 €	0,00 €		0,00 €	
48950000 Verbindlichkeiten gegen Eigenbetrieb Gemeindewerke Betriebszweig Parkhaus	0,00 €	0,00 €		381.620,53 €	
Summe Bilanzposition:	318.535,44 €	369.777,90 €		420.215,11 €	50.437,21 €
Bilanzsumme:	86.856.209,37 €	86.756.478,70 €		86.806.959,91 €	50.437,21 €

* Das Konto 25330100 Sonstige Forderungen aus VWG Verwaltungsgemeinschaftskonto ist als so genanntes "Wechsel-Konto" eingerichtet. Je nach dem, ob sich aus der Saldierung der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Eigenbetrieb Gemeindewerke Petersberg in der Einheitskasse *eine* Forderung oder *eine* Verbindlichkeit ergibt, wechselt das Konto auf die Aktivseite oder die Passivseite der Vermögensrechnung.

- Die Haushaltssatzung 2016 der Gemeinde Petersberg liegt im Entwurf nach Bekanntmachung in der „Gemeindezeitung Petersberg“ am 18. November 2015 vom 19. bis 27. November 2015 öffentlich aus. Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan am 17. Dezember 2015. Sofern keine besonderen Hinderungsgründe entgegenstehen, ist die Vorschrift des § 97 Absatz 4 HGO zu beachten. Hiernach soll die von der Gemeindevertretung beschlossene Haushaltssatzung mit ihren Anlagen spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres der Aufsichtsbehörde vorgelegt werden.
- Mit Verfügung vom 24. Februar 2016 erteilt die Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda die aufsichtsbehördliche Genehmigung; die Genehmigung ergeht auflagenfrei. Die genehmigte Haushaltssatzung liegt nach Bekanntmachung in der „Gemeindezeitung Petersberg“ am 4. März 2016 vom 10. bis 18. März 2016 öffentlich aus.

Bis zu diesem Zeitpunkt befindet sich die Gemeinde im Status der vorläufigen Haushaltsführung nach § 99 HGO. Die Prüfung der Haushaltswirtschaft ergibt, dass diese gemäß den haushaltsrechtlichen Vorschriften vollzogen worden ist.

4. Bei den Einzahlungen und Auszahlungen, den Erträgen und Aufwendungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung wird grundsätzlich nach den geltenden Vorschriften verfahren. Die einzelnen Rechnungsbeträge sind sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt. Die Prüfung der Haushaltswirtschaft ergibt, dass die geltenden Vorschriften des § 21 GemHVO zur Übertragung von Haushaltsresten eingehalten werden.
5. Der Anhang ist dem Jahresabschluss beigefügt. Die nach § 50 GemHVO in Verbindung mit § 112 Absatz 4 HGO vorgeschriebenen Erläuterungen und weiteren Angaben sind im Anhang enthalten. Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Anhang grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften. Die Anlagen zum Jahresabschluss sind vollständig und richtig.
6. Der Rechenschaftsbericht steht mit dem Jahresabschluss im Einklang und vermittelt eine zutreffende Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde. Er entspricht, nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen, im Wesentlichen der gesetzlichen Vorschrift des § 51 Absatz 1 GemHVO in Verbindung mit § 112 Absatz 3 HGO.
7. Die Vorschriften zur ordnungsgemäßen Bewertung und Bilanzierung werden nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen eingehalten. Der Jahresabschluss vermittelt nach § 112 Absatz 1 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde Petersberg.
8. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 49 TEUR auf 86.856 TEUR erhöht. Die betragsmäßige Bilanzverkürzung von 50 TEUR ist hierbei, wie unter Punkt 3.2.3 beschrieben, berücksichtigt. Die Netto-Position bleibt im Vergleich zum Vorjahr unverändert und beträgt 25.526 TEUR.
9. Die gemäß § 48 Absatz 2 GemHVO vorgeschriebene Ergänzung der Teilergebnisrechnungen durch Leistungsmengen und Kennzahlen wurde für den Jahresabschluss 2016 nur teilweise vorgenommen (siehe auch unter Punkt 5.1.1).
10. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.828 TEUR teilt sich auf in das ordentliche Ergebnis von 1.219 TEUR und in das außerordentliche Ergebnis von 609 TEUR. Die Prüfung der Ergebnisrechnung ergibt, dass diese im Wesentlichen den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Das außerordentliche Ergebnis ergibt sich hauptsächlich aus der Anpassung des Sonderpostens an die Anschaffungs- und Herstellungskosten der dazugehörigen Anlagegüter. Die Anpassung des Sonderpostens ist zu überprüfen.
11. Die Finanzrechnung schließt mit einer Verringerung der liquiden Mittel um 191 TEUR ab, so dass die Gemeinde am Ende des Haushaltsjahres 2016 über einen Zahlungsmittelbestand von 9.652 TEUR verfügt. Die Finanzrechnung enthält alle im Haushaltsjahr geleisteten Einzahlungen und Auszahlungen. Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen, entspricht die Finanzrechnung grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften.

4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses (bestehend aus Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang) und des Rechenschaftsberichts liegen in der Verantwortung des Gemeindevorstandes der Gemeinde.

Aufgabe der Revision ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Dazu hat die Revision den Haushaltsplan, die Buchführung, die Anlagen, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016, bestehend aus der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, sowie dem Anhang und dem Rechenschaftsbericht (Anlagen 7.1.) für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 der Gemeinde geprüft. Der Jahresabschluss ist unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der HGO beziehungsweise GemHVO aufgestellt worden.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wird die Einhaltung der rechtlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss, Anhang und den Rechenschaftsbericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen ist die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlichen Tatbeständen, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss, Anhang und Rechenschaftsbericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung.

Im Haushaltsjahr 2016 sind neben der Prüfung des Jahresabschlusses auch zwei unvermutete Kassenprüfungen am 13. April und am 5. September 2016 durchgeführt worden.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Revision hat die Prüfung nach §§ 128 und 131 HGO auf der Grundlage des risikoorientierten Prüfungsansatzes nach den Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Jahresabschlussprüfungen (IDR-L-200) sowie in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Insbesondere wird der Jahresabschluss mit allen Unterlagen daraufhin geprüft, ob:

- der Haushaltsplan eingehalten ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt sind,
- bei den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,

- die Anlagen zum Jahresabschluss nach § 50 GemHVO vollständig und richtig sind,
- der Jahresabschluss insgesamt nach § 112 Absatz 1 HGO ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune darstellt und
- der Rechenschaftsbericht nach § 51 Absatz 1 GemHVO eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune vermittelt.

Die Prüfung schließt die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses sowie des Anhangs und des Rechenschaftsberichtes mit ein.

Die vorgenannten Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind. Die Prüfung bezieht sich dabei auch auf die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses sowie des Anhangs und des Rechenschaftsberichtes.

Nach den Grundsätzen eines risikoorientierten Prüfungsansatzes hat die Revision eine am Risiko der Gemeinde ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wird auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

So sind für die Prüfung die Finanzdaten für das Jahr 2016 nach dem GDPdU-Standard aus der Finanzbuchhaltungssoftware H&H ausgelesen worden. Die Revision hat analytische Prüfungen über den gesamten Datenbestand durchgeführt.

Darauf aufbauend wird ein prüffeldbezogenes und risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Gemeinde Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und der Angaben im Jahresabschluss und dem Rechenschaftsbericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze, der wesentlichen Einschätzungen des Gemeindevorstandes und des Leiters des Fachbereichs Finanzen sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses, des Anhangs und des Rechenschaftsberichtes.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Rechenschaftsberichtes sind die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie im Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene, einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl durch die Prüfer.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Zu- und Abgänge im Anlagevermögen; insbesondere im Bereich „Geleistete Investitionszuschüsse“,
- wesentliche Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung, insbesondere im Bereich des außerordentlichen Ergebnisses,

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter werden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt. Insbesondere sind folgende Prüfungshandlungen durchgeführt beziehungsweise folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet worden:

- Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände ist auf Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt. Die Revision hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauer so vorgenommen wurde, dass eine Stetigkeit für künftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet wird.
- Saldenbestätigungen von Kreditinstituten sind eingeholt worden.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Revision durch analytische Prüfungen sowie Stichproben überzeugt. Die bewusste Stichprobenauswahl erfolgte nach Wesentlichkeitsgesichtspunkten. Die Werthaltigkeit der Forderungen wurde insbesondere durch eine Analyse der Altersstruktur geprüft.
- Die Rückstellungen sind durch Befragung der Mitarbeiter und der Verwaltungsleitung insbesondere hinsichtlich der Pflichtrückstellungen nach § 39 Absatz 1 GemHVO auf Vollständigkeit untersucht worden. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe ist durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen und eine kritische Beurteilung der vorgenommenen Schätzungen geprüft worden.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen liegt der Revision ein versicherungsmathematisches Gutachten der Beamtenversorgungskasse Kassel vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Revision bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt. Der Berechnung liegt gemäß § 41 Abs. 6 GemHVO die Anwendung des Teilwertverfahrens (§ 6a Abs. 3 EStG) mit einem Rechnungszinsfuß von 6 % zu Grunde. Wir weisen darauf hin, dass sich bei Berechnung der Rückstellung nach § 253 Abs. 2 HGB unter Zugrundelegung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Abzinsungssatzes ein höherer Rückstellungswert ergeben würde.
- Im Rahmen der Prüfung der Ergebnisrechnung ist eine kritische Durchsicht vorgenommen worden, und bei auffälligen Posten sind stichprobenhaft eingescannte Originalbelege im EDV-gestützten Archivierungssystem eingesehen worden.
- Bei prüfungsrelevanten Sachverhalten werden Verträge und andere begründende Unterlagen vor Ort eingesehen.
- Die Prüfung der Haushaltswirtschaft orientiert sich an der IDR-Richtlinie L-720.
- Als Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses sind auch die unterjährig durchgeführten unvermuteten Kassenprüfungen am 13. April und am 5. September 2016 anzusehen.

Die Revision ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung ist der geprüfte und unter dem Datum vom 14. Oktober 2016 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung beziehungsweise durch die verantwortlichen Mitarbeiter erteilt. Der Gemeindevorstand hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts am 29. August 2017 schriftlich bestätigt (siehe Anlage 7.2).

5. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

5.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des Kommunalen Verwaltungs-Kontenrahmens (KVKR) erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle sind vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst worden. Die Belege sind ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und in einem EDV-gestützten System archiviert. Die Zahlen der Vorjahresbilanz werden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss ist zutreffend aus der Buchführung entwickelt und vom Gemeindevorstand aufgestellt worden.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet grundsätzlich eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die Gemeinde hat gemäß § 10 Absatz 3 GemHVO im Haushaltsplan produktorientierte Ziele festgelegt sowie vereinzelt Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt. Eine Übernahme dieser Kennzahlen in die Ergebnisrechnung erfolgt jedoch nicht. Die Zielerreichung wird somit noch nicht systematisch kontrolliert. Seit dem Haushaltsjahr 2013 ist in Teilbereichen ein softwaregestütztes Kennzahlensystem zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung im Einsatz.

Abweichend von den in Muster 12 zu § 4 Absatz 2 GemHVO vorgeschriebenen 16 Produktbereichen, hat die Gemeinde Petersberg folgende Produktbereiche festgelegt:

- 1 Zentrale Verwaltung,
- 2 Schule und Kultur,
- 3 Soziales und Jugend,
- 4 Gesundheit und Sport,

- 5 Gestaltung der Umwelt und
- 6 Zentrale Finanzleistungen.

Eine Auswertung nach Muster 12 zu § 4 Absatz 2 GemHVO ist jedoch sichergestellt.

Bei der Prüfung wird festgestellt, dass die von der Gemeinde getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Gemeinde nutzt zum Prüfungszeitpunkt für ihre doppische Buchführung die Software H&H Pro Doppik der Firma H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft mbH, Berlin in der Version 4.08A05. Die Finanzbuchhaltungs-Software H&H Pro Doppik ist von der TÜV Informationstechnik GmbH, Essen geprüft worden. Der Revision liegt ein bis zum 30. November 2019 gültiges Zertifikat vom 11. Januar 2017 vor.

Folgende Module kommen dabei zur Anwendung:

- Rechnungswesen,
- Anlagenbuchhaltung,
- Verbrauchsabrechnung,
- Kosten- und Leistungsrechnung,
- Rechnungseingangsbuch,
- Belegarchiv,
- Automatische Ist-Zuordnung,
- Barkasse,
- Kredite und Ausleihungen,
- Gesamtabschluss und
- E-Bilanz.

Die Nebenbuchhaltungen sind direkt mit der Hauptbuchhaltung verknüpft.

Eine Datensicherung erfolgt regelmäßig. Ein Passwortschutz besteht.

Die Revision stellt fest, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen grundsätzlich entsprechen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht.

Ergänzend zur Jahresabschlussprüfung erfolgt nach § 131 Absatz 1 Nr. 2 HGO die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und Belege zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses. Entsprechende Kassenprüfungen sind gemäß § 131 Absatz 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 27 GemKVO am 13. April und am 5. September 2016 von der Revision durchgeführt worden.

5.1.2 Jahresabschluss einschließlich Anhang

Die Vermögensrechnung, die Ergebnisrechnung sowie die Finanzrechnung sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten sind grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet worden. Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Die Bildung der Pflichtrückstellungen nach § 39 Absatz 1 GemHVO wurde beachtet.

Die Ergebnisrechnung sowie die Teilrechnungen (6 Hauptproduktbereiche) sind ordnungsgemäß erstellt worden. Die Teilrechnungen sind auf Auffälligkeiten hin überprüft worden; es ergeben sich keine Beanstandungen. Die rechnerische Übereinstimmung wird festgestellt.

Zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung ist nach § 14 GemHVO eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen. Die Gemeinde Petersberg führt seit dem Haushaltsjahr 2014 eine Kosten- und Leistungsrechnung im Bereich der Produktgruppe „Tageseinrichtungen für Kinder“. Weiterhin nimmt sie interne Leistungsverrechnungen zwischen den einzelnen Produkten vor. Eine Kosten- und Leistungsrechnung ist für die übrigen Bereiche weiter auszubauen.

Der Anhang enthält gemäß § 50 GemHVO die notwendigen Erläuterungen der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Gemeinde angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Revision kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

5.1.3 Rechenschaftsbericht

Der vom Leiter des Fachbereichs Finanzen aufgestellte und vom Gemeindevorstand bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht in der Anlage 7.1 beigefügt. Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- Stellung nimmt zum Verlauf der Haushaltswirtschaft und der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Aufgabenerfüllung;
- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde vermittelt;
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt;
- alle weiteren nach § 51 GemHVO erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Dem Fachdienst Revision sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre. Im Berichtsjahr sind keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses festzustellen.

5.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

5.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Revision vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen grundsätzlich ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune. Der Rechenschaftsbericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

5.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die folgenden wesentlichen Bewertungsgrundlagen, die im Haushaltsjahr ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte und die nachfolgenden wesentlichen Wert bestimmenden Faktoren (Einfluss von Wert bestimmenden Parametern auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen sowie die Annahmen und Ausübung von Ermessensentscheidungen) sind im Hinblick auf die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses besonders zu erwähnen:

- Das Anlagevermögen ist zum Prüfungstichtag grundsätzlich zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Als Abschreibungsmethode findet ausschließlich die lineare Abschreibung Anwendung. Für die Festlegung der Nutzungsdauer wird die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Orientierung an der erwarteten wirtschaftlichen, technischen und rechtlichen Nutzungsdauer beziehungsweise an den vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport festgelegten Abschreibungstabellen zu Grunde gelegt.
- Sofern Gründe für dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Marktwert vorgenommen.
- Unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips werden im Bereich der Forderungen gemäß § 43 Absatz 4 GemHVO Einzelwertberichtigungen in Höhe von zusammen 45 TEUR und Pauschalwertberichtigung von insgesamt 30 TEUR gebildet. In Summe werden 36 TEUR ergebniswirksam den Wertberichtigungen zugeführt und 36 TEUR an Erträgen durch Herabsetzung der Wertberichtigungen erzielt. Bei der Einzelwertberichtigung sind alle Forderungen berücksichtigt worden, bei denen eidesstattliche Erklärungen abgegeben worden sind beziehungsweise bei denen ein Insolvenzverfahren anhängig ist oder bis zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung keine Zahlungseingänge erfolgt sind.
- Debitorische Kreditoren beziehungsweise kreditorische Debitoren sind nur umgebucht worden, sofern das gesamte Bilanzkonto umgeschlagen ist.
- Nach den Berechnungsmethoden für den kommunalen Finanzausgleich sind entsprechende Rückstellungen in Höhe von 1.300 TEUR gebildet worden; die ertragswirksame Auflösung im Haushaltsjahr 2016 beträgt 244 TEUR.
- Die gemäß § 48 Absatz 2 GemHVO vorgeschriebene Ergänzung der Teilergebnisrechnungen durch Leistungsmengen und Kennzahlen ist für den Jahresabschluss 2014 noch nicht vorgenommen worden. Laut „Beschleunigungserlass“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 30. Juli 2014 sowie dessen Verlängerung durch Erlass vom 29. Juni 2016 kann dies bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2018 zurückgestellt werden.

Ebenso kann die Abstimmung der Buchbestände mit den tatsächlich vorhandenen Vermögensgegenständen (Nr. 3 der Hinweise zu § 36 GemHVO) bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2017 zurück gestellt werden. Dies gilt auch für Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens mit Ausnahme der flüssigen Mittel.

Zu weitergehenden Erläuterungen zu den Bewertungsgrundlagen wird auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss (Anlage 7.1) verwiesen.

5.2.3 Änderungen in den Bewertungsgrundlagen

Veränderungen im Bereich der Bewertungsmethoden für das Haushaltsjahr 2016 werden nicht festgestellt.

5.2.4 Aufgliederungen und Erläuterungen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung gegenüber dem Vorjahr unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten dargestellt. Die Darstellung der Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung kann in der Form und auch durch Rundungsdifferenzen von den Mustern der GemHVO geringfügig abweichen.

Vermögensrechnung - AKTIVA

Gemeinde Petersberg Vermögensstruktur (Aktiva) 2016	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung zum Vorjahr EUR
	EUR	%	EUR	%	
langfristiges Vermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	13.141.360	15,1	13.214.374	15,2	-73.014
Sachanlagevermögen	46.619.865	53,7	46.632.221	53,7	-12.356
Finanzanlagevermögen	14.642.392	16,9	14.605.226	16,8	37.166
	74.403.617	85,7	74.451.820	85,8	-48.204
kurz- und mittelfristiges Vermögen					
Vorräte / fertige und unfertige Erzeugnisse	7.433	0,0	8.242	0,0	-809
Forderungen aus Zuweisungen	704.457	0,8	730.466	0,8	-26.009
Forderungen aus Steuern	1.030.996	1,2	780.878	0,9	250.118
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	330.736	0,4	288.173	0,3	42.564
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen *	355.621	0,4	203.602	0,2	152.019
Sonstige Vermögensgegenstände	29.925	0,0	108.719	0,1	-78.794
Flüssige Mittel	9.651.534	11,1	9.842.199	11,3	-190.665
	12.110.702	13,9	11.962.279	13,8	148.423
Rechnungsabgrenzungsposten	341.891	0,4	392.817	0,5	-50.926
Summe AKTIVA *	86.856.209	100,0	86.806.916	100,0	49.293

* Die Werte "Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen" und "Summe AKTIVA" in der Spalte "31.12.2015" differieren in den Auswertungen von C.I.P. Kommunal/KD und H&H proDoppik um den Betrag von 50.437 EUR. Grund hierfür ist eine unterschiedliche Darstellungsweise der Einheitskasse in der Vermögensrechnung (siehe auch im Prüfungsbericht unter Punkt 3.2.3 Prüfungsfeststellungen).

Insgesamt hat sich die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr um 49 TEUR erhöht, was sich im Wesentlichen aus einer Zunahme von Forderungen ergibt.

Während das langfristige Vermögen um insgesamt - 48 TEUR abnimmt, erhöht sich das Umlaufvermögen um 148 TEUR. Hauptanteil hieran tragen die Veränderungen bei den Forderungen aus Steuern (+ 250 TEUR), bei den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (+ 152 TEUR) und bei den liquiden Mitteln (- 191 TEUR).

Im Einzelnen ist festzustellen, dass sich die immateriellen Vermögensgegenstände um insgesamt - 73 TEUR verringert haben. Die Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechte nehmen, bedingt durch die Investition in die neue Finanzbuchhaltungs-Software, zwar um 96 TEUR zu, während die geleisteten Investitions-zuschüsse in Summe um - 169 TEUR abnehmen.

Den Neuinvestitionen in das Sachanlagevermögen von 2.567 TEUR stehen Anlagenabgänge in Höhe von 894 TEUR und reguläre Aufwendungen für Abschreibung von 1.903 TEUR gegenüber. Die größten Einzelmaßnahmen im Bereich der Zugänge finden sich in der Erweiterung und Fertigstellung der Kindertagesstätte Rauschenberg mit 675 TEUR, verschiedene Straßenbaumaßnahmen im Bereich der Gemeindestraßen, darunter auch Erschließung von Neubaugebieten, mit 695 TEUR (zum Beispiel Brüder-Grimm-Straße und Hinterm Hainberg II) sowie Anschaffungen im Bereich des Fuhrparks (im Wesentlichen für ein Feuerwehrfahrzeug LF10 und einen Kommunaltraktor) mit 498 TEUR.

Das Finanzanlagevermögen wächst um 37 TEUR, was sich hauptsächlich aus der Einzahlung von Anteilen in die Beamtenversorgungsrücklage in Höhe von 43 TEUR sowie aus der Tilgungsleistung der gewährten Darlehen von insgesamt - 6 TEUR ergibt.

Das kurz- und mittelfristige Vermögen erhöht sich um insgesamt 148 TEUR. Wesentliche Veränderungen sind im Anstieg der Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben um 250 TEUR. Die größten Veränderungen liegen im Bereich der Forderungen aus Gewerbesteuer. Weiterhin wirken sich die Zunahme der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen um 152 TEUR sowie der Rückgang der liquiden Mittel um - 191 TEUR und der Sonstigen Vermögensgegenstände um - 79 TEUR im Bereich des kurz- und mittelfristigen Vermögens aus. Die Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen verändern sich dagegen nur um - 26 TEUR und bestehen zum großen Teil aus Forderungen aus Tilgungszuschüssen im Rahmen der Investitionsprogramme von Bund Land.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten sinkt um - 51 TEUR, im Wesentlichen durch die reguläre Auflösung von Ansparraten von - 46 TEUR.

Vermögensrechnung – PASSIVA

Gemeinde Petersberg Kapitalstruktur (Passiva) 2016	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung zum Vorjahr
	EUR	%	EUR	%	EUR
langfristiges Kapital					
Netto-Position	25.525.540	29,4	25.525.540	29,4	0,00
Rücklagen	18.581.116	21,4	16.343.798	18,8	2.237.318
Ergebnisverwendung	1.827.950	2,1	2.237.318	2,6	-409.368
Sonderposten	26.657.315	30,7	27.279.366	31,4	-622.051
Pensionsrückstellungen	4.743.530	5,5	4.816.457	5,5	-72.927
Verbindlichkeiten aus Krediten	5.588.608	6,4	6.105.161	7,0	-516.553
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00
	82.924.058	95,5	82.307.640	94,8	616.419
mittel- und kurzfristiges Kapital					
Rückstellungen KFA und Steuerschuldverhältnisse	1.299.800	1,5	1.543.700	1,8	-243.900
Sonstige Rückstellungen	11.000	0,0	123.043	0,1	-112.043
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen	351.162	0,4	490.478	0,6	-139.316
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	468.249	0,5	373.122	0,4	95.126
Verbindlichkeiten aus Steuern	118.955	0,1	99.585	0,1	19.370
Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen *	318.535	0,4	420.215	0,5	-101.680
Sonstige Verbindlichkeiten	108.352	0,1	222.747	0,3	-114.396
	2.676.053	3,1	3.272.891	3,8	-596.837
Rechnungsabgrenzungsposten	1.256.098	1,4	1.226.386	1,4	29.712
Summe PASSIVA *	86.856.209	100,0	86.806.916	100,0	49.293

* Die Werte "Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen" und "Summe PASSIVA" in der Spalte "31.12.2015" differieren in den Auswertungen von C.I.P. Kommunal/KD und H&H proDoppik um den Betrag von 50.437 EUR. Grund hierfür ist eine unterschiedliche Darstellungsweise der Einheitskasse in der Vermögensrechnung (siehe auch im Prüfungsbericht unter Punkt 3.2.3 Prüfungsfeststellungen).

Das langfristige Kapital wächst um insgesamt 616 TEUR. Die Netto-Position bleibt dabei im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses steigen hingegen um den ordentlichen Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2015 von 1.447 TEUR, die Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses steigen um den außerordentlichen Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2015 von 790 TEUR. Damit stehen der Gemeinde insgesamt 45.935 TEUR an Eigenkapital zur Verfügung.

Die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten verringern sich um die planmäßigen Tilgungen von 517 TEUR. Im Haushaltsjahr 2016 wurden keine neuen Darlehen aufgenommen.

Der Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und -beiträge sinkt im Vergleich zum Vorjahr um - 622 TEUR. Die Veränderung resultiert dabei im Wesentlichen aus Zugängen im Bereich der Zuweisungen vom Land Hessen (+ 350 TEUR) und Zugängen im Bereich der Straßenbeiträge (+ 585 TEUR) sowie aus den ertragswirksamen Auflösungen von 1.280 TEUR.

Das mittel- und kurzfristige Kapital sinkt im Vergleich zum Vorjahr um - 597 TEUR. Hierzu tragen im Wesentlichen die Auflösung der Rückstellungen für die Kreis und Schulumlage um - 244 TEUR und der Sonstigen Rückstellungen um - 112 TEUR sowie der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen um - 139 TEUR und der Sonstigen Verbindlichkeiten um - 114 TEUR bei.

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten, der hauptsächlich Erträge aus Grabnutzungsgebühren enthält, erhöht sich um 30 TEUR.

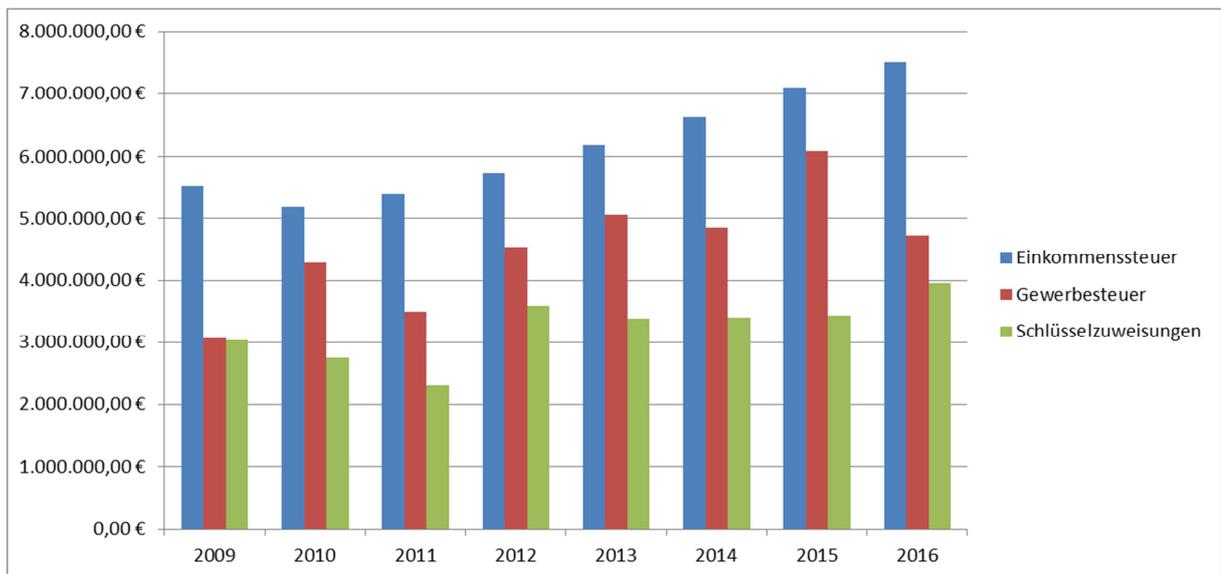
Ergebnisrechnung

Gemeinde Petersberg Gesamtergebnisrechnung 2016	2016		2015		Veränderung zum Vorjahr
	EUR	%	EUR	%	EUR
Privatrechtliche Leistungsentgelte	362.576	1,50	376.578	1,56	-14.002
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	965.769	3,99	930.454	3,85	35.316
Kostensersatzleistungen und -erstattungen	932.398	3,85	776.067	3,21	156.330
Bestandsveränderungen u. aktivierte Eigenleistungen	-660	-0	-312	-0	-348
Steuern und steuerähnliche Erträge	14.654.152	60,50	15.526.947	64,30	-872.795
Erträge aus Transferleistungen	508.595	2,10	518.748	2,15	-10.153
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	4.540.610	18,74	4.036.949	16,72	503.661
Erträge aus Auflösung Sonderposten	1.280.148	5,28	1.272.257	5,27	7.891
Sonstige ordentliche Erträge	979.720	4,04	711.256	2,95	268.464
Ordentliche Erträge	24.223.309	100,00	24.148.945	100,00	74.365
Personal- und Versorgungsaufwand	-5.903.297	25,69	-5.550.949	24,50	-352.348
Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	-3.557.349	15,48	-3.344.474	14,76	-212.875
Abschreibungen	-2.310.601	10,06	-2.191.301	9,67	-119.300
Aufwendungen für Zuweisungen/ Zuschüsse	-977.584	4,25	-960.070	4,24	-17.514
Steueraufwendungen/ Umlageverpflichtungen	-9.927.462	43,20	-10.333.673	45,62	406.211
Transferaufwendungen	-281.576	1,23	-250.911	1,11	-30.665
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-20.522	0,09	-21.258	0,09	737
Ordentliche Aufwendungen	-22.978.390	100,00	-22.652.636	100,00	-325.754
Verwaltungsergebnis	1.244.919		1.496.308		-251.389
Finanzerträge	96.360		89.648		6.711
Finanzaufwendungen	-122.035		-138.599		16.564
Finanzergebnis	-25.676		-48.951		23.275
Ordentliches Ergebnis	1.219.243		1.447.357		-228.114
Außerordentliche Erträge	620.692		876.281		-255.589
Außerordentliche Aufwendungen	-11.986		-86.321		74.335
Außerordentliches Ergebnis	608.706		789.960		-181.254
Jahresergebnis	1.827.950		2.237.318		-409.368

Die Ergebnisrechnung weist für das Haushaltsjahr 2016 einen Jahresüberschuss von 1.828 TEUR aus, der sich in das ordentliche Ergebnis von 1.219 TEUR und in das außerordentliche Ergebnis von 609 TEUR aufteilt. Es ist um 409 TEUR niedriger als das Vorjahresergebnis.

Die ordentlichen Erträge fallen mit 24.223 TEUR um 74 TEUR höher aus als im Vorjahr.

Im Wesentlichen sind es die Erträge aus Steuern und Abgaben und die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, die das Ergebnis beeinflussen. Die Erträge aus Steuern setzen sich dabei hauptsächlich aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (7.518 TEUR), der Gewerbesteuer (4.724 TEUR) und der Grundsteuer B (1.474 TEUR) zusammen; im Vergleich zu 2015 ist der Ertrag aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 418 TEUR gestiegen und der Ertrag aus der Gewerbesteuer um 1.361 TEUR gesunken. Die Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben liegen insgesamt um 873 TEUR niedriger als im Vorjahr.



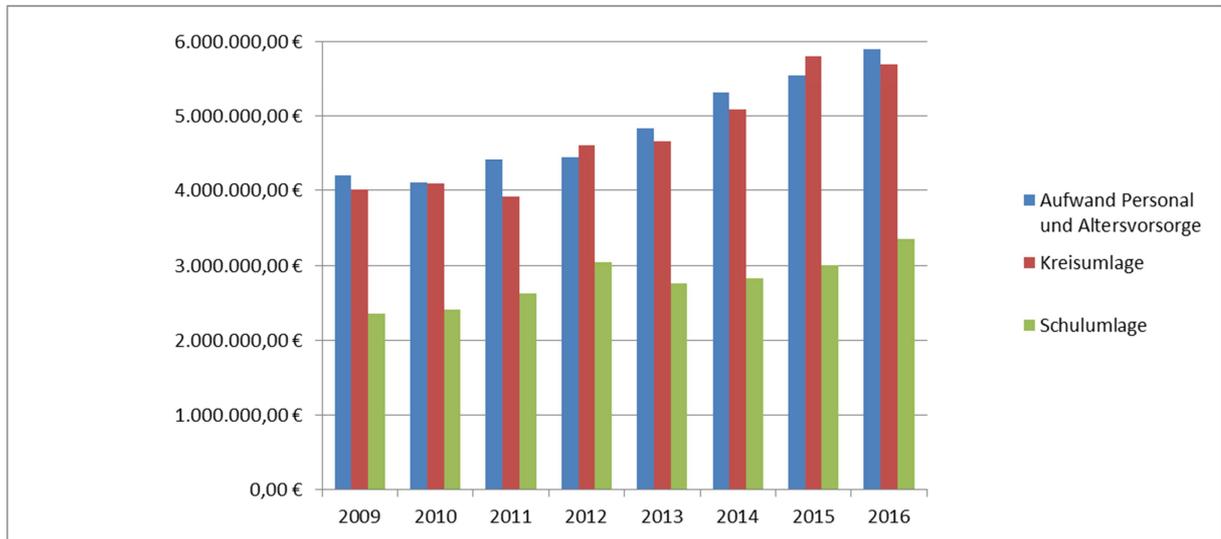
Bei den Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen dominieren die Schlüsselzuweisungen mit 3.961 TEUR und fallen damit um 525 TEUR höher aus als im Vorjahr. Die Erträge aus Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land sind dagegen im Vergleich zum Vorjahr um 18 TEUR gesunken.

Die Erträge aus Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen fallen im Vergleich zum Vorjahr um 156 TEUR höher aus. Dies ist im Wesentlichen durch höhere Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Bereich Kinderbetreuung (+ 83 TEUR im Vergleich zum Vorjahr), durch höhere Kostenerstattungen von privaten Unternehmen (+ 28 TEUR im Vergleich zum Vorjahr) und durch höhere Kostenerstattungen von Krankenkassen (+ 24 TEUR im Vergleich zum Vorjahr) verursacht.

Daneben haben im Haushaltsjahr 2016, im Vergleich zum Vorjahr, die Sonstigen ordentlichen Erträge einen wesentlichen Einfluss auf die Summe der Ordentlichen Erträge. Die Sonstigen ordentlichen Erträge fallen insgesamt um 268 TEUR höher aus als im Vorjahr. Hierfür sind hauptsächlich die Erträge aus der Herabsetzung der Rückstellung für die Kreis- und Schulumlage mit 244 TEUR verantwortlich.

Die ordentlichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 326 TEUR gestiegen. Hauptursache hierfür sind die im Vergleich zum Vorjahr um 352 TEUR höheren Aufwendungen für Personal und Altersversorgung; daran tragen allein die Mehraufwendungen im Bereich Kinderbetreuung in gemeindeeigenen und sonstigen Einrichtungen einen Anteil von 235 TEUR.

Ebenso haben sich im Vorjahresvergleich, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 213 TEUR sowie die Aufwendungen für Abschreibungen um 119 TEUR erhöht. Lediglich im Bereich der Aufwendungen für Steuern und Umlageverpflichtungen ist ein Minderaufwand von 406 TEUR im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen; die um 368 TEUR niedrigeren Aufwendungen für die Gewerbesteuerumlage tragen den Hauptanteil daran.



Die größten Posten bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von insgesamt 3.557 TEUR sind die Aufwendungen für Strom (Senkung um 16 TEUR auf 520 TEUR), die Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen (Anstieg um 45 TEUR auf 374 TEUR), die Aufwendungen für die Instandhaltung von Sachanlagen im Gemeingebrauch (Senkung um 9 TEUR auf 268 TEUR), die Aufwendungen für Fremdreinigung (Anstieg um 21 TEUR auf 216 TEUR), die Aufwendungen für die Instandhaltung von Gebäuden und Außenanlagen (Anstieg um 20 TEUR auf 196 TEUR) sowie die Aufwendungen für Abwässer (Anstieg um 2 TEUR auf 247 TEUR). Bei den Werten in den Klammern handelt es sich um den Vorjahresvergleich.

Bei den Aufwendungen für Abschreibungen mit insgesamt 2.311 TEUR spielen die Abschreibungen auf Gebäude und Infrastruktur eine übergeordnete Rolle mit 1.364 TEUR. Die Aufwendungen für Abschreibungen beinhalten auch die Wertberichtigungen auf Forderungen mit insgesamt 36 TEUR.

Das Finanzergebnis schließt mit einem im Vergleich zum Vorjahr um 23 TEUR niedrigeren Fehlbetrag von - 26 TEUR ab. Die Finanzerträge belaufen sich dabei auf insgesamt 96 TEUR und betreffen im Wesentlichen die Erträge aus verbundenen Unternehmen (Eigenbetrieb der Gemeinde 49 TEUR), die Verzinsung von Steuernachforderungen (23 TEUR) sowie Bankzinsen (14 TEUR). Die Finanzaufwendungen von insgesamt 122 TEUR enthalten hauptsächlich die Auflösung der Ansparraten (46 TEUR), die gezahlten Bankzinsen (33 TEUR) aus Kreditverpflichtungen sowie die Zinsdienstumlage für das Konjunkturprogramm (33 TEUR).

In der Gesamtergebnisrechnung übersteigen die ordentlichen Erträge (24.223 TEUR) die ordentlichen Aufwendungen (- 22.978 TEUR), so dass daraus im Verwaltungsergebnis ein Überschuss von 1.245 TEUR resultiert. Das laufende Verwaltungshandeln wird durch die ordentlichen Erträge gedeckt. Unter Berücksichtigung des Fehlbetrages beim Finanzergebnis von - 26 TEUR ergibt sich ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 1.219 TEUR.

Das außerordentliche Ergebnis (609 TEUR) ist im Wesentlichen durch außerordentliche Erträge aus der Anpassung von Sonderposten an die Anschaffungs- und Herstellungskosten (472 TEUR) geprägt; in diesem Zusammenhang verweisen wir auf Punkt 10. der Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse im Abschnitt 3.2.3. Weiterhin fließen in diese Position die Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (100 TEUR). Hier fließen jedoch nur die Erträge über dem jeweiligen Buchwert des Vermögensgegenstandes ein. Im Einzelnen waren dies im Haushaltsjahr 2016 hauptsächlich Erträge aus dem Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken. Ebenso tragen Sonstige periodenfremde Erträge von 38 TEUR zum außerordentlichen Ergebnis bei.

Ergebnis der einzelnen Hauptproduktbereiche

Gemeinde Petersberg Teilergebnisrechnung 2016 (Hauptproduktbereich)	Verwaltungs- ergebnis	Finanz- ergebnis	Ordentl. Ergebnis	Außerordentl. Ergebnis	Jahres- ergebnis (vor iLv)	Ergebnis iLv	Jahres- ergebnis (nach iLv)
Zentrale Verwaltung	-2.533.590	4.416	-2.529.175	105.420	-2.423.754	1.296.677	-1.127.077
Schule und Kultur	-192.334	0	-192.334	-1.936	-194.271	-127.645	-321.916
Soziales und Jugend	-2.882.288	0	-2.882.288	32.242	-2.850.046	-183.706	-3.033.752
Gesundheit und Sport	-506.525	0	-506.525	386	-506.140	-158.516	-664.656
Gestaltung der Umwelt	-2.229.318	0	-2.229.318	472.595	-1.756.723	-826.809	-2.583.532
Zentrale Finanzleistungen	9.588.974	-30.091	9.558.883	0	9.558.883	0	9.558.883
EUR	1.244.919	-25.676	1.219.243	608.706	1.827.950	0	1.827.950

Die vorstehende Übersicht zeigt, welche Hauptproduktbereiche wesentlich zum Jahresergebnis beitragen und damit steuerungsrelevant sind. Die im Folgenden dargestellten Werte beziehen sich dabei immer auf das Jahresergebnis nach interner Leistungsverrechnung.

Hauptproduktbereich „1 – Zentrale Verwaltung“: Dieser untergliedert sich in die beiden Produktbereiche „Innere Verwaltung“ und „Sicherheit und Ordnung“. Insgesamt erwirtschaftet dieser Hauptproduktbereich im Haushaltsjahr 2016 einen Fehlbetrag von – 1.127 TEUR.

Im Produktbereich „Innere Verwaltung“ tragen wesentlich die Produkte „Gemeindeorgane und Repräsentationen“ (- 351 TEUR; im Vorjahr - 261 TEUR), „Innere Verwaltungsangelegenheiten und Zentrale Dienste“ (- 760 TEUR; im Vorjahr - 757 TEUR) sowie das Produkt „Liegenschaftswesen“ (632 TEUR; im Vorjahr 900 TEUR) zum Teilergebnis von - 554 TEUR bei. Im Produkt „Liegenschaftswesen“ werden neben den Erträgen aus Konzessionsabgaben von 508 TEUR (im Vorjahr 492 TEUR) außerordentliche Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen von 93 TEUR (im Vorjahr 388 TEUR) erzielt.

Das Ergebnis des Produktbereiches „Sicherheit und Ordnung“ wird entscheidend von den Produkten „Brandschutz“ (- 369 TEUR; im Vorjahr - 371 TEUR), „Melde- und Personendstandswesen“ (- 158 TEUR; im Vorjahr - 143 TEUR) und „Wahlen und Statistik“ (- 38 TEUR; im Vorjahr - 12 TEUR) bestimmt; in diesem Produktbereich läuft ein Jahresergebnis von - 573 TEUR (im Vorjahr - 559 TEUR) auf.

Im Bereich des Produktes „Bauhof“ ergibt sich nach interner Leistungsverrechnung ein Überschuss von 117 TEUR (im Vorjahr 115 TEUR). Durch die interne Leistungsverrechnung werden die Aufwendungen des Bauhofs den Produkten zugeordnet, die sie auch verursacht haben. Das Ergebnis der internen Leistungsverrechnung beträgt insgesamt 1.391 TEUR (im Vorjahr 1.349 TEUR).

Hauptproduktbereich „3 – Soziales und Jugend“: Hier erwirtschaftet die Gemeinde im Haushaltsjahr 2016 einen Jahresfehlbetrag von - 3.034 TEUR (im Vorjahr - 2.834 TEUR) nach interner Leistungsverrechnung in den Produktbereichen „Soziale Hilfen“ und „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“.

Das Produkt „Kinderbetreuung in gemeindeeigenen und sonstigen Einrichtungen“ trägt mit einem Fehlbetrag von - 2.661 TEUR (im Vorjahr - 2.500 TEUR) hauptsächlich zum Ergebnis im Hauptproduktbereich 3 bei. Die ordentlichen Aufwendungen von - 4.116 TEUR (im Vorjahr - 3.741 TEUR) setzen sich im Wesentlichen aus Personalaufwendungen (- 2.377 TEUR; im Vorjahr - 2.143 TEUR), aus Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (- 476 TEUR; im Vorjahr 445 TEUR) und Aufwendungen für Betriebskostenzuschüsse an Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft (- 740 TEUR; im Vorjahr - 690 TEUR) zusammen. Diesem Aufwand stehen Erträge von insgesamt 1.483 TEUR (im Vorjahr 1.320 TEUR) gegenüber.

Von nicht geringerer Bedeutung sind hier auch die Produkte „Einrichtungen der Jugendarbeit“ mit einem Fehlbetrag von - 230 TEUR (im Vorjahr - 204 TEUR) und „Seniorenarbeit sowie sonstige soziale Hilfen und Leistungen“ mit einem Jahresfehlbetrag von - 86 TEUR (im Vorjahr - 80 TEUR).

Hauptproduktbereich „4: – Gesundheit und Sport“: Dieser Hauptproduktbereich untergliedert sich in die Produkte „Förderung des Sports“ mit einem Jahresfehlbetrag von - 166 TEUR (unverändert gegenüber dem Vorjahr), „Kommunale Sportstätten“ mit einem Jahresfehlbetrag von - 301 TEUR (im Vorjahr - 257 TEUR) und „Schwimmbad“ mit einem Jahresfehlbetrag von - 198 TEUR (im Vorjahr - 183 TEUR), so dass hier ein negatives Jahresergebnis von insgesamt - 665 TEUR (im Vorjahr - 606 TEUR) entsteht. In dem Produkt „Schwimmbad“ können die Personalaufwendungen von - 166 TEUR (im Vorjahr - 164 TEUR) nur teilweise durch die Summe der ordentlichen Erträge von 99 TEUR (im Vorjahr 126 TEUR) gedeckt werden.

Hauptproduktbereich „5 – Gestaltung der Umwelt“: Hier tragen unter anderem die Produktbereiche „Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV“, „Natur- und Landschaftspflege“ und „Wirtschaft und Tourismus“ wesentlich zum Ergebnis bei. Insgesamt läuft hier ein Jahresfehlbetrag von - 2.584 TEUR (im Vorjahr - 2.597 TEUR) auf.

Bei dem Produkt „Gemeindestraßen, Wege und Plätze“ sind der Aufwand für Abschreibungen mit - 859 TEUR (unverändert gegenüber dem Vorjahr) und der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen insgesamt mit - 511 TEUR (im Vorjahr - 529 TEUR) die wesentlichen Positionen. Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus Investitionszuschüssen und -beiträgen belaufen sich auf 751 TEUR (im Vorjahr 752 TEUR).

Das Produkt „Straßenreinigung, Winterdienst und Straßenbeleuchtung“ belastet das Jahresergebnis dieses Hauptproduktbereiches mit - 537 TEUR (im Vorjahr - 589 TEUR). Aber auch die Produkte „Öffentliches Grün, Landschaftsbau“ mit - 355 TEUR (im Vorjahr - 370 TEUR), „Friedhofs- und Bestattungswesen“ mit - 177 TEUR (im Vorjahr - 162 TEUR) sowie das Produkt „Gemeinschaftshäuser und sonstige öffentliche Einrichtungen“ mit - 509 TEUR (im Vorjahr - 410 TEUR) tragen wesentlich zum negativen Ergebnis dieses Hauptproduktbereiches bei. Das Produkt „Gemeinschaftshäuser ...“ verschlechtert im Vergleich zum Vorjahr sein Ergebnis um - 99 TEUR, was auf höhere Erträge aus der Nutzung dieser Einrichtungen und gestiegenen Aufwendungen für Instandhaltungen zurückzuführen ist. Das Produkt „ÖPNV“ mit - 13 TEUR spielt in diesem Hauptproduktbereich eine eher untergeordnete Rolle.

Hauptproduktbereich „6 – Zentrale Finanzleistungen“: Diesem Hauptproduktbereich werden die Produkte „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ und „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ zugeordnet. Hier werden die Steuererträge, die Zuweisungen und die Finanzerträge abgebildet. Das Jahresergebnis des Produktes „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ beläuft sich im Haushaltsjahr auf 9.440 TEUR (im Vorjahr 9.158 TEUR) und fällt im Vergleich zum Vorjahr um 282 TEUR höher aus.

Finanzrechnung

Gemeinde Petersberg Finanzrechnung (direkt) 2016	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung zum Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.180.095	22.819.950	-639.855
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-20.746.101	-19.558.732	-1.187.369
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.433.995	3.261.218	-1.827.224
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.621.740	4.023.901	-2.402.161
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.667.288	-2.756.593	89.304
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	-1.045.549	1.267.308	-2.312.857
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	0	0	0
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-516.553	-510.856	-5.697
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit	-516.553	-510.856	-5.697
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	5.279.191	4.668.252	610.939
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	-5.341.749	-4.499.883	-841.866
Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	-62.558	168.369	-230.927
Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	9.842.199	5.656.159	4.186.039
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-190.665	4.186.039	-4.376.704
Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	9.651.534	9.842.199	-190.665

Die Finanzrechnung enthält alle zahlungswirksamen Finanzmittelströme des Haushaltsjahres und dient der Darstellung der Finanzkraft der Gemeinde. Sie zeigt die Möglichkeit zur Finanzierung von Investitionen und des Verwaltungshandelns und entspricht einer Kapitalflussrechnung (Cash-Flow).

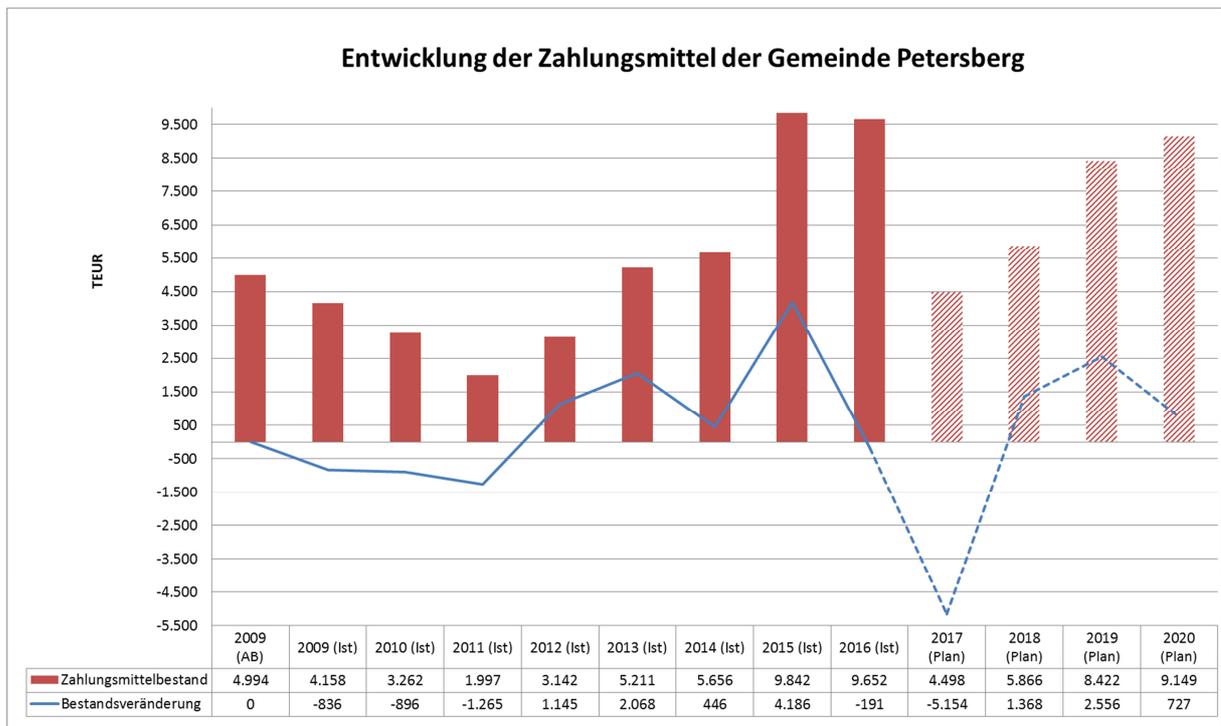
Die Kapitalflussrechnung zeigt, dass der Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit von 1.434 TEUR ausreicht, um den Zahlungsmittelfehlbedarf aus der Finanzierungstätigkeit von - 517 TEUR zu decken.

Der Mittelabfluss für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 2.667 TEUR teilt sich auf in Auszahlungen für Baumaßnahmen von 1.332 TEUR, in Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden von 80 TEUR, in Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen von 338 TEUR, in Auszahlungen für Fuhrpark und Betriebsausstattung von 875 TEUR und Auszahlungen in Finanzanlagen von 43 TEUR. Dem gegenüber stehen Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -beiträgen von 1.158 TEUR sowie Einzahlungen aus der Veräußerung von Anlagevermögen von 458 TEUR.

Im Haushaltsjahr 2016 kommt es zu keinen Einzahlungen aus Kreditaufnahmen, so dass sich nach Zahlung der laufenden Tilgungsverpflichtungen von 517 TEUR in der Finanzierungstätigkeit ein negativer Zahlungsmittelsaldo von 517 TEUR ergibt.

Zusammen mit dem Zahlungsmittelbedarf aus den haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen von - 63 TEUR führt dies insgesamt zu einer Verringerung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr 2016 um - 191 TEUR.

Der Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres beträgt 9.652 TEUR. Für die Haushaltsjahre 2017 bis 2020 zeigt die nachstehende Übersicht eine Planungsvorschau über die Entwicklung der Zahlungsmittel auf der Grundlage der Bestandsveränderungen aus der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsplanes 2017. Hiernach verfügt die Gemeinde nicht nur über ausreichend Finanzmittel zur Erfüllung ihrer kommunalen Pflichtaufgaben, sondern kann darüber hinaus auch freiwillige Leistungen für ihre Bürger (wie zum Beispiel die Förderung der örtlichen Vereine) erbringen.



5.3 Feststellungen und Erläuterungen zur Haushaltswirtschaft

5.3.1 Allgemeine Feststellungen

Im Rahmen der Prüfung und der Berichterstattung über die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft ist eine Feststellung zu treffen, ob diese den geltenden gesetzlichen Vorschriften entspricht. Nach § 128 Absatz 1 Nr. 1 HGO ist es Aufgabe der Revision zu prüfen, ob der Haushaltsplan eingehalten wurde. Dabei ist insbesondere darauf einzugehen, ob die haushaltswirtschaftliche Lage geeignet ist, eine nachhaltige und stetige Aufgabenerfüllung sicherzustellen.

In die Prüfung mit einbezogen wurden die Vorschriften zu den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen, den Grundsätzen der Einnahmebeschaffung, der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan. Darüber hinaus sind ortsrechtliche Bestimmungen zu beachten.

Gemeinde Petersberg Haushaltssatzung 2016			
im Ergebnishaushalt	Haushalts- satzung EUR	im Finanzhaushalt	Haushalts- satzung EUR
im ordentlichen Ergebnis	-100	Saldo laufender Verwaltungstätigkeit	1.072.700
Gesamtbetrag der Erträge	24.000.000		
Gesamtbetrag der Aufwendungen	24.000.100	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.011.600
		Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	3.693.000
im außerordentlichen Ergebnis	30.100		
Gesamtbetrag der Erträge	30.100	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0
Gesamtbetrag der Aufwendungen	0	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	517.300
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	30.000	Finanzmittelüberschuss / -fehlbedarf	-2.126.000
Kreditermächtigungen	0	Höchstbetrag der Kassenkredite	750.000
Verpflichtungsermächtigungen	0		

Nachfolgend werden zum Vollzug der Haushaltswirtschaft der Gemeinde Petersberg für das Haushaltsjahr 2016 folgende Feststellungen getroffen:

Die Haushaltssatzung 2016 wird der Gemeindevertretung am 5. November 2015 im Entwurf vorgelegt. Der Entwurf liegt vom 19. bis 27. November 2015 öffentlich aus. Die Gemeindevertretung beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan in ihrer Sitzung am 17. Dezember 2015. Mit Verfügung der Kommunalaufsicht des Landrates des Landkreises Fulda vom 24. Februar 2016 wird die Haushaltssatzung 2016 der Gemeinde Petersberg mit dem Haushaltsplan ohne Auflagen genehmigt. Die beschlossene und genehmigte Fassung der Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan liegt in der Zeit vom 10. bis 18. März 2016 öffentlich aus.

Bis zur öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2016 befindet sich die Gemeinde in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 99 HGO. Die Prüfung ergibt keine Hinweise, dass gegen die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung verstoßen worden ist.

Die Gemeinde hat eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 101 HGO mit der Haushaltssatzung vorgelegt.

5.3.2 Kreditermächtigungen und Kreditaufnahmen

Nach § 2 der Haushaltssatzung 2016 sind keine Kreditaufnahmen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen veranschlagt. Laut Finanzrechnung kommt es im Haushaltsjahr 2016 zu keinen neuen Kreditverträgen und auch zu keinen Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten.

Im Haushaltsjahr 2016 leistet die Gemeinde Auszahlungen von 517 TEUR zur Tilgung von Darlehensverbindlichkeiten. Somit kommt es im Haushaltsjahr 2016 zu keiner Netto-Neuverschuldung.

Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 3 der Haushaltssatzung 2016 nicht vorgesehen.

5.3.3 Kassenkredite

Zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen werden nach § 4 der Haushaltssatzung 2016 Kassenkredite von 750 TEUR veranschlagt. Im geprüften Zeitraum wird von dieser Ermächtigung jedoch kein Gebrauch gemacht.

5.3.4 Haushaltsvermerke

Für den Haushalt 2016 werden sechs Teilhaushalte auf Hauptproduktbereichsebene gebildet. Jeder Teilhaushalt besteht aus einem Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt. Die ausgewiesenen Teilhaushalte bilden jeweils ein Budget gemäß § 4 GemHVO. Die im Haushaltsplan 2016 der Gemeinde aufgestellten Grundsätze zur Deckungsfähigkeit orientieren sich am § 20 GemHVO:

- Die in einem Budget veranschlagten zahlungswirksamen Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig. Hiervon ausgenommen sind die Mittel für die Fraktionen (§ 36a Absatz 4 HGO), die Verfügungsmittel (§ 13 GemHVO) sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen.
- Die Ansätze der veranschlagten Aufwendungen für die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Kontenklassen 62, 63, 644 – 646) und für die Auszahlungen in die Beamtenversorgungsrücklage sind in einem eigenen Deckungskreis gegenseitig deckungsfähig.
- Zahlungsunwirksame Aufwendungen sind nicht zu Gunsten von zahlungswirksamen Aufwendungen deckungsfähig.
- Die in einem Budget veranschlagten Auszahlungen für Investitionen sind gegenseitig deckungsfähig.
- Zahlungswirksame Aufwendungen eines Budgets sind zu Gunsten der Investitionsauszahlungen des Budgets einseitig deckungsfähig.

Darüber hinaus wird gemäß § 19 Absatz 2 GemHVO für alle Produkte erklärt, dass zahlungswirksame Mehrerträge die Ansätze für Aufwendungen innerhalb desselben Produktes erhöhen können. Weitergehende Deckungsvermerke enthält der Haushaltsplan nicht.

Die Bedingungen des § 21 GemHVO zur Übertragung von Haushaltsresten werden eingehalten. Übertragene Ansätze für Aufwendungen eines Budgets bleiben hiernach längstens bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Jahres verfügbar. Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen bleiben hiernach bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar.

Aus dem Haushaltsjahr 2015 werden investive Haushaltsreste von insgesamt 1.497 TEUR aus dem Investitionshaushalt nach 2016 übertragen. Vor dem Hintergrund des Wechsels der Finanzbuchhaltungs-Software ändert sich die Art der Darstellung der Haushaltsreste, was einmalig zu unterschiedlichen Beträgen führt. Die alte Software C.I.P Kommunal weist für das Haushaltsjahr 2015 den Übertrag an investiven Haushaltsresten von 1.089 TEUR bilanzorientiert aus, während die neue Software H&H proDoppik die investiven Haushaltsreste mit einem Betrag von 1.497 TEUR zahlstromorientiert ausweist.

In das Haushaltsjahr 2017 werden entsprechend der Übersicht im Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2016 investive Haushaltsreste von 2.152 TEUR übertragen. Budgetreste sind im Haushaltsjahr 2016 nicht Gegenstand von Haushaltsübertragungen.

Die Gemeinde tätigt im Haushaltsjahr 2016 außerplanmäßige Investitionsaufwendungen und -auszahlungen nach § 100 HGO zur Beschaffung einer neuen Geschwindigkeitsüberwachungsanlage (78 TEUR) und zur Beschaffung und Einführung einer neuen Software für die Finanzbuchhaltung (99 TEUR). Entsprechende Beschlüsse des Gemeindevorstandes beziehungsweise der Gemeindevertretung liegen der Revision vor.

Verstöße gegen die vorgenannten Vorschriften werden nicht festgestellt. Insgesamt ist bei den Einzahlungen und Auszahlungen, bei den Einnahmen und Ausgaben, bei den Erträgen und Aufwendungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden.

5.3.5 Plan-Ist-Vergleich Ergebnishaushalt

Bezeichnung der Erträge (in EUR)	Haushalts-Ansatz	fort-geschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis
Privatrechtliche Leistungsentgelte	325.600	348.793	362.576	13.784
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	814.000	875.330	965.769	90.439
Kostenersatzleistungen, -erstattungen	721.600	757.590	932.398	174.808
Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistung	0	0	-660	-660
Erträge aus Steuern und Umlagen	15.072.000	15.072.000	14.654.152	-417.848
Erträge aus Transferleistungen	498.500	498.500	508.595	10.095
Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen	4.535.200	4.535.200	4.540.610	5.410
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.283.200	1.283.200	1.280.148	-3.052
Sonstige ordentliche Erträge	650.300	650.300	979.720	329.420
Ordentliche Erträge	23.900.400	24.020.912	24.223.309	202.397
Finanzerträge	99.600	99.600	96.360	-3.240
Außerordentliche Erträge	30.100	30.100	620.692	590.592
Gesamterträge	24.030.100	24.150.612	24.940.361	789.749

Die tatsächlichen ordentlichen Erträge sowie die Finanzerträge und die außerordentlichen Erträge der Ergebnisrechnung von zusammen 24.940 TEUR haben sich gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 24.151 TEUR um 790 TEUR verbessert.

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

Die veranschlagten Erträge werden um 14 TEUR übertroffen. Zu dieser Veränderung tragen im Wesentlichen die Mindererträge aus Eintrittsgeldern von 15 TEUR, Mehrerträge bei der Überlassung von Gebäuden und Räumen von insgesamt 15 TEUR sowie Mehrerträge bei der Verpflegung von nachmittäglich betreuten Kindern von 13 TEUR bei.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Die Mehrerträge von insgesamt 90 TEUR resultieren überwiegend aus Mehrerträge bei den Bußgeldern und Verwarnungen von 55 TEUR und aus Mehrerträgen aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren von 22 TEUR.

Erträge aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen:

Der fortgeschriebene Ansatz von 758 TEUR wird um 175 TEUR deutlich überschritten. Hierzu tragen Mehrerträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden von 62 TEUR und Mehrerträge aus Kostenerstattungen von Krankenkassen von 64 TEUR wesentlich mit bei.

Erträge aus Steuern und Umlagen:

Der Ansatz wird um 418 TEUR unterschritten. Insbesondere die Mehrerträge beim Gemeindeanteil von Einkommensteuer (+ 268 TEUR) und Umsatzsteuer (+ 89) können die Mindererträge bei der Gewerbesteuer von 776 TEUR nicht ausgleichen.

Sonstige ordentliche Erträge:

Die Mehrerträge aus der Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen von 284 TEUR sowie aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen von 36 TEUR sind im Wesentlichen für die Überschreitung des fortgeschriebenen Ansatzes um insgesamt 329 TEUR verantwortlich.

Außerordentliche Erträge

Die Außerordentlichen Erträge mit einem Saldo von 621 TEUR sind hauptsächlich durch Mehrerträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (in Summe + 70 TEUR) sowie durch Mehrerträge aus der Anpassung des Sonderpostens an die Herstellungskosten von Erschließungsanlagen (+ 472 TEUR) entstanden, die so in der Haushaltsplanung grundsätzlich nicht veranschlagt werden. Insgesamt erhält die Gemeinde hier Mehrerträge von zusammen 591 TEUR.

Bezeichnung der Aufwendungen (in EUR)	Haushalts-Ansatz	fort-geschriebener Ansatz	Ergebnis	Abweichung fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis
Personalaufwendungen	-5.760.300	-5.797.112	-5.521.794	275.318
Versorgungsaufwendungen	-479.100	-442.443	-381.503	60.940
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-3.784.600	-3.807.311	-3.557.349	249.962
Aufwendungen für Abschreibungen	-2.183.000	-2.183.000	-2.310.601	-127.601
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	-993.800	-1.066.885	-977.584	89.301
Steueraufwendungen und Umlageverpflichtungen	-10.384.000	-10.376.844	-9.927.462	449.382
Transferaufwendungen	-275.000	-281.576	-281.576	0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	-17.600	-24.360	-20.522	3.838
Ordentliche Aufwendungen	-23.877.400	-23.979.530	-22.978.390	1.001.139
Finanzaufwendungen	-122.700	-122.579	-122.035	543
Außerordentliche Aufwendungen	0	-8.504	-11.986	-3.482
Gesamtaufwendungen	-24.000.100	-24.110.612	-23.112.411	998.201

Die tatsächlichen ordentlichen Aufwendungen sowie die Finanzaufwendungen und die außerordentlichen Aufwendungen der Ergebnisrechnung in Höhe von zusammen 23.112 TEUR sind gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von 24.111 TEUR um 998 TEUR niedriger ausgefallen als geplant. Im Wesentlichen sind hierfür verantwortlich:

Personal- und Versorgungsaufwendungen:

Die Personalaufwendungen fallen um 275 TEUR und die Versorgungsaufwendungen um 61 TEUR niedriger als im fortgeschriebenen Ansatz veranschlagt. Hierzu tragen hauptsächlich die Minderaufwendungen bei den Entgelten für geleistete Arbeitszeit (- 152 TEUR) und beim Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (- 55 TEUR) sowie die Minderaufwendungen im Bereich der Versorgungskassen für Beamte (- 77 TEUR) bei.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Diese Aufwendungen sind um insgesamt 250 TEUR niedriger ausgefallen als geplant.

Einen großen Anteil daran haben die Einsparungen bei den Aufwendungen für die Instandhaltung von Gebäuden und Außenanlagen (- 42 TEUR) sowie bei den Aufwendungen für die Instandhaltung von Sachanlagen im Gemeingebrauch (- 16 TEUR). Grundsätzlich gilt, dass unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen zu einem Investitionsstau führen können, der in der Folge höhere Investitionsmaßnahmen nach sich ziehen kann. Die Gemeinde überprüft ihre Liegenschaften regelmäßig und führt die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen zeitnah durch.

Die weiteren Abweichungen verteilen sich auf viele unterschiedliche Bereiche. Hier sind insbesondere geringere Aufwendungen für Strom (- 20 TEUR), für Sonstige weitere Fremdleistungen (- 18 TEUR) sowie für Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge (- 15 TEUR) zu erwähnen.

Aufwendungen für Abschreibungen:

Die Aufwendungen für Abschreibungen sind um 128 TEUR höher ausgefallen als im fortgeschriebenen Ansatz veranschlagt.

Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse:

Die Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse unterschreiten den fortgeschriebenen Ansatz um 89 TEUR. Wesentliche Gründe hierfür sind um 56 TEUR niedrigere Aufwendungen für sonstige Erstattungen an private Unternehmen sowie um 27 TEUR niedrigere Aufwendungen für Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche.

Steueraufwendungen und Umlageverpflichtungen:

Die Planabweichung von 449 TEUR resultiert im Wesentlichen aus der um 197 TEUR niedrigeren Gewerbesteuerumlage, aus der nicht erforderlichen Zuführung zur Rückstellung für die Kreis- und Schulumlage von 200 TEUR sowie aus der um 52 TEUR niedrigeren Schulumlage.

5.3.6 Plan-Ist-Vergleich Finanzhaushalt

Finanzhaushalt 2016 Gemeinde Petersberg (in EUR)	Haushalts- ansatz	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis des HH-Jahres	Veränderung zum fort- geschriebenen Ansatz
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.072.700	1.097.923	1.433.995	336.072
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit	-2.681.400	-4.356.333	-1.045.549	3.310.784
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit	-517.300	-517.300	-516.553	747
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	0	-62.558	-62.558
Zahlungsmittelüberschuss/ -bedarf des HH-Jahres	-2.126.000	-3.775.710	-190.665	3.585.045

Der Zahlungsmittelbedarf im Haushaltsjahr von - 191 TEUR fällt im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz um 3.585 TEUR niedriger aus als geplant.

Im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit zeichnen Mehreinzahlungen aus privat- und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten von zusammen + 233 TEUR und Mindereinzahlungen aus Steuern und gesetzlichen Umlagen von - 684 TEUR ebenso verantwortlich wie Minderauszahlungen für Personal und Versorgung von - 347 TEUR, für Steuern und gesetzliche Umlageverpflichtungen von - 261 TEUR sowie Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen von - 191 TEUR verantwortlich.

Mit - 1.046 TEUR fällt der tatsächliche Saldo der Zahlungsmittelströme aus der Investitionstätigkeit um 3.311 TEUR niedriger aus als im fortgeschriebenen Ansatz geplant. Dies liegt wesentlich einerseits an Mehreinzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen von +364 TEUR und Mehreinzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen von + 246 TEUR sowie andererseits an Minderauszahlungen für Baumaßnahmen von - 643 TEUR sowie für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögen von 1.428 TEUR. Ein Darlehen für Investitionsmaßnahmen an den Eigenbetrieb von 500 TEUR kommt erst im Folgejahr zur Auszahlung.

Der Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen beläuft sich auf - 63 TEUR. Im Haushaltsplan war hierfür kein Ansatz vorgesehen.

Insgesamt steht der Gemeinde am Ende des Haushaltsjahres 2016 ein Bestand an Zahlungsmitteln von 9.652 TEUR zur Verfügung.

5.3.7 Einhaltung des Stellenplanes

Stellenplan und -besetzung der Gemeinde Petersberg				
	2016		2015	
	HH-Plan	30.06.2016	HH-Plan	30.06.2015
Beamte	5,00	4,00	5,00	4,00
Beschäftigte (TvöD) Verwaltung	55,00	55,00	53,70	53,70
Beschäftigte (TvöD) Kindertagesstätten	43,00	42,00	37,00	37,00
Summe	103,00	101,00	95,70	94,70

Die vorstehende Aufstellung zu Stellenplan und Stellenbesetzung bezieht sich auf Stellen in Vollzeitäquivalenten und nicht auf Personen. Wie dieser Übersicht zu entnehmen ist, hat sich die Anzahl der Planstellen für das Haushaltsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um 7,30 Stellen von bisher 95,7 Stellen auf 103,0 Stellen erhöht. Dieser Mehrbedarf erklärt sich durch die neuen Fachstundenberechnungen nach dem Hessischen Kinderförderungsgesetz ab August 2015; diese gesetzlichen Vorgaben müssen seit diesem Zeitpunkt alle Einrichtungen erfüllen.

Zum 31. Dezember 2016 sind 127 Personen in Verwaltung und Kindertagesstätten in den Diensten der Gemeinde; darunter fünf Beamte sowie 122 tariflich Beschäftigte. 40 tariflich Beschäftigte stehen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 30 Stunden im Dienst der Gemeinde.

6. Bestätigungsvermerk und Schlussbemerkung

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Revision dem in den Anlagen 7.1 und 7.2 beigefügten Jahresabschluss der Gemeinde Petersberg zum 31. Dezember 2016 und dem beigefügten Rechenschaftsbericht der Gemeinde für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk der Revision:

„Die Revision hat den Jahresabschluss (bestehend aus Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang) und den Rechenschaftsbericht der Gemeinde Petersberg für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen.

Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Hessen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Regelungen liegen in der Verantwortung des Gemeindevorstandes der Gemeinde. Die Aufgabe der Revision ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 128 Absatz 1 HGO und den Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Jahresabschlussprüfungen (IDR-L-200) sowie in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gemeinde sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Gemeindevorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts. Die Revision ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Revision aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde. Der Rechenschaftsbericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gemeinde und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Fulda, den 17. November 2017

**Fachdienst Revision
des Landkreises Fulda**



Förster
Leiterin FD Revision

Heger
Prüfer

Grube
Prüfer

Der vorstehende Prüfungsbericht wird in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (vgl. IDR-Leitlinie L-260) erstattet.

7. Anlagen zum Prüfungsbericht

7.1 Jahresabschluss 2016 der Gemeinde Petersberg

mit Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2016
Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
Teilergebnisrechnungen für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
Teilfinanzrechnungen für das Jahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016
Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

7.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht

Vollständigkeitserklärung

Jahresabschluss der Gemeinde Petersberg 2016



... Ihre Gemeinde mit Zukunft!

Inhaltsverzeichnis

1	Vermögensrechnung (Bilanz).....	1
2	Ergebnisrechnung.....	7
3	Finanzrechnung (direkt).....	13
4	Teilergebnisrechnung auf Basis der Hauptproduktbereiche.....	15
5	Teilfinanzrechnung investiv auf Basis der Hauptproduktbereiche.....	21
6	Anhang.....	27
6.1	Allgemeine Angaben.....	27
6.2	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	27
6.3	Erläuterungen zu den Posten Bilanz.....	29
6.3.1	Anlagevermögen.....	29
6.3.1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	29
6.3.1.2	Sachanlagen.....	30
6.3.1.2.1	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	30
6.3.1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken.....	30
6.3.1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen ...	31
6.3.1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung.....	32
6.3.1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	32
6.3.1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.....	34
6.3.1.3	Finanzanlagen.....	35
6.3.2	Umlaufvermögen.....	37
6.3.2.1	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	37
6.3.2.2	Flüssige Mittel.....	39
6.3.3	Rechnungsabgrenzungsposten.....	40
6.3.4	Eigenkapital.....	41
6.3.4.1	Nettoposition.....	41
6.3.4.2	Rücklagen und Sonderrücklagen.....	41
6.3.4.3	Ergebnisverwendung.....	42
6.3.5	Sonderposten.....	42
6.3.5.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich.....	42
6.3.5.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich.....	42
6.3.5.3	Investitionsbeiträge.....	43
6.3.5.4	Sonstige Sonderposten.....	43
6.3.6	Rückstellungen.....	44

6.3.6.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.....	44
6.3.6.2	Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	45
6.3.6.3	Sonstige Rückstellungen	46
6.3.7	Verbindlichkeiten.....	47
6.3.7.1	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	47
6.3.7.2	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und–zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	47
6.3.7.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48
6.3.7.4	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben ...	48
6.3.7.5	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	48
6.3.7.6	Sonstige Verbindlichkeiten	49
6.3.8	Rechnungsabgrenzungsposten	50
6.4	Erläuterungen zur Ergebnisrechnung.....	51
6.5	Erläuterungen zur Finanzrechnung	52
6.6	Sonstige Angaben	53
6.6.1	Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen.....	53
6.6.2	Personalbestand	53
6.6.3	Organe	54
6.7	Anlagen zum Anhang	56
6.7.1	Anlagenspiegel	56
6.7.2	Forderungsspiegel	58
6.7.3	Verbindlichkeitsspiegel	59
6.7.4	Rückstellungsspiegel	60
6.7.5	Rücklagenübersicht	61

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Aktiva	*		
1	Anlagevermögen	74.403.616,82	74.451.820,38
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	13.141.359,53	13.214.373,57
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	314.703,86	218.322,92
	02300000 Ähnliche Rechte und Werte	179.979,86	176.384,92
	02400000 Lizenzen, DV-Software	134.724,00	41.938,00
1.1.2	Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	12.826.655,67	12.996.050,65
	03520000 Geleistete Investitionszuschüsse an Gemeinden (GV)	115.372,86	113.129,45
	03521000 Geleistete Investitionszuschüsse zu Anlagen im Bau an Gemeinden	30.023,70	26.870,20
	03530000 Geleistete Investitionszuschüsse an Zweckverbände und dergl.	11.376.304,00	11.658.642,00
	03531000 geleistete Investitionszuschüsse zu Anlagen im Bau an Zweckverbände	29.000,00	0,00
	03550000 Geleistete Investitionszuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	15.681,00	16.279,00
	03570000 Geleistete Investitionszuschüsse an private Unternehmen	598.312,00	559.036,00
	03572000 Geleistete Investitionszuschüsse an private Unternehmen (mit UST)	4.844,00	0,00
	03580000 Geleistete Investitionszuschüsse an übrige Bereiche	657.118,11	622.094,00
1.2	Sachanlagen	46.619.865,29	46.632.221,09
1.2.1	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9.762.048,09	10.063.441,41
	05000000 Unbebaute Grundstücke	1.568.195,37	1.870.402,54
	05100000 Bebaute Grundstücke - mit eigenen Bauten -	8.184.700,53	8.183.886,68
	05110000 Bebaute Grundstücke - fremden Bauten -	9.152,19	9.152,19
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	21.901.058,23	21.633.497,00
	05310000 Kindergärten, -tagesstätten und -horte, Jugend- und Freizeiteinrichtungen	7.607.682,00	7.039.921,00
	05330000 Sportanlagen, Schwimm- und Hallenbäder	1.900.251,23	1.956.229,00
	05350000 Theater, Bürgerhäuser, Büchereien / Bibliotheken	4.356.199,00	4.435.785,00
	05360000 Brand- und Katastropheneinrichtungen	2.568.521,00	2.624.337,00
	05370000 Leichenhallen, sonstige Friedhofsgebäude	213.386,00	218.638,00
	05390000 Sonstige Betriebsgebäude	768.980,00	776.091,00
	05400000 Verwaltungsgebäude	3.650.061,00	3.699.666,00
	05500000 andere Bauten	8.813,00	9.293,00
	05600000 Grundstückseinrichtungen	827.164,00	873.536,00
	05900000 Wohngebäude	1,00	1,00
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	11.033.418,98	11.026.405,08
	06130000 Gemeindestraßen, Straßen innerhalb von Ortsdurchfahrergrenzen	7.255.533,00	7.066.880,00
	06140000 Wege, Plätze	2.664.635,00	2.807.772,00
	06190000 Sonstiges allgemeines Infrastrukturvermögen	455.746,00	459.786,00
	06210000 Kulturgüter	71.909,94	72.200,94
	06230000 Öffentliche Grünflächen	128.049,00	128.686,00
	06240000 Friedhofsanlagen	209.198,90	202.527,00
	06560000 Kanalisation	172.038,00	212.244,00
	06600000 Wald (Grundstück inkl. Aufwuchs)	76.309,14	76.309,14
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	532.797,00	565.623,00
	07000000 Anlagen der Energieversorgung und Betriebstechnik	434.271,00	453.111,00
	07050000 Maschinen der Energieversorgung und Betriebstechnik	389,00	419,00
	07300000 Anlagen für Wärme, Kälte und chemische Prozesse	890,00	1.158,00
	07350000 Maschinen für Wärme, Kälte und chemische Prozesse	24.927,00	29.676,00
	07600000 Medienbestand der Bibliotheken und anderer Leistungseinrichtungen	19.803,00	19.475,00
	07700000 Sonstige Anlagen	52.516,00	61.783,00
	07750000 Sonstige Maschinen und Geräte und Reserveteile	1,00	1,00
1.2.5	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.647.366,00	2.282.690,00
	08000000 Werkstatteinrichtungen und -geräte	52.965,00	48.751,00
	08010000 Werkzeuge, Werksgeweräte und Modelle, Prüf- und Messmittel	167.124,00	156.104,00
	08030000 Lebewesen und Pflanzen	28,00	3.621,00
	08090000 Sonstige Andere Anlagen	1,00	61,00
	08100000 Fuhrpark	1.187.975,00	887.442,00
	08400000 Sonstige Betriebsausstattung	1.001.751,00	1.014.793,00
	08410000 Sonstige Betriebsausstattung- Gaststätte mit MWST	6.293,00	7.341,00
	08500000 Büromaschinen, Organisationsmittel, Datenverarbeitungs- und Kommunikationsanlagen	60.251,00	30.678,00
	08600000 Büromöbel und sonstige Ausstattungsgegenstände	170.978,00	133.899,00
1.2.6	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	743.176,99	1.060.564,60
	09050000 Geleistete Anzahlungen auf Maschinen, Betriebs- oder	6.362,69	91.690,67
	09510000 Anlagen im Bau - Hochbau	17.850,00	129.232,01
	09530000 Anlagen im Bau - Sonstige Baumaßnahmen	4.328,56	3.328,56
	09620000 Infrastrukturanlagen im Bau - Tiefbau	714.635,74	836.313,36
1.3	Finanzanlagen	14.642.392,00	14.605.225,72
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	3.355.336,61	3.355.336,61
	11309000 Anteile Eigenbetrieb Wasserwerk (100 %)	926.988,82	926.988,82

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	1130910 Anteile Eigenbetrieb BZ Parkhaus (100%)	2.428.347,79	2.428.347,79
1.3.2	Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3	Beteiligungen	10.542.701,50	10.542.701,50
	13509000 Anteile Zweckverbände	10.366.052,33	10.366.052,33
	13519000 Anteile Wasservand Haune	94.709,17	94.709,17
	13909000 Andere Beteiligungen	81.940,00	81.940,00
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	146.215,96	150.319,54
	14500000 Gewährtes Darlehen an den Eigenbetrieb Betriebszweig Parkhaus	146.215,96	150.319,54
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	480.249,04	437.463,71
	15040000 Beamtenversorgungsrücklage	480.249,04	437.463,71
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	117.888,89	119.404,36
	16000000 Genossenschaftsanteile	440,00	440,00
	16381000 Ungesicherte Ausleihen an sonstigen inländischen Bereich-Darlehen Burg	117.448,89	118.964,36
1.4	Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	0,00	0,00
2	Umlaufvermögen	12.110.701,63	11.911.841,47
2.1	Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	7.432,95	8.242,13
	21300000 Waren	7.432,95	8.242,13
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.451.734,88	2.061.400,72
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisung und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	704.456,79	730.465,84
	22120000 Forderungen aus sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen gegen Gemeinden (GV)	4.455,00	0,00
	22510000 Forderungen aus Investitionszuweisungen gegen das Land	699.851,79	730.280,13
	22700000 Forderungen aus Transferleistungen	150,00	185,71
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	1.030.995,58	780.878,03
	23000000 Forderungen aus Steuern	1.027.992,10	761.587,47
	23400000 Forderungen aus Gebühren	17.686,10	17.131,99
	23600000 Forderungen aus Beiträgen	6.548,87	4.039,11
	23800000 Sonstige Forderungen aus Abgaben	32.547,00	55.868,00
	23910000 Einzelwertberichtigungen zu Forderungen aus Steuern und Abgaben	-33.023,46	-50.549,98
	23920000 Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Steuern und Abgaben	-20.755,03	-7.198,56
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	330.736,13	288.172,63
	24010000 Forderungen aus privatrechtlichen Lieferungen und Leistungen (Inland) der Investitionstätigkeit	180,00	4.910,00
	24020000 Forderungen aus privatrechtlichen Lieferungen und Leistungen (Inland) der laufenden Verwaltungstätigkeit	351.778,46	300.719,02
	24912000 Einzelwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.343,12	-11.857,89
	24921000 Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus Investitionstätigkeit	-3,60	-83,20
	24922000 Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.875,61	-5.515,30
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	355.621,24	153.164,88
	25220000 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen der laufenden Verwaltungstätigkeit	261.942,71	102.827,05
	25330000 Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind	48.500,00	0,00
	25720000 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.178,53	50.337,83
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	29.925,14	108.719,34
	26011010 VST im Folgejahr abziehbar	-364,64	0,00
	26050000 Anrechenbare Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	0,00	-76,84
	26200000 Forderungen aus Umsatzsteuer- Voranmeldungen	1.217,32	12.089,96
	26210000 Forderung Umsatzsteuer-Vorjahr	4.079,28	14.243,65
	26220000 Forderungen aus Umsatzsteuer- Jahreserklärung	3.938,97	0,00
	26400000 Forderungen aus Sozialversicherung	0,00	1.726,48
	26620000 Forderungen aus Versicherungsschäden	145,66	345,50
	26650000 Sonstige Forderungen, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.304,67	10.250,57
	26701000 Forderungen aus geleisteten Kauttionen	945,00	0,00
	26730000 Abwicklung Abwassergebühr	0,00	62.584,68
	26790000 Forderungen aus VV-Konten	14.658,88	7.555,34
2.4	Flüssige Mittel	9.651.533,80	9.842.198,62
	28002000 Sparkasse Fulda	1.939.450,25	1.533.625,40

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	28003000 Raiffeisenbank Biebergund	2.703.785,28	4.301.168,25
	28004000 Postbank Frankfurt/Main	6.012,85	5.255,05
	28006000 Festgeld Raiffeisenbank	5.000.000,00	4.000.000,00
	28008000 Kautionsparkonto für Ratsstuben und Miete Huck	2.051,97	2.049,92
	28801000 Vorschuss Zahlstelle Melde- und Passamt	100,00	100,00
	28810000 Gebührenkasse	133,45	0,00
3	Rechnungsabgrenzungsposten	341.890,92	392.816,85
	29000000 Aktive Rechnungsabgrenzung aus Lieferungen und Leistungen	7.157,10	8.370,96
	29010000 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten Ansparraten Inv.fond B Darlehen	264.455,00	310.489,00
	29040000 ARAP aus Ablöse Straßenunterhaltung an das Land	51.902,00	55.974,00
	29100000 Aktive Rechnungsabgrenzung aus Zuweisungen und Zuschüssen	0,00	1.177,66
	29800001 Andere zahlungswirksame aktive Jahresabgrenzungsposten (Beamte)	18.376,82	16.805,23
4	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
	<u>SUMME AKTIVA</u>	<u>86.856.209,37</u>	<u>86.756.478,70</u>

- Euro -

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
Passiva	*		
1	Eigenkapital	45.934.605,38	44.106.655,61
1.1	Netto-Position	25.525.539,63	25.525.539,63
	30000000 Netto-Position	25.525.539,63	25.525.539,63
1.2	Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	18.581.115,98	16.343.798,20
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	16.170.097,92	14.722.740,48
	32500000 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	13.445.158,42	11.997.800,98
	32510000 Allgemeine Rücklage	2.724.939,50	2.724.939,50
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	2.411.018,06	1.621.057,72
	32600000 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	2.411.018,06	1.621.057,72
1.2.3	Sonderrücklagen	0,00	0,00
1.2.4	Stiftungskapital	0,00	0,00
1.3	Ergebnisverwendung	1.827.949,77	2.237.317,78
1.3.1	Ergebnisvortrag	0,00	0,00
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.1.2	außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00	0,00
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.827.949,77	2.237.317,78
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.219.243,41	1.447.357,44
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	608.706,36	789.960,34
2	Sonderposten	26.657.315,14	27.279.366,09
2.1	Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeträge	26.595.825,14	27.273.218,09
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	9.000.047,00	9.192.004,00
	36000000 Sonderposten aus Zuweisungen vom Bund	1.284.588,00	1.303.017,00
	36010000 Sonderposten aus Zuweisungen vom Land	1.814.848,00	1.746.005,00
	36020000 Sonderposten aus Zuweisungen von Gemeinden (GV)	447.869,00	461.212,00
	36030000 Sonderposten aus Zuweisungen von Zweckverbänden	1.282,00	1.387,00
	36040000 Sonderposten aus Zuweisungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	4.237,00	4.518,00
	36050000 Sonderposten aus Zuschüssen von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	2.602,00	3.070,00
	36210000 Sonderposten aus pauschalen Investitionszuweisungen vom Land	711.886,00	724.089,00
	36220000 Sonderposten aus pauschalen Investitionszuweisungen von Gemeinden (GV)	626,00	814,00
	36400000 Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen von Bund	62.634,00	64.424,00
	36410000 Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen von Land	3.937.386,00	4.123.920,00
	36420000 Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden (GV)	536.343,00	558.045,00
	36430000 Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen von Zweckverbänden und dergl.	195.746,00	201.703,00
2.1.2	Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich	76.681,00	81.224,00
	36170000 Sonderposten aus Zuschüssen von privaten Unternehmen	15.241,00	15.463,00
	36180000 Sonderposten aus Zuschüssen von übrigen Bereichen	12.435,00	14.825,00
	36190000 Sonderposten aus Zuschüssen von Nutzungsberechtigten - Erstattung Grabumrandung	12.927,00	13.462,00
	36570000 Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Zuschüssen für Investitionen von privaten Unternehmen	36.078,00	37.474,00
2.1.3	Investitionsbeiträge	17.519.097,14	17.999.790,09
	36600000 Sonderposten aus Straßenbeiträgen	8.785.524,14	9.086.275,09
	36601000 Sonderposten aus Anschlussbeiträgen	8.575.001,00	8.748.315,00
	36603000 Sonderposten aus Beiträgen zur Straßenbeleuchtung	137.271,00	143.028,00
	36604000 Sonderposten aus Ablöse für die Stellplätze	21.301,00	22.172,00
2.2	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2.3	Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0,00	0,00
2.4	Sonstige Sonderposten	61.490,00	6.148,00
	36902000 Sonstige Sonderposten, maßnahmenbezogen	61.490,00	6.148,00
3	Rückstellungen	6.054.330,00	6.483.199,64
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.743.530,00	4.816.457,14
	37000000 Verpflichtungen für eingetretene Pensionsfälle	2.684.240,00	2.766.551,00
	37010000 Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften	1.353.909,00	1.320.308,14

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	37200000 Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern	506.145,00	536.241,00
	37300000 Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Arbeitnehmern	199.236,00	193.357,00
3.2	Rückstellungen für Umlageverpflichtungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für Verpflichtungen im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	1.299.800,00	1.543.700,00
	38700000 Rückstellungen für Kreisumlage	827.800,00	1.014.400,00
	38710000 Rückstellungen für Schulumlage	472.000,00	529.300,00
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00	0,00
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
3.5	Sonstige Rückstellungen	11.000,00	123.042,50
	39941000 Rückstellung für Prüfungsgebühren	11.000,00	10.000,00
	39990000 andere sonstige Rückstellungen aus ungewissen Verbindlichkeiten	0,00	14.352,00
	39991000 Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten (Ifd. Aufwand)	0,00	98.690,50
4	Verbindlichkeiten	6.953.861,34	7.660.871,75
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.588.607,88	6.105.160,67
	davon: mit einer Restlaufzeit bis zu einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.340.596,60	5.615.160,67
	42073010 Darlehen Nord/LB 213 284 001 6	615.870,44	0,00
	42073020 Darlehen Konjunkturprogramm Bundesmittel	62.024,82	0,00
	42073030 Darlehen Konjunkturprogramm Landesmittel	802.607,28	0,00
	42073040 Darlehen LTH 7640751157 Feldwegebau Marbach	5.385,34	0,00
	42073050 Darlehen KfW 1035780	1.854.708,72	0,00
	42073110 Darlehen Nord/LB 213 284 001 6	0,00	751.780,83
	42073140 Darlehen HLB 791 143 904 5	0,00	15.338,74
	42073141 Sonderbeitrag Darlehen HLB 791 143 904 5	0,00	7.882,42
	42073170 Darlehen HLB 791 069 004 4	0,00	7.669,35
	42073171 Sonderbeitrag Darlehen HLB 791 069 004 4	0,00	9.906,28
	42073180 Darlehen HLB 791 149 604 5	0,00	83.084,89
	42073190 Darlehen HLB 791 091 804 9	0,00	38.346,87
	42073200 Darlehen HLB 750 000 405 2	0,00	127.822,91
	42073201 Sonderbeitrag Darlehen HLB 750 000 405 2	0,00	38.346,87
	42073210 Darlehen HLB 750 000 446 6	0,00	53.685,62
	42073220 Darlehen HLB 750 000 892 4	0,00	89.476,02
	42073221 Sonderbeitrag Darlehen HLB 750 000 892 4	0,00	27.588,45
	42073230 Darlehen HLB 750 000 939 4	0,00	102.258,34
	42073240 Darlehen HLB 750 001 976 6	0,00	385.000,00
	42073270 Darlehen HLB 750 004 855 8	0,00	212.500,00
	42073280 Darlehen LTH 7640751157 Feldwegebau Marbach	0,00	7.149,56
	42073290 Darlehen HLB 750 002 533 8	0,00	156.250,00
	42073300 Darlehen Konjunkturprogramm Landesmittel	0,00	837.503,24
	42073310 Darlehen Konjunkturprogramm Bundesmittel	0,00	64.721,56
	42073320 Darlehen HLB 750 006 4056	0,00	630.000,00
	42073330 KfW 1035780	0,00	1.968.848,72
	davon: mit einer Restlaufzeit bis zu einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	2.248.011,28	490.000,00
	42013100 Investitionsfondsdarlehen B WI-Bank Nr. 7500033043	0,00	490.000,00
	42063010 Darlehen HLB 791 143 904 5	10.225,82	0,00
	42063020 Sonderbeitrag Darlehen HLB 791 143 904 5	7.882,42	0,00
	42063040 Sonderbeitrag Darlehen HLB 791 069 004 4	9.906,25	0,00
	42063050 Darlehen HLB 791 149 604 5	70.302,59	0,00
	42063060 Darlehen HLB 791 091 804 9	30.677,49	0,00
	42063070 Darlehen HLB 750 000 405 2	102.258,31	0,00
	42063080 Sonderbeitrag Darlehen HLB 750 000 405 2	38.346,87	0,00
	42063090 Darlehen HLB 750 000 446 6	46.016,24	0,00
	42063100 Darlehen HLB 750 000 892 4	71.580,80	0,00
	42063110 Sonderbeitrag Darlehen HLB 750 000 892 4	27.588,45	0,00
	42063120 Darlehen HLB 750 000 939 4	89.476,04	0,00
	42063130 Darlehen HLB 750 001 976 6	350.000,00	0,00
	42063140 Darlehen HLB 750 002 533 8	143.750,00	0,00
	42063150 Darlehen HLB 750 003 304 3	455.000,00	0,00

- Euro -

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	42063160 Darlehen HLB 750 004 855 8	200.000,00	0,00
	42063170 Darlehen HLB 750 006 4056	595.000,00	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis zu einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon: mit einer Restlaufzeit bis zu einschließlich einem Jahr	0,00	0,00
4.3	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen, Investitionsbeiträgen	351.162,25	490.478,19
	43020000 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber Gemeinden (GV)	19.804,41	12.976,95
	43030000 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber Zweckverbände und dergl.	0,00	71.471,84
	43070000 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber privaten Unternehmen	2.521,62	0,00
	43080000 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber übrigen Bereichen	187.146,07	288.935,87
	43720000 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber Gemeinden (GV) (keine Investitionstätigkeit zuordnen)	0,00	96.260,00
	43780000 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber übrige Bereiche (keine Investitionstätigkeit zuordnen)	141.690,15	20.833,53
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	468.248,59	373.122,40
	44010000 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Inland) der Investitionstätigkeit	215.727,82	130.683,35
	44020000 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Inland) der laufenden Verwaltungstätigkeit	251.619,64	242.030,50
	44800000 Verbindlichkeiten aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen	901,13	408,55
4.7	Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	118.955,48	99.585,20
	45000000 Steuern	7.675,13	0,00
	45500000 Steuerähnliche Abgaben	111.280,35	99.585,20
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	318.535,44	369.777,90
	25330100 Sonstige Forderungen aus VWG Verwaltungsgemeinschaftskonto	0,00	331.183,32
	46120000 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundene Unternehmen, Sondervermögen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.985,42	22.145,30
	46430000 sonstige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Sondervermögen, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.035,00	0,00
	46620000 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Beteiligungen, Zweckverbände aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.707,12	16.449,28
	46990100 Sonstige Verbindlichkeiten Verrechnung EHK Eigenbetriebe	298.807,90	0,00
4.9	Sonstige Verbindlichkeiten	108.351,70	222.747,39
	48090000 Umsatzsteuerzahllast	0,00	1,41
	48091000 Umsatzsteuer aus Vorjahren	1,41	388,55
	48300000 sonstige Steuerverbindlichkeiten	55.829,81	53.403,23
	48400000 Verbindlichkeiten gegenüber Sozialversicherungsträgern	0,00	14.270,21
	48410000 Verbindlichkeiten Zusatzversorgung	5.419,06	4.893,86
	48500000 Verbindlichkeiten gegenüber Bediensteten, Organmitgliedern und Gesellschaftern	103,92	0,00
	48510000 Verbindlichkeiten Sonstige Überweisungen	0,00	1.481,67
	48560000 Verbindlichkeiten gegenüber Bediensteten, Organmitgliedern und Gesellschaftern (Schnittstelle LOGA)	0,00	31.298,92
	48601000 Kautio für Ratsstuben und Mietkautio	2.051,97	2.049,92
	48610000 Durchlaufende Gelder	460,00	110,00
	48611000 Überzahlungen	685,30	0,00
	48690000 Verbindlichkeiten aus VV-Konten	41.302,42	98.964,96
	48930000 Sonstige Verbindlichkeiten, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.497,81	15.884,66
5	Rechnungsabgrenzungsposten	1.256.097,51	1.226.385,61
	49000000 Passive Rechnungsabgrenzung aus Lieferungen und Leistungen	3.375,81	2.637,22
	49010000 Passive Rechnungsabgrenzung aus Lieferung und Leistung, Friedhof-Grabnutzung	571.793,00	1.187.320,39
	49011000 PRAP Friedhofsgebühren- alt	647.989,00	0,00
	49030000 PRAP aus Ablöse Straßenunterhaltung Bund	28.161,00	31.575,00
	49040000 PRAP aus Ablöse Straßenunterhaltung Land	1.548,00	1.615,00
	49100000 Passive Rechnungsabgrenzung aus Zuweisungen und Zuschüssen	30,00	0,00
	49900000 Sonstige passive Rechnungsabgrenzung	3.200,70	3.238,00

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2016	Ergebnis 2015
	<u>SUMME PASSIVA</u>	<u>86.856.209,37</u>	<u>86.756.478,70</u>

Ergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. J. Sp. 6) 2016
			2015	Fort- geschriebener Ansatz 2016	2016		
1	2	3	4	5	6	7	
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	376.577,91	348.792,50	362.576,27	-13.783,77	
		50020000 Eintrittsgelder	136.884,81	110.000,00	95.021,15	14.978,85	
		50030000 Umsatzerlöse aus der Überlassung von Gebäuden und Räumen	69.218,00	60.200,00	68.450,62	-8.250,62	
		50031000 Umsatzerlöse aus der Überlassung von Gebäuden und Räumen - Propsteihaus (mit MWSt.)	6.412,64	3.000,00	6.787,68	-3.787,68	
		50032000 Umsatzerlöse aus der Überlassung von Gebäuden und Räumen - Gaststätte/Kegelebahn (mit MWSt.)	6.415,13	6.000,00	8.500,00	-2.500,00	
		50040000 Umsatzerlöse aus der Überlassung von Rechten	4.998,00	500,00	1.945,00	-1.445,00	
		50050000 Umsatzerlöse aus der sonstigen Nutzung von Vermögen und Rechten	73.385,24	68.000,00	71.806,40	-3.806,40	
		50060000 Umsatzerlöse aus der Nachmittagsbetreuung von Kindern	44.060,00	63.192,50	63.192,50	0,00	
		50070000 Umsatzerlöse aus der Verpflegung der Kinder in der Nachmittagsbetreuung	27.753,70	28.000,00	40.873,90	-12.873,90	
		50060000 Umsatzerlöse aus Handelswaren	7.450,36	8.900,00	5.999,02	2.900,98	
		50900000 sonstige Umsatzerlöse	0,03	1.000,00	0,00	1.000,00	
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	930.453,50	875.330,01	965.769,46	-90.439,45	
		51000000 öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren	160.626,31	132.000,00	153.862,13	-21.862,13	
		51100000 öffentlich-rechtliche Benutzungsgebühren	433.970,00	448.156,00	448.953,00	-797,00	
		51100010 Bestattungs-/Beisetzungsgebühr	63.340,00	65.000,00	74.400,00	-9.400,00	
		51110000 Auflösung PRAP aus erhaltenen Grabnutzungsgebühren	54.425,16	54.000,00	57.427,16	-3.427,16	
		51500000 Erträge aus Bußgeldern und Verwarnungen	218.092,03	176.174,01	231.127,17	-54.953,16	
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	776.067,22	757.589,71	932.397,68	-174.807,97	
		54801000 Kostenerstattung vom Bund (Auflösung SoPo)	3.413,00	3.500,00	3.414,00	86,00	
		54810000 Kostenerstattungen vom Land	1.588,02	600,00	818,98	-218,98	
		54811000 Kostenerstattung vom Land (Auflösung Sopo)	67,00	100,00	67,00	33,00	
		54820000 Kostenerstattungen von Gemeinden (GV)	106.563,09	128.317,55	189.979,47	-61.661,92	
		54830000 Kostenerstattungen von Zweckverbänden und dgl.	174.361,42	185.000,00	183.635,57	1.364,43	
		54850000 Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen, Sondervermögen und Beteiligungen	192.282,86	196.000,00	199.073,50	-3.073,50	
		54870000 Kostenerstattungen von privaten Unternehmen	14.403,37	29.872,16	42.170,78	-12.298,62	
		54871000 Kostenerstattungen von privaten Unternehmen Saal/Rauschenbergzimmer mit MwSt	7.670,84	5.000,00	14.093,10	-9.093,10	
		54872000 Kostenerstattungen von privaten Unternehmen Gaststätte/Kegelebahn mit MwSt	573,37	0,00	1.112,64	-1.112,64	
		54880000 Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	227.160,69	199.200,00	224.946,49	-25.746,49	
		54881000 Kostenerstattung von übrigen Bereichen Saal/Rauschenbergzimmer mit MwSt	7.437,83	10.000,00	7.217,36	2.782,64	
		54883000 Kostenerstattungen von Krankenkassen	40.243,33	0,00	64.054,39	-64.054,39	
		54884000 Beitrag für Wahlleistungen Beihilfeversicherung	302,40	0,00	1.814,40	-1.814,40	
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-311,93	0,00	-659,84	659,84	
		52100000 Bestandsveränderungen an fertigen Erzeugnissen	-311,93	0,00	-659,84	659,84	
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	15.526.947,15	15.072.000,00	14.654.151,97	417.848,03	
		55000000 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	7.100.051,35	7.250.000,00	7.518.431,92	-268.431,92	
		55040000 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	446.219,65	367.000,00	455.742,84	-88.742,84	
		55510000 Grundsteuer A	40.794,10	42.000,00	39.699,73	2.300,27	
		55520000 Grundsteuer B	1.446.295,88	1.468.000,00	1.473.997,66	-5.997,66	
		55530000 Gewerbesteuer	6.084.810,00	5.500.000,00	4.723.849,02	776.150,98	
		55591200 Sonstige Vergnügungssteuer einschl. Spielapparatesteuer	365.631,17	400.000,00	399.888,30	111,70	
		55592000 Hundesteuer	43.145,00	45.000,00	42.542,50	2.457,50	
6	547	Erträge aus Transferleistungen	518.748,49	498.500,00	508.595,06	-10.095,06	
		54770000 Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsgesetz	518.748,49	497.000,00	508.595,06	-11.595,06	
		54782000 Erstattung von sozialen Leistungen von Gemeinden (GV)	0,00	1.500,00	0,00	1.500,00	
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	4.036.949,20	4.535.200,00	4.540.610,20	-5.410,20	
		54010100 Schlüsselzuweisungen	3.436.577,00	4.000.000,00	3.961.461,00	38.539,00	

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6)
			2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6	7
8	546	54103100 Bedarfszuweisungen des Landes nach FAG, Landesausgleichsstock	0,00	0,00	700,00	-700,00
		54200000 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Bund	205,20	0,00	205,20	-205,20
		54210000 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land	582.310,00	530.000,00	564.240,00	-34.240,00
		54220000 Zuweisungen für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbänden	14.725,00	5.000,00	8.945,00	-3.945,00
		54270000 Zuschüsse für laufende Zwecke von privaten Unternehmen	1.940,00	200,00	2.200,00	-2.000,00
		54280000 Zuschüsse für laufende Zwecke von übrigen Bereichen	1.192,00	0,00	2.859,00	-2.859,00
		Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.272.257,14	1.283.200,00	1.280.148,10	3.051,90
		54600000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen	549.657,02	567.700,00	545.790,23	21.909,77
		54610000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuschüssen vom nicht öffentlichen Bereich	5.180,25	6.000,00	6.199,00	-199,00
		54620000 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionsbeiträgen	717.000,62	709.000,00	726.795,37	-17.795,37
9	53	54690000 Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten aus Investitionen	419,25	500,00	1.363,50	-863,50
		Sonstige ordentliche Erträge	711.255,88	650.300,00	979.720,23	-329.420,23
		53000000 Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	0,00	100,00	0,00	100,00
		53020000 Nebenerlöse aus der Abgabe von Energien und Abfällen	17.406,69	16.500,00	15.819,03	680,97
		53091000 Konzessionsabgaben	492.353,45	500.000,00	508.165,42	-8.165,42
		53099000 andere sonstige Nebenerlöse	0,00	0,00	1.150,00	-1.150,00
		53300000 Erträge aus Schadensersatzleistungen	14.193,57	15.000,00	12.520,46	2.479,54
		53800000 Erträge aus der Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen	154.837,70	118.700,00	402.282,03	-283.582,03
		53990000 andere sonstige betriebliche Erträge	1.852,36	0,00	3.835,62	-3.835,62
		53995000 Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	30.612,11	0,00	35.947,67	-35.947,67
10		Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)	24.148.944,56	24.020.912,22	24.223.309,13	-202.396,91
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	5.224.867,03	5.797.111,98	5.521.794,39	275.317,59
		62000000 Entgelte für geleistete Arbeitszeit (einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen)	3.701.081,44	4.075.092,21	3.922.886,97	152.205,24
		62290000 Leistungsentgelte Arbeitnehmer	62.055,22	77.921,07	69.925,31	7.995,76
		62900000 sonstige Aufwendungen mit Entgeltcharakter	58.598,73	78.806,27	56.668,23	22.138,04
		63000000 Dienst-, Amtsbezüge einschl. tariflicher, vertraglicher oder arbeitsbedingter Zulagen	274.012,91	284.970,46	266.072,68	18.897,78
		63290000 Leistungsentgelte Beamte	0,00	2.705,72	2.332,77	372,95
		63900000 sonstige Aufwendungen mit Entgelt- oder Bezugscharakter	2.117,63	0,00	0,00	0,00
		64000000 Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung Entgeltbereich				
		Sonstige personalbezogene Zahlungen an Sozialversicherungsträger	755.895,44	859.464,49	804.062,15	55.402,34
		64200000 Beiträge zur Berufsgenossenschaft und Unfallversicherung	16.162,42	22.682,75	17.984,61	4.698,14
		64700000 Zukunftssicherung / Zusatzversorgung Entgeltbereich	283.588,24	301.324,66	300.847,28	477,38
		64900000 Beihilfen Bezugsbereich	50.256,70	63.031,31	56.774,33	6.256,98
		64910000 Beihilfen Entgeltbereich	0,00	200,00	0,00	200,00
		64950000 Fürsorge und Unterstützungsleistungen (Arbeitnehmer/ Beamte)	826,07	840,82	840,82	0,00
		65010000 Aufwendungen für Personaleinstellungen	0,00	846,09	846,09	0,00
		65500000 Aufwendungen für Dienstjubiläen	854,50	1.500,00	500,00	1.000,00
		65600000 Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	10.627,85	12.163,96	12.163,96	0,00
		65900000 übrige sonstige Personalaufwendungen	7.799,37	9.737,17	8.788,19	948,98
		65910000 Gutscheine für Mitarbeiter	990,51	5.825,00	1.101,00	4.724,00
		12	644-646	Versorgungsaufwendungen	326.082,42	442.443,02
64500000 Aufwendungen Versorgungskassen für Beamte	267.136,42			403.343,02	326.427,68	76.915,34
64600000 Zuführung zu Pensionsrückstellungen	46.941,00			32.100,00	46.638,00	-14.538,00
64610000 Zuführung zu Beihilferückstellungen	12.005,00			7.000,00	8.437,00	-1.437,00
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.344.474,18	3.807.310,57	3.557.348,83	249.961,74
		60000000 Rohstoffe/Material/Vorprodukte /Fremdbauteile	1.608,17	1.301,10	1.301,10	0,00

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6)
			2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6	7
		6010000 Aufwendungen für Büromaterial und Drucksachen der Verwaltung und ähnl. Einrichtungen	25.206,17	33.061,62	32.596,50	465,12
		60110000 Lehr- und Unterrichtsmittel	9.441,76	9.459,09	9.459,09	0,00
		60111000 Bastelbedarf Kolibri	0,00	0,00	1.060,15	-1.060,15
		60112000 Bastelbedarf Rauschenberg	0,00	0,00	527,82	-527,82
		60113000 Bastelbedarf Kleine Füße	0,00	0,00	1.000,46	-1.000,46
		60114000 Bastelbedarf Burgenland	0,00	0,00	201,75	-201,75
		60200000 Hilfsstoffe	20.919,11	22.132,53	22.132,53	0,00
		60210000 Lebensmittel	143.787,82	160.587,23	160.587,23	0,00
		60300000 Betriebsstoffe und Verbrauchswerkzeuge	50.368,04	52.846,88	37.581,36	15.265,52
		60302000 Praxis- und Laborbedarf, Arzneimittel	928,03	1.994,69	1.994,69	0,00
		60510000 Strom	503.164,02	539.649,96	519.605,54	20.044,42
		60511000 Strom Werbetafel	64,56	0,00	0,00	0,00
		60520000 Gas	67.472,98	70.657,54	69.206,27	1.451,27
		60521000 Gas Gaststätte	4,16	0,00	0,00	0,00
		60540000 Heizöl	23.363,79	32.698,62	31.423,50	1.275,12
		60550000 Treibstoffe	55.537,18	51.973,96	51.973,96	0,00
		60551000 Treibstoffe allgemein	0,00	461,10	461,10	0,00
		60560000 Wasser	53.236,71	49.382,60	46.478,42	2.904,18
		60570000 Abwasser	245.115,71	248.520,12	246.985,96	1.534,16
		60610000 Materialaufwand für Gebäude u. Außenanlagen	74.637,58	62.734,35	59.269,85	3.464,50
		60611000 Materialaufwand für Gebäude und Außenanlagen Gaststätte/ Kegelbahn	47,33	0,00	0,00	0,00
		60620000 Materialaufwand für techn. Anlagen in Betriebsbauten	5.012,95	0,00	0,00	0,00
		60630000 Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen	48.444,24	87.348,97	76.033,28	11.315,69
		60632000 Material Kolibri	0,00	0,00	268,00	-268,00
		60633000 Material Rauschenberg	0,00	0,00	289,93	-289,93
		60634000 Material Kleine Füße	0,00	0,00	96,57	-96,57
		60635000 Material Burgenland	0,00	0,00	679,00	-679,00
		60650000 Materialaufwand für Straßen, Wegen, Plätze u.ä.	14.826,17	11.032,15	11.529,57	-497,42
		60700000 Aufwendungen für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel u. ä.	33.097,05	39.670,29	28.774,20	10.896,09
		60810000 Reinigungsmaterial	8.149,83	9.978,51	7.118,46	2.860,05
		60890000 übriger sonstiger Materialaufwand	16.436,17	18.683,04	18.572,66	110,38
		61000000 Fremdleistungen für Erzeugnisse und andere Umsatzleistungen	57.968,90	58.219,33	55.443,93	2.775,40
		61310000 Aufwandsentschädigungen führehamtl. Tätige (soweit nicht Hkto. 678)	29.060,54	39.277,80	35.790,93	3.486,87
		61320000 Aufwand für Leiharbeitskräfte	50.558,76	41.077,41	38.925,91	2.151,50
		61330000 Ärztliche Untersuchungen von Nichtangestellten der Gemeinde	3.456,30	7.887,74	7.887,74	0,00
		61340000 Aufwandsentschädigung für Übungsleiter-/ innen Kinderturnen	11.299,00	12.842,46	11.505,50	1.336,96
		61360000 Honorar für Betreuer Ferienspiele	20.710,00	27.000,00	19.710,00	7.290,00
		61380000 EDV-Dienstleistungen allgemein	62.718,31	68.663,39	68.903,74	-240,35
		61390000 sonstige weitere Fremdleistungen	329.004,29	392.119,83	374.323,66	17.796,17
		61610000 Instandhaltung der Gebäude und Außenanlagen (Bauunterhaltung)	176.906,99	238.649,24	196.446,27	42.202,97
		61611000 Instandhaltung Gebäude/ Außenanlage Gaststätte/ Kegelbahn	1.274,97	2.894,54	2.894,54	0,00
		61620000 Instandhaltung von tech. Anlagen in Betriebsbauten	2.157,47	3.611,81	1.611,81	2.000,00
		61621000 Instandhaltung techn. Anlagen Gaststätte/ Kegelbahn	244,47	1.000,00	0,00	1.000,00
		61630000 Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	13.663,19	67.815,71	63.054,18	4.761,53
		61631000 Instandhaltung Einrichtungen und Ausstattungen Gaststätte/ Kegelbahn	3.630,94	1.000,00	850,26	149,74
		61640000 Instandhaltung von Kfz	45.433,44	64.275,04	52.096,75	12.178,29
		61650000 Instandhaltung von Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	276.643,24	284.207,24	268.059,03	16.148,21
		61660000 Wartungskosten	48.292,66	78.792,13	74.556,95	4.235,18
		61661000 Wartung Anlagen Gaststätte/ Kegelbahn	0,00	700,00	0,00	700,00
		61662000 Wartung EDV-Anlagen	12.148,20	131,20	344,33	-213,13

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6)
			2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6	7
		61690000 sonstige Fremdinstandhaltung	15.397,24	16.599,99	16.599,99	0,00
		61710000 Aufwendungen für Fremdensorgung	36.380,29	33.531,17	27.237,24	6.293,93
		61730000 Fremdreinigung	195.385,38	222.198,15	216.240,32	5.957,83
		67000000 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	24.680,80	24.554,23	22.666,48	1.887,75
		67100000 Leasing	19.212,85	15.955,95	16.767,55	-811,60
		67200000 Lizenzen und Konzessionen	17.435,43	19.234,14	20.602,87	-1.368,73
		67300000 Gebühren	2.566,02	2.853,05	2.853,05	0,00
		67500000 Bankspesen / Kosten des Geldverkehrs u.d. Kapitalbeschaffung	4.816,88	4.700,00	4.983,88	-283,88
		67710000 Aufwendungen für Sachverständige, Rechtsanwälte und Gerichtskosten	11.468,36	33.687,80	28.771,34	4.916,46
		67720000 Aufwendungen für Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung	12.940,00	12.000,00	13.044,00	-1.044,00
		67790000 Aufwendungen für andere Beratungsleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
		67800000 Aufwandsentschädigung Mandatsträger	58.637,16	58.705,56	58.705,56	0,00
		67810000 Fraktionsmittel	3.696,00	5.500,00	2.904,00	2.596,00
		67900000 sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und	354,00	500,00	354,00	146,00
		68100000 Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur der Verwaltung und ähnlicher Einrichtungen	10.719,05	12.254,34	11.233,31	1.021,03
		68110000 Aufwendungen für Dekomaterial	1.559,47	2.476,82	1.565,57	911,25
		68200000 Porto und Versandkosten	17.604,29	29.807,16	28.426,28	1.380,88
		68310000 Datenübertragungskosten	1.446,42	1.930,21	1.656,36	273,85
		68320000 Telefonkosten	31.569,66	33.719,65	32.009,57	1.710,08
		68400000 amtliche Bekanntmachungen	32.334,64	44.248,91	32.506,60	11.742,31
		68500000 Reisekosten	1.237,82	1.883,82	2.096,40	-212,58
		68600000 Aufwendungen für Verfügungsmittel	2.693,16	2.625,97	2.625,97	0,00
		68610000 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	7.844,29	18.610,62	18.035,62	575,00
		68620000 Aufwendungen für Gästebewirtung (Repräsentation)	2.067,57	4.349,72	849,34	3.500,38
		68690000 sonstige Aufwendungen für Repräsentation	18.888,43	20.421,37	15.978,22	4.443,15
		68710000 Geschenke bis 35 €, Werbung	15.965,71	15.000,00	8.241,44	6.758,56
		68720000 Geschenke über 35 €	204,50	1.808,21	1.808,21	0,00
		68800000 Aufwendungen für Fort-, und Weiterbildung	42.561,26	44.078,99	35.553,43	8.525,56
		68900000 sonstige Aufwendungen für Kommunikation	626,78	1.213,48	1.210,07	3,41
		69000000 Beiträge für gebäudebezogene Versicherungen	50.190,32	55.844,08	55.565,53	278,55
		69010000 Kfz-Versicherungsbeiträge	27.478,18	32.200,69	29.061,24	3.139,45
		69090000 Beiträge für sonstige Versicherungen	87.215,77	96.515,69	94.176,79	2.338,90
		69100000 Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen, sonstige Vereinigungen	42.572,22	42.968,18	42.675,09	293,09
		69200000 Aufwendungen für Schadenersatzleistungen	0,00	464,84	464,84	0,00
		69400000 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	0,00	0,00	0,00	0,00
		69910000 Säumniszuschläge	0,00	0,00	0,50	-0,50
		69930000 übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	683,03	528,56	263,69	264,87
14	66	Abschreibungen	2.191.301,01	2.183.000,00	2.310.601,19	-127.601,19
		66150000 Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, - zuschüsse und Investitionsbeiträge	319.996,09	319.400,00	341.712,33	-22.312,33
		66190000 sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	17.683,71	23.600,00	29.146,24	-5.546,24
		66200000 Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen, Sachanlagen im Gemeingebrauch und Infrastrukturvermögen	1.356.311,97	1.349.600,00	1.364.376,08	-14.776,08
		66300000 Abschreibungen auf technische Anlagen und Maschinen	41.841,25	58.200,00	47.686,71	10.513,29
		66410000 Abschreibungen auf andere Anlagen	41.484,74	41.100,00	44.878,72	-3.778,72
		66420000 Abschreibungen auf Betriebsausstattung	145.739,13	149.300,00	162.320,94	-13.020,94
		66430000 Abschreibungen auf Fuhrpark	166.996,41	164.800,00	182.376,64	-17.576,64
		66450000 Abschreibungen auf Geschäftsausstattung	33.274,29	33.400,00	34.364,09	-964,09
		66500000 Abschreibungen auf geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	47.206,60	43.600,00	67.440,59	-23.840,59
		66700000 Abschreibungen auf Vorräte	0,00	0,00	149,34	-149,34
		66710000 Abschreibungen auf Forderungen wegen Uneinbringlichkeit	19.306,04	0,00	405,95	-405,95
		66720000 Einzelwertberichtigungen	1.008,45	0,00	18.826,78	-18.826,78

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. J. Sp. 6) 2016
			2015	Fort- geschriebener Ansatz 2016	2016	2016	
1	2	3	4	5	6	7	
15	71	66730000 Pauschalwertberichtigungen	452,33	0,00	16.916,78	-16.916,78	
		Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	960.069,50	1.066.884,77	977.583,87	89.300,90	
		71190000 übrige Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	900,00	10.000,00	4.400,00	5.600,00	
		71220000 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)	3.103,57	3.119,97	3.119,97	0,00	
		71271000 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (mit UST)	0,00	9.810,00	9.810,00	0,00	
		71280000 Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	810.877,20	895.290,15	867.867,46	27.422,69	
		71281000 Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche - Nachmittagsbetreuung Grundschulen	41.828,50	57.114,49	57.114,49	0,00	
		71711000 sonstige Erstattung an das Land (Aufl AnBu)	4.070,00	4.100,00	4.072,00	28,00	
		71720000 sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	22.855,95	24.578,06	24.478,06	100,00	
		71770000 sonstige Erstattungen an private Unternehmen	61.198,13	62.859,10	6.658,89	56.200,21	
		71780000 sonstige Erstattungen an übrigen Bereich	15.236,15	13,00	63,00	-50,00	
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	10.333.672,68	10.376.843,64	9.927.461,97	449.381,67	
		73531100 Kompensationsumlage § 40c FAG	281.751,25	0,00	0,00	0,00	
		73541000 Kreisumlage	5.492.584,00	5.704.867,00	5.704.867,00	0,00	
		73541100 Zuführung zur Rückstellung für die Kreisumlage	312.900,00	160.000,00	0,00	160.000,00	
		73542000 Schulumlage	2.866.036,00	3.395.133,00	3.343.048,00	52.085,00	
		73542100 Zuführung zur Rückstellung für die Schulumlage	133.200,00	40.000,00	0,00	40.000,00	
		73801000 Gewerbesteuerumlage	1.247.201,43	1.076.843,64	879.546,97	197.296,67	
17	72	Transferaufwendungen	250.911,09	281.575,59	281.575,59	0,00	
		72500000 Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	47.209,09	66.468,09	66.468,09	0,00	
		72820000 Sonstige soziale Erstattungen an Gemeinden (GV)	100.580,00	116.782,50	116.782,50	0,00	
		72840000 Sonstige soziale Erstattungen an sonstigen öffentlichen Bereich	102.600,00	0,00	0,00	0,00	
		72870000 Sonstige soziale Erstattungen an private Unternehmen	0,00	925,00	925,00	0,00	
		72880000 Sonstige soziale Erstattungen an übrige Bereiche	522,00	97.400,00	97.400,00	0,00	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.258,46	24.359,97	20.521,60	3.838,37	
		70200000 Grundsteuer	7.234,02	8.582,33	5.693,03	2.889,30	
		70300000 Kfz-Steuer	5.034,14	5.900,00	5.630,31	269,69	
		74000000 Gewerbesteuer	0,00	1.000,00	324,00	676,00	
		74100000 Körperschaftsteuer	1.244,00	1.500,00	1.134,00	366,00	
		74200000 Kapitalertragsteuer	7.277,64	7.277,64	7.277,64	0,00	
		74900000 sonstige Steuern vom Einkommen und Ertrag	468,66	100,00	462,62	-362,62	
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)	22.652.636,37	23.979.529,54	22.978.390,12	1.001.139,42	
20		Verwaltungsergebnis (Nr. 10 J. 19)	1.496.308,19	41.382,68	1.244.919,01	-1.203.536,33	
21	56-57	Finanzerträge	89.648,44	99.600,00	96.359,80	3.240,20	
		56000000 Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen, mit denen Verträge über Gewinngemeinschaft, Gewinnabführung oder Teilgewinnabführung bestehen	48.500,00	48.500,00	48.500,00	0,00	
		56400000 Erträge aus anderen Beteiligungen	17,60	0,00	17,60	-17,60	
		57100000 Bankzinsen	13.541,16	10.000,00	14.336,85	-4.336,85	
		57580000 Erträge aus Kredit-/ Darlehensvergabe an sonstigen inländischen Bereich	6.170,61	7.100,00	6.012,78	1.087,22	
		57610000 Säumniszuschläge	1.044,47	1.500,00	968,67	531,33	
		57620000 Mahngebühren	1.662,50	2.000,00	1.431,07	568,93	
		57630000 Verzinsung von Steuernachforderungen u. -erstattungen	14.843,50	30.000,00	23.077,00	6.923,00	
		57909000 übrige sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.868,60	500,00	2.015,83	-1.515,83	
22	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	138.599,19	122.578,72	122.035,40	543,32	
		77000000 Zinsen und ähnliche Aufwendungen an verbundene Unternehmen	855,00	0,00	1.035,00	-1.035,00	
		77100000 Bankzinsen	38.950,08	33.078,72	33.078,72	0,00	
		77170000 Zinsdienstumlage für Konjunkturprogramm	34.823,61	33.500,00	33.431,00	69,00	
		77310000 Auflösung Ansparraten Investitionsfond B Darlehen	50.924,00	46.000,00	46.034,00	-34,00	
		77620000 Zinsen und ähnliche Aufwendungen an Gemeinden (GV)	0,00	0,00	21,68	-21,68	
		77900000 sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.046,50	10.000,00	8.435,00	1.565,00	

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6)
			2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6	7
23		Finanzergebnis (Nr. 21 ./ 22)	-48.950,75	-22.978,72	-25.675,60	2.696,88
24		Ordentliches Ergebnis (Nr. 20 und Nr. 23)	1.447.357,44	18.403,96	1.219.243,41	-1.200.839,45
25	59	Außerordentliche Erträge	876.280,94	30.100,00	620.691,87	-590.591,87
		59010000 Erträge aus Spenden, Nachlässen und Schenkungen von übrigen Bereichen	2,00	0,00	4,00	-4,00
		59100000 Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Anlagen	0,00	0,00	94.381,02	-94.381,02
		59120000 Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen	428.730,35	30.000,00	5.678,00	24.322,00
		59121000 Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen (ohne Anlagenabgang)	1.088,00	0,00	190,00	-190,00
		59890000 sonstige periodenfremde Erträge	28.680,84	0,00	37.508,25	-37.508,25
		59891000 Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	158,89	0,00	0,00	0,00
		59902000 Konventionalstrafen	0,00	0,00	11.264,13	-11.264,13
		59909000 sonstige außerordentliche Erträge	417.620,86	100,00	471.666,47	-471.566,47
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	86.320,60	8.503,96	11.985,51	-3.481,55
		79410000 Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen	63.562,14	0,00	1.336,50	-1.336,50
		79700000 periodenfremde Aufwendungen	22.758,46	8.503,96	10.649,01	-2.145,05
27		Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./ Nr. 26)	789.960,34	21.596,04	608.706,36	-587.110,32
28		Jahresergebnis (Nr. 24 und Nr. 27)	2.237.317,78	40.000,00	1.827.949,77	-1.787.949,77

Finanzrechnung

- Euro -

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. J. Sp. 5) 2016
		2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	378.166,88	325.600,00	357.369,15	-31.769,15
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	922.322,81	820.000,00	1.021.441,37	-201.441,37
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	756.246,20	718.000,00	741.034,44	-23.034,44
4	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	15.618.495,27	15.072.000,00	14.387.747,34	684.252,66
5	Einzahlungen aus Transferleistungen	518.562,78	498.500,00	508.780,77	-10.280,77
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	4.036.949,20	4.535.200,00	4.536.155,20	-955,20
6	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	93.554,87	99.700,00	52.791,70	46.908,30
8	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich aus Investitionstätigkeit ergeben	495.651,89	531.600,00	574.775,33	-43.175,33
9	Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 1 bis 8)	22.819.949,90	22.600.600,00	22.180.095,30	420.504,70
10	Personalauszahlungen	5.166.239,08	5.760.300,00	5.508.308,63	251.991,37
11	Versorgungsauszahlungen	275.880,24	440.000,00	344.984,59	95.015,41
12	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.212.972,72	3.775.595,73	3.584.344,07	191.251,66
13	Auszahlungen für Transferleistungen	247.921,84	275.000,00	256.978,97	18.021,03
14	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	730.765,46	973.559,10	1.034.286,44	-60.727,34
15	Auszahlungen für Steuern einschließlich Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	9.795.935,30	10.176.843,64	9.915.766,82	261.076,82
16	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	84.693,94	76.700,00	78.948,40	-2.248,40
17	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	44.322,94	24.678,29	22.482,59	2.195,70
18	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 10 bis 17)	19.558.731,52	21.502.676,76	20.746.100,51	756.576,25
19	Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nr. 9 J. Nr. 18)	3.261.218,38	1.097.923,24	1.433.994,79	-336.071,55
20	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.327.115,83	794.000,00	1.158.310,86	-364.310,86
21	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1.691.323,72	212.000,00	457.754,70	-245.754,70
22	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	5.461,22	5.600,00	5.674,24	-74,24
23	Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 20 bis 22)	4.023.900,77	1.011.600,00	1.621.739,80	-610.139,80
24	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	344.277,42	202.972,07	80.129,29	122.842,78
25	Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.014.518,64	1.974.107,15	1.331.534,07	642.573,08
26	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	1.361.924,65	2.640.853,87	1.212.784,59	1.428.069,28
27	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	35.871,83	550.000,00	42.840,52	507.159,48
28	Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nr. 24 bis 27)	2.756.592,54	5.367.933,09	2.667.288,47	2.700.644,62
29	Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Nr. 23 J. 28)	1.267.308,23	-4.356.333,09	-1.045.548,67	-3.310.784,42
30	Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf (Nr. 19 und 29)	4.528.526,61	-3.258.409,85	388.446,12	-3.646.855,97
31	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
32	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	510.855,87	517.300,00	516.552,79	747,21
33	Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Nr. 31 J. 32)	-510.855,87	-517.300,00	-516.552,79	-747,21
34	Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Nr. 30 und Nr. 33)	4.017.670,74	-3.775.709,85	-128.106,67	-3.647.603,18
35	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Kassenkrediten)	4.668.251,78	0,00	5.279.190,76	-5.279.190,76
36	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Kassenkrediten)	4.499.883,19	0,00	5.341.748,91	-5.341.748,91
37	Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 35 J. Nr. 36)	168.368,59	0,00	-62.558,15	62.558,15
38	Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	5.656.159,29	9.842.199,00	9.842.198,62	0,38

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fort- geschriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. / Sp. 5) 2016
		2015	2016	2016	
1	2	3	4	5	6
39	<u>Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37.)</u>	<u>4.186.039,33</u>	<u>-3.775.709,85</u>	<u>-190.664,82</u>	<u>-3.585.045,03</u>
40	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 38 und 39)	9.842.198,62	6.066.489,15	9.651.533,80	-3.585.044,65

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Fortge-	Ergebnis	Vergleich
			2015	2016	schiebener Ansatz	2016	fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6) 2016
1	2	3	4	5		6	7
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	73.927,72	68.600,00		70.752,71	-2.152,71
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	368.828,51	300.174,01		378.282,52	-78.108,51
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	359.863,75	359.800,00		375.880,39	-16.080,39
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-10,48	0,00		0,00	0,00
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00		0,00	0,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	1.500,00		0,00	1.500,00
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	1.397,20	0,00		2.114,20	-2.114,20
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49.351,75	48.500,00		51.796,23	-3.296,23
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	621.135,15	618.300,00		644.729,82	-26.429,82
10		Summe der ordentlichen Erträge	1.474.493,60	1.396.874,01		1.523.555,87	-126.681,86
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	2.107.709,00	2.239.425,36		2.150.821,56	88.603,80
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	272.090,98	386.693,68		327.758,34	58.935,34
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.028.375,10	1.146.808,06		1.071.653,61	75.154,45
14	66	Abschreibungen	431.234,13	424.600,00		473.029,76	-48.429,76
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	24.311,72	29.123,48		23.573,48	5.550,00
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00		0,00	0,00
17	72	Transferaufwendungen	522,00	925,00		925,00	0,00
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.069,92	12.800,00		9.384,48	3.415,52
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	3.874.312,85	4.240.375,58		4.057.146,23	183.229,35
20		Verwaltungsergebnis	-2.399.819,25	-2.843.501,57		-2.533.590,36	-309.911,21
21	56-57	Finanzerträge	6.575,57	4.000,00		4.415,57	-415,57
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00		0,00	0,00
23		Finanzergebnis	6.575,57	4.000,00		4.415,57	-415,57
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.393.243,68	-2.839.501,57		-2.529.174,79	-310.326,78
25	59	Außerordentliche Erträge	392.549,40	30.100,00		109.428,96	-79.328,96
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	9.943,60	3.217,47		4.008,47	-791,00
27		Außerordentliches Ergebnis	382.605,80	26.882,53		105.420,49	-78.537,96
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.010.637,88	-2.812.619,04		-2.423.754,30	-388.864,74
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00		0,00	0,00
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00		0,00	0,00
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00		0,00	0,00
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.010.637,88	-2.812.619,04		-2.423.754,30	-388.864,74

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6) 2016
			2015	Fortge- schriebener Ansatz 2016	2016		
1	2	3	4	5	6	7	
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.855,98	7.200,00	3.593,24	3.606,76	
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	62,40	0,00	114,40	-114,40	
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	1.816,67	4.000,00	1.665,19	2.334,81	
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-301,45	0,00	-659,84	659,84	
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	250,00	-250,00	
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	4.751,00	4.800,00	4.774,50	25,50	
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	838,13	0,00	1.173,01	-1.173,01	
10		Summe der ordentlichen Erträge	25.022,73	16.000,00	10.910,50	5.089,50	
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	69.803,31	76.988,83	75.102,38	1.886,45	
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	46.460,50	72.000,00	55.816,75	16.183,25	
14	66	Abschreibungen	24.887,91	24.200,00	23.528,56	671,44	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	30.802,34	74.600,00	48.796,87	25.803,13	
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
17	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	171.954,06	247.788,83	203.244,56	44.544,27	
20		Verwaltungsergebnis	-146.931,33	-231.788,83	-192.334,06	-39.454,77	
21	56-57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
23		Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-146.931,33	-231.788,83	-192.334,06	-39.454,77	
25	59	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	9,00	-9,00	
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	138,92	0,00	1.945,46	-1.945,46	
27		Außerordentliches Ergebnis	-138,92	0,00	-1.936,46	1.936,46	
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-147.070,25	-231.788,83	-194.270,52	-37.518,31	
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-147.070,25	-231.788,83	-194.270,52	-37.518,31	

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Fortge-	Ergebnis	Vergleich
			2015	2016	schiebener Ansatz	2016	fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6) 2016
1	2	3	4	5	6	7	
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	72.437,70	91.792,50	104.276,40	-12.483,90	
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	415.468,00	430.156,00	430.156,00	0,00	
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	258.169,83	244.917,55	373.374,33	-128.456,78	
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	598.975,00	535.200,00	576.785,00	-41.585,00	
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	39.188,97	41.000,00	36.109,00	4.891,00	
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	10,50	0,00	26.620,55	-26.620,55	
10		Summe der ordentlichen Erträge	1.384.250,00	1.343.066,05	1.547.321,28	-204.255,23	
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	2.222.784,74	2.546.894,84	2.460.154,59	86.740,25	
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	590.582,17	663.193,14	640.727,29	22.465,85	
14	66	Abschreibungen	220.698,05	233.000,00	244.957,94	-11.957,94	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	736.985,04	804.377,36	803.065,36	1.312,00	
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
17	72	Transferaufwendungen	250.389,09	280.650,59	280.650,59	0,00	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	53,25	53,25	53,25	0,00	
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	4.021.492,34	4.528.169,18	4.429.609,02	98.560,16	
20		Verwaltungsergebnis	-2.637.242,34	-3.185.103,13	-2.882.287,74	-302.815,39	
21	56-57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
23		Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.637.242,34	-3.185.103,13	-2.882.287,74	-302.815,39	
25	59	Außerordentliche Erträge	29.333,61	0,00	34.435,66	-34.435,66	
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	31.401,49	2.191,71	2.193,71	-2,00	
27		Außerordentliches Ergebnis	-2.067,88	-2.191,71	32.241,95	-34.433,66	
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-2.639.310,22	-3.187.294,84	-2.850.045,79	-337.249,05	
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-2.639.310,22	-3.187.294,84	-2.850.045,79	-337.249,05	

Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6) 2016
			2015	Fortge- schriebener Ansatz 2016	2016		
1	2	3	4	5	6	7	
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	127.810,79	110.000,00	99.010,27	10.989,73	
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	18.764,68	5.000,00	10.922,33	-5.922,33	
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	10.422,00	10.500,00	10.432,00	68,00	
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	3.685,69	10.000,00	1.578,33	8.421,67	
10		Summe der ordentlichen Erträge	160.683,16	135.500,00	121.942,93	13.557,07	
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	184.027,33	220.696,38	207.908,35	12.788,03	
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	259.618,28	277.927,36	241.235,92	36.691,44	
14	66	Abschreibungen	98.453,65	114.700,00	108.036,39	6.663,61	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	78.847,92	71.627,66	71.220,10	407,56	
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
17	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	67,55	100,00	67,55	32,45	
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	621.014,73	685.051,40	628.468,31	56.583,09	
20		Verwaltungsergebnis	-460.331,57	-549.551,40	-506.525,38	-43.026,02	
21	56-57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
23		Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-460.331,57	-549.551,40	-506.525,38	-43.026,02	
25	59	Außerordentliche Erträge	841,50	0,00	830,50	-830,50	
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	227,23	444,98	444,98	0,00	
27		Außerordentliches Ergebnis	614,27	-444,98	385,52	-830,50	
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-459.717,30	-549.996,38	-506.139,86	-43.856,52	
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-459.717,30	-549.996,38	-506.139,86	-43.856,52	

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung der Umwelt
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	5	Gestaltung der Umwelt

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis	
			2015	2016	2016	(Sp. 5. / Sp. 6) 2016
1	2	3	4	5	6	7
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	84.545,72	71.200,00	84.943,65	-13.743,65
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	146.094,59	145.000,00	157.216,54	-12.216,54
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	137.392,29	143.872,16	170.555,44	-26.683,28
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	1.015.344,42	1.018.400,00	1.022.337,37	-3.937,37
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	19.575,25	22.000,00	37.847,33	-15.847,33
10		Summe der ordentlichen Erträge	1.402.952,27	1.400.472,16	1.472.900,33	-72.428,17
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	640.542,65	713.106,57	627.807,51	85.299,06
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	53.991,44	55.749,34	53.744,34	2.005,00
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.419.438,13	1.647.382,01	1.547.915,26	99.466,75
14	66	Abschreibungen	1.397.929,94	1.386.500,00	1.438.484,30	-51.984,30
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	89.122,48	87.156,27	30.928,06	56.228,21
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00
17	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.389,84	4.129,08	3.338,41	790,67
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	3.604.414,48	3.894.023,27	3.702.217,88	191.805,39
20		Verwaltungsergebnis	-2.201.462,21	-2.493.551,11	-2.229.317,55	-264.233,56
21	56-57	Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
23		Finanzergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	-2.201.462,21	-2.493.551,11	-2.229.317,55	-264.233,56
25	59	Außerordentliche Erträge	453.549,43	0,00	475.987,75	-475.987,75
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	44.609,36	2.649,80	3.392,89	-743,09
27		Außerordentliches Ergebnis	408.940,07	-2.649,80	472.594,86	-475.244,66
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	-1.792.522,14	-2.496.200,91	-1.756.722,69	-739.478,22
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	-1.792.522,14	-2.496.200,91	-1.756.722,69	-739.478,22

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen

Teilergebnisrechnung

- Euro -

Nr.	Konten	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 5. / Sp. 6) 2016
			2015	Fortge- schriebener Ansatz 2016	2016		
1	2	3	4	5	6	7	
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	548-549	Kostensatzleistungen und -erstattungen	60,00	0,00	0,00	0,00	
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	15.526.947,15	15.072.000,00	14.654.151,97	417.848,03	
6	547	Erträge aus Transferleistungen	518.748,49	497.000,00	508.595,06	-11.595,06	
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	3.436.577,00	4.000.000,00	3.961.461,00	38.539,00	
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	153.199,00	160.000,00	154.699,00	5.301,00	
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	66.011,16	0,00	267.771,19	-267.771,19	
10		Summe der ordentlichen Erträge	19.701.542,80	19.729.000,00	19.546.678,22	182.321,78	
11	62-63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
13	60-61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
14	66	Abschreibungen	18.097,33	0,00	22.564,24	-22.564,24	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	10.333.672,68	10.376.843,64	9.927.461,97	449.381,67	
17	72	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.677,90	7.277,64	7.677,91	-400,27	
19		Summe der ordentlichen Aufwendungen	10.359.447,91	10.384.121,28	9.957.704,12	426.417,16	
20		Verwaltungsergebnis	9.342.094,89	9.344.878,72	9.588.974,10	-244.095,38	
21	56-57	Finanzerträge	83.072,87	95.600,00	91.944,23	3.655,77	
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	138.599,19	122.578,72	122.035,40	543,32	
23		Finanzergebnis	-55.526,32	-26.978,72	-30.091,17	3.112,45	
24		Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis)	9.286.568,57	9.317.900,00	9.558.882,93	-240.982,93	
25	59	Außerordentliche Erträge	7,00	0,00	0,00	0,00	
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
27		Außerordentliches Ergebnis	7,00	0,00	0,00	0,00	
28		Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis)	9.286.575,57	9.317.900,00	9.558.882,93	-240.982,93	
29	93	Erlöse aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
30	94	Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
31		Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	
32		Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen	9.286.575,57	9.317.900,00	9.558.882,93	-240.982,93	

Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	1	Zentrale Verwaltung

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. / Sp. 5)
		2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	119.333,09	40.500,00	137.245,57	-96.745,57
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1.561.588,59	212.000,00	415.332,70	-203.332,70
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	55,19	-55,19
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Summe	1.680.921,68	252.500,00	552.633,46	-300.133,46
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	111.904,69	104.906,00	10.252,53	94.653,47
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	132.722,66	0,00	-5.788,77	5.788,77
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	350.336,97	1.284.581,58	676.129,05	608.452,53
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	33.763,10	44.300,00	40.761,23	3.538,77
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Summe	628.727,42	1.433.787,58	721.354,04	712.433,54
12	Saldo (Einzahlungen / Auszahlungen)	1.052.194,26	-1.181.287,58	-168.720,58	-1.012.567,00

Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	2	Schule und Kultur

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. ./ Sp. 5)	
		2015	Fortge- schriebener Ansatz 2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	270,00	0,00	416,50	-416,50
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	10,00	-10,00
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Summe	270,00	0,00	426,50	-426,50
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	3.701,08	416,50	416,50	0,00
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	29.902,79	24.777,50	19.856,97	4.920,53
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Summe	33.603,87	25.194,00	20.273,47	4.920,53
12	Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-33.333,87	-25.194,00	-19.846,97	-5.347,03

Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	3	Soziales und Jugend

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. / Sp. 5)
		2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	500,00	0,00	102.000,00	-102.000,00
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	260,00	0,00	0,00	0,00
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Summe	760,00	0,00	102.000,00	-102.000,00
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	13.862,07	10.996,49	10.996,49	0,00
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	112.665,65	746.416,99	644.980,06	101.436,93
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	649.108,76	810.088,84	191.503,84	618.585,00
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Summe	775.636,48	1.567.502,32	847.480,39	720.021,93
12	Saldo (Einzahlungen / Auszahlungen)	-774.876,48	-1.567.502,32	-745.480,39	-822.021,93

Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	4	Gesundheit und Sport

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. ./ Sp. 5)
		2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Summe	0,00	0,00	0,00	0,00
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	24.002,22	15.851,09	15.851,09	0,00
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	98.074,51	1.785,00	2.785,00	-1.000,00
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	13.595,12	38.778,48	17.409,43	21.369,05
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Summe	135.671,85	56.414,57	36.045,52	20.369,05
12	Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-135.671,85	-56.414,57	-36.045,52	-20.369,05

Hauptproduktbereich	5	Gestaltung der Umwelt
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	5	Gestaltung der Umwelt

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis	Fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. / Sp. 5)
		2015	2016	2016	2016
1	2	3	4	5	6
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.977.012,74	593.500,00	774.648,79	-181.148,79
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	129.475,13	0,00	42.412,00	-42.412,00
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	1.515,47	1.500,00	1.515,47	-15,47
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Summe	<u>2.108.003,34</u>	<u>595.000,00</u>	<u>818.576,26</u>	<u>-223.576,26</u>
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	190.807,36	70.801,99	42.612,68	28.189,31
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	671.055,82	1.225.905,16	689.557,78	536.347,38
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	318.981,01	482.627,47	307.885,30	174.742,17
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	2.108,73	5.700,00	2.079,29	3.620,71
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Summe	<u>1.182.952,92</u>	<u>1.785.034,62</u>	<u>1.042.135,05</u>	<u>742.899,57</u>
12	Saldo (Einzahlungen / Auszahlungen)	<u>925.050,42</u>	<u>-1.190.034,62</u>	<u>-223.558,79</u>	<u>-966.475,83</u>

Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen
Produktbereich		
Hauptproduktbereich	6	Zentrale Finanzleistungen

Teilfinanzrechnung

– Euro –

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis		Ergebnis		Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis (Sp. 4. ./ Sp. 5) 2016
		2015	Fortge- schriebener Ansatz 2016	2016	2016	
1	2	3	4	5	6	
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit					
1	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	230.000,00	160.000,00	144.000,00	16.000,00	
2	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des des Finanzanlagevermögens	3.945,75	4.100,00	4.103,58	-3,58	
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
4	Einzahlungen aus der Aufnahme Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Summe	233.945,75	164.100,00	148.103,58	15.996,42	
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit					
6	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	
8	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	
9	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	500.000,00	0,00	500.000,00	
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit					
10	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	510.855,87	517.300,00	516.552,79	747,21	
11	Summe	510.855,87	1.017.300,00	516.552,79	500.747,21	
12	Saldo (Einzahlungen ./ Auszahlungen)	-276.910,12	-853.200,00	-368.449,21	-484.750,79	

6 Anhang

6.1 Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Gemeinde setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

- Vermögensrechnung
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung

Die gesetzlichen Grundlagen dazu lieferten die folgenden Quellen:

- Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 7. März 2005, zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2016
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 2. April 2006, geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2016
- Hinweise zur GemHVO vom 22. Januar 2013
- Grundlagen des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Einkommensteuergesetzes (EStG)

Die Ergebnisrechnung wurde für den Gesamthaushalt und die Hauptproduktbereiche ermittelt. Dasselbe gilt für die Finanzrechnung, die für die Hauptproduktbereiche nur das Ergebnis der Investitions- und Finanzierungstätigkeit darstellt. Den Werten der Teilrechnungen wurden die fortgeschriebenen Planansätze der Teilhaushalte gegenübergestellt (§ 48 GemHVO). Erhebliche Abweichungen wurden auf der Ebene der Hauptproduktbereiche erläutert, da diese Ebene in der Haushaltsplanung das Budget abbildet.

6.2 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz ist nach den Vorschriften des § 49 GemHVO gegliedert.

Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden entsprechend § 59 GemHVO grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wert der Anlagegüter setzt sich aus den Eröffnungsbilanzwerten 2016 (vermindert um Abschreibungen) sowie den Zu- und Abgängen des Haushaltsjahres 2016 zusammen.

Auf die Bildung von Gruppen- oder Festwerten wurde bis auf wenige Ausnahmen verzichtet. Z. B. werden alle Bücheranschaffungen des Jahres pro Bücherei zu einem Anlagegut zusammengefasst und über 3 Jahre abgeschrieben.

Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und überwiegend einzeln bewertet worden.

Eine Einbeziehung von anteiligen Zinsen für Fremdkapital in die tatsächlichen Herstellungskosten erfolgte nicht.

Die Vermögensgegenstände wurden gemäß § 43 GemHVO ausschließlich mit der linearen Abschreibungsmethode über die planmäßige Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Nutzungsdauer stammt aus den NKRS-Tabellen des Landes Hessen oder musste von der Fachbereichsleitung in Absprache mit den Nutzern festgelegt werden. Im Falle der dauerhaften Wertminderung der Vermögensgegenstände wurde eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Das Vorratsvermögen wurde im Rahmen einer Buchinventur zum 31.12.2016 festgestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert. Soweit notwendig, sind Einzelwertberichtigungen erfolgt. Eine Pauschalwertberichtigung von Forderungen erfolgte in Höhe von 2 %.

Bei den flüssigen Mitteln wurden die Bar- und Buchgeldbestände zum 31.12.2016 zugrunde gelegt. Saldenbestätigungen wurden eingeholt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite enthalten vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen, soweit sie einen Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die in der Eröffnungsbilanz gebildeten Rücklagen wurden übernommen. Die Veränderungen der Rücklagen, die sich aus dem Jahresabschluss 2015 ergeben haben, wurden in 2016 gebucht und sind in den Werten zum 31.12.2016 enthalten.

Das ordentliche und außerordentliche Jahresergebnis 2016 ist auf der Passivseite im Eigenkapital abgebildet. Die Verwendung des Jahresergebnisses erfolgt erst im Folgejahr.

Die Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge werden ertragswirksam über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter aufgelöst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind zum Barwert der erworbenen Versorgungsansprüche nach dem Teilwertverfahren des § 6a Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes angesetzt. Die übrigen Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Der Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite enthält erhaltene Einzahlungen, soweit sie einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

Bei den folgenden Einzelerläuterungen werden die neuen zahlenmäßigen Werte und besonderen Sachverhalte erläutert. Nach dem Wert jeder Bilanzposition steht in Klammern der Vergleichswert der Bilanz 2015 mit dem Zusatz „2015“.

6.3 Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

Aktiva

Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Verwendung des eingesetzten Kapitals. Unterschieden werden Anlagevermögen, Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzungsposten.

6.3.1 Anlagevermögen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **74.403.616,82** (2015: 74.451.820,38)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **85,66** (2015: 85,77)

Das Anlagevermögen ist Teil des Vermögens, das einer Kommune langfristig zur laufenden Aufgabenerfüllung dient. Es umfasst:

- ▶ die immateriellen Vermögensgegenstände
- ▶ das Sachanlagevermögen
- ▶ das Finanzanlagevermögen

6.3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **13.141.359,53** (2015: 13.214.373,57)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **15,13** (2015: 15,22)

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind die Vermögensgegenstände, die nicht körperlich bzw. nicht gegenständlich sind, sondern Rechte oder andere wirtschaftliche Werte darstellen.

1) Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte

Wert zum 31.12.2016 in EUR: **314.703,86** (2015: 218.322,92)

Hierbei handelt es sich um die entgeltlich erworbene Software und die Kosten für die Erweiterung der Homepage der Gemeinde Petersberg.

In dieser Position sind auch die Kosten der Optionsverträge für die Anschaffung der Grundstücke enthalten.

Die größte Position stellen die Ökopunkte aus der Vereinbarung über die Nutzungseinschränkung „Höllwald“ dar (161.596,49 EUR).

Im Jahr 2016 wurde die neue Finanzsoftware „ProDoppik“ und Lizenzen für neue Server angeschafft.

2) Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse

Wert zum 31.12.2016 in EUR: **12.826.655,67** (2015: 12.996.050,65)

Die Gemeinden Petersberg und Künzell sowie die Stadt Fulda haben ihre Aufgaben auf dem Gebiet der Abwasserversorgung an den Abwasserverband Fulda übertragen.

Die Herstellungskosten der Abwassereinrichtungen wurden als geleistete Investitionszuschüsse an den Abwasserverband Fulda bilanziert und entsprechend der Nutzungsdauer mit 1,5 % jährlich abgeschrieben.

Sofern sich Abwassereinrichtungen im Bau befanden und die Gemeinde Petersberg dafür Investitionszuschüsse geleistet hat, wurden diese extra als „Investitionszuschüsse zu Anlagen im Bau“ bilanziert. Diese werden erst ab dem Datum der Inbetriebnahme abgeschrieben. In 2016 wurden Kanalbaumaßnahmen in den Baugebieten „Kleines Krähenfeld“ und „Oberer Himmelsacker“ begonnen.

Des Weiteren sind in dieser Position die Baukostenzuschüsse für die Straßenbeleuchtung an die RhönEnergie Fulda GmbH enthalten. Diese werden seit 2004 geleistet.

Die Nutzungsdauer beträgt 20 Jahre (Nutzungsdauer für die Straßenbeleuchtung lt. Abschreibungstabelle Hessen).

Die Zahlungen aus der Abwicklung des interkommunalen Gewerbegebiets werden als geleistete Investitionszuschüsse an Gemeinden erfasst.

Es wurden weitere Investitionszuschüsse an die Kirchengemeinde St. Peter für den Anbau und die Außenanlage des Kindergartens geleistet.

6.3.1.2 Sachanlagen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **46.619.865,29** (2015 46.632.221,09)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **53,67** (2015 53,72)

Die Sachanlagen gliedern sich in:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	9.762.048,09 EUR
Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Boden	21.901.058,23 EUR
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	11.033.418,98 EUR
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	532.797,00 EUR
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.647.366,00 EUR
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	743.176,99 EUR

6.3.1.2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **9.762.048,09** (2015: 10.063.441,41)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **11,24** (2015: 11,59)

Grundstücksabgänge wurden anhand von Kaufverträgen ermittelt. Grundstücksveränderungen, die sich aus vereinfachten Umliegungen ergeben haben, wurden in der Anlagenbuchhaltung erfasst.

Bei Neuerwerben wurden die tatsächlichen Anschaffungskosten aus den Kaufverträgen ermittelt.

6.3.1.2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **21.901.058,23** (2015: 21.633.497,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **25,22** (2015: 24,92)

Die Herstellungskosten für die Gebäude und Außenanlagen wurden entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Dabei wurden die Betriebsvorrichtungen gesondert erfasst und abgeschrieben.

Die Nutzungsdauer wurde individuell für jedes bewertete Gebäude festgelegt.

Aufteilung der Bauten nach Nutzungsarten:

Kindertagesstätten, Jugend- und Freizeiteinrichtungen	7.607.682,00 EUR
Sportanlagen, Schwimm- und Hallenbäder	1.900.251,23 EUR
Theater, Bürgerhäuser, Büchereien/ Bibliotheken	4.356.199,00 EUR
Brand- und Katastropheneinrichtungen	2.568.521,00 EUR
Leichenhallen, sonstige Friedhofsgebäude	213.386,00 EUR
Sonstige Betriebsgebäude*	768.980,00 EUR
Verwaltungsgebäude	3.650.061,00 EUR
andere Bauten**	8.813,00 EUR
Grundstückseinrichtungen	827.164,00 EUR
Wohngebäude	1,00 EUR
Summe	21.901.058,23 EUR

* Bei den sonstigen Betriebsgebäuden handelt es sich um Backhäuser, Garagen, Hütten und das Bauhofgebäude.

** Als „andere Bauten“ bezeichnet man die Buswartehallen.

Zu den bedeutenden Bewegungen des Jahres 2016 gehört die Fertigstellung des Anbaus der Kita „Rauschenberg“ (675.073,66 EUR).

6.3.1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **11.033.418,98** (2015: 11.026.405,08)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **12,70** (2015: 12,70)

Aufteilung der Bilanzposition nach Nutzungsarten:

Gemeindestraßen	7.255.533,00 EUR
Wege, Plätze	2.664.635,00 EUR
Sonstiges allgemeines Infrastrukturvermögen (Stützmauern, Brücken)	455.746,00 EUR
Kulturgüter	71.909,94 EUR
Öffentliche Grünflächen	128.049,00 EUR
Friedhofsanlagen	209.198,90 EUR
Kanalisation	172.038,00 EUR
Wald	76.309,14 EUR
Summe	11.033.418,98 EUR

Straßen sind nach Abschnitten (von Einmündung zu Einmündung in Netzknoten und innerhalb der Netzknoten nach Fahrbahn, Gehweg, Seitenstreifen und Begleitgrün) unterteilt.

Die tatsächlichen Herstellungskosten der Straßen wurden für die Eröffnungsbilanz durch die Gemeinde ermittelt und durch die Fa. ADN Consulting auf die einzelnen Netzknoten verteilt.

Im Jahr 2016 wurden u. a. folgende Verkehrsflächen in Betrieb genommen: „An der Wanne - letzter Bauabschnitt“, „Stellbergstraße“, „Pferdskopfweg“, „Brüder-Grimm-Straße“ und Gehweg „Horwiedener Straße“.

Der Zugang bei der Position „Friedhofsanlagen“ ist durch den Glockenturmneubau am Friedhof Margrethenhaun und die Urnenfelderweiterung in Petersberg bedingt.

Unter der Position "Kanalisation" wurden die Kanalhausanschlüsse bilanziert.

Die Kanalhausanschlüsse werden vom Abwasserverband nicht bilanziert, da der Abwasserverband nicht Eigentümer dieser Anschlüsse ist (Auskunft Herr Strohschneider, Abwasserverband Fulda).

Die Gemeinde Petersberg ist nur dann wirtschaftlicher Eigentümer der Kanalhausanschlüsse, wenn das Grundstück noch nicht veräußert wurde oder bei gemeindeeigenen Gebäuden. Mit dem Grundstücksverkauf geht das wirtschaftliche Eigentum an dem Kanalhausanschluss auf den Grundstückseigentümer über.

Der Abschreibungssatz für die Kanalhausanschlüsse beträgt 1,5 %.

Die Kosten für die Kanalleitungen sind unter Punkt 6.3.1.1 bei den Investitionszuschüssen an den Zweckverband zu finden.

6.3.1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **532.797,00** (2015: 565.623,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,61** (2015: 0,65)

Anlage der Energieversorgung und Betriebstechnik	434.271,00 EUR
Maschinen der Energieversorgung und Betriebstechnik	389,00 EUR
Anlagen für Wärme, Kälte und chemische Prozesse	890,00 EUR
Maschinen für Wärme, Kälte und chemische Prozesse	24.927,00 EUR
Medienbestand der Bibliothek und andere Leistungseinrichtungen*	19.803,00 EUR
Sonstige Anlagen**	52.516,00 EUR
Sonstige Maschinen und Geräte***	1,00 EUR
Summe	532.797,00 EUR

* Der Medienbestand der gemeindlichen Büchereien enthält neben dem Anfangsbestand alle Zugänge des Haushaltsjahres 2016 und wird über einen Zeitraum von 3 Jahren abgeschrieben. Einzelne Buchverluste werden dabei nicht berücksichtigt. Die Medienbestände aus den Jahren 2011-2013 sind abgeschrieben.

** Unter dieser Position sind die Geschwindigkeitsmessanlagen und die Kegelbahnen aufgeführt.

*** Diese Position beinhaltet die Wärmebildkamera.

6.3.1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **2.647.366,00** (2015: 2.282.690,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **3,05** (2015: 2,63)

Werkstätteneinrichtungen und -geräte	52.965,00 EUR
Werkzeuge, Werkgeräte	167.124,00 EUR
Lebewesen und Pflanzen	28,00 EUR
Sonstige andere Anlagen	1,00 EUR
Fuhrpark	1.187.975,00 EUR
Sonstige Betriebsausstattung	1.001.751,00 EUR
Sonstige Betriebsausstattung Gaststätte mit USt	6.293,00 EUR
Büromaschinen und EDV	60.251,00 EUR
Büromöbel und sonstige Ausstattungsgegenstände	170.978,00 EUR
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	0,00 EUR
Summe	2.647.366,00 EUR

Es wurden keine Sachgesamtheiten gebildet.

Bei den Zugängen zu den Positionen „Werkstätteneinrichtungen“ und „Werkzeuge“ sind unter anderem ein Absauggerät für den Bauhof sowie der Streuer und Schneepflug für Winterdienst enthalten.

Die Position „Fuhrpark“ beinhaltet die Fahrzeuge des Bauhofs, der Verwaltung und der Feuerwehren.

Die Bewertung des Fuhrparks erfolgte mit den tatsächlichen Anschaffungskosten.

Die Nutzungsdauer der Feuerwehrfahrzeuge wurde auf 25 Jahre festgelegt, für sonstige Fahrzeuge auf 8 Jahre.

Die teuersten Anschaffungen 2016 waren ein Katastrophenschutzfahrzeug LF10 Kats für die Feuerwehr Margrethenhaun, ein neues Bokimobil und ein Kubota Traktor für den Bauhof sowie ein Boki Mini für den Friedhof.

In der Bilanzposition „Lebewesen und Pflanzen“ sind die Pflanzen mit Anschaffungskosten ab 150 EUR (netto) enthalten. Diese Anlagegüter wurden in den Jahresabschlüssen 2009- 2013 planmäßig nicht abgeschrieben. Nach Rücksprache mit der Revision des Landkreises Fulda wird bei den vorhandenen Pflanzen die Nutzungsdauer von 3 Jahren festgelegt. Ab dem Jahr 2014 werden die Pflanzen nicht mehr bilanziert, sondern direkt im Aufwand gebucht. Die Kosten der Straßenbepflanzung im Rahmen der Straßenbaumaßnahme gehören zu den Herstellungskosten der Straße.

Die Position „Sonstige Betriebsausstattung“ beinhaltet überwiegend die Betriebsvorrichtungen der Bürgerhäuser (Bühneneinrichtung, Thekeneinrichtung, Kühlung), Einrichtungsgegenstände in Kindergärten usw.

In 2016 wurden unter anderem die Absauganlagen in den Feuerwehren Marbach und Steinau eingebaut, eine Einschienenkatze für das Schwimmbad installiert, eine Kühlzelle in DGH Marbach eingerichtet, diverse Spielgeräte für die Spielplätze der Gemeinde, Liegen und Bänke für den Pfaffenpfad sowie eine Motorleinwand für das Propsteihaus angeschafft.

Die Position „Büromaschinen und EDV“ beinhaltet die EDV-Einrichtung der Gemeinde. Im Jahr 2016 wurden neue Server angeschafft sowie diverse PCs ausgetauscht.

Die GWGs mit Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 410 EUR (netto) werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben.

Aus diesen Gründen weist die Position „Geringwertige Wirtschaftsgüter“ zum 31.12.2016 keinen Bestand auf.

6.3.1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **743.176,99** (2015: 1.060.564,60 EUR)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,86** (2015: 1,22)

Geleistete Anzahlungen auf Maschinen, Betriebs- oder Geschäftsausstattungen	6.362,69 EUR
Anlagen im Bau (Hochbau)	17.850,00 EUR
Anlagen im Bau (sonstige Baumaßnahmen)	4.328,56 EUR
Infrastrukturanlagen im Bau (Tiefbau)	714.635,74 EUR
Summe	743.176,99 EUR

Zum 31.12.2016 geleistete Anzahlungen	
Vorauszahlungen für Fahrzeug ELW 1 Feuerwehr Petersberg	6.362,69 EUR
Summe	6.362,69 EUR

Zum 31.12.2016 nicht fertiggestellte Maßnahmen (Hochbau)	
Erweiterung Kita „Kolibri“	17.850,00 EUR
Summe	17.850,00 EUR

Zum 31.12.2016 nicht fertig gestellte Maßnahmen (Sonstige Baumaßnahmen)	
Druckerhöhungsanlage Sportanlage Steinhaus	2.785,00 EUR
Erweiterung Friedhof Steinhaus	1.543,56 EUR
Summe	4.328,56 EUR

Zum 31.12.2016 nicht fertig gestellte Maßnahmen (Tiefbau)	
Straßenbau OT Petersberg, Am Felsenkeller	37.260,94 EUR
Straßenbau OT Petersberg, Ruhrstrauch	196.330,73 EUR
Straßenbau OT Petersberg, Petersberger Straße	35.000,00 EUR
Straßenbau OT Petersberg, Tempo-30-Maßnahmen	131.374,45 EUR
Umbau Pfaffenpfad 2. BA	32.677,05 EUR
Neubau Haunetalradweg 3. BA Böckels/ Horwieden	1.902,10 EUR
Straßenbau OT Marbach, „Oberer Himmelsacker“	6.500,00 EUR
Straßenbau OT Steinau, Baugebiet „Hainberg Südwest“	210.474,75 EUR
Straßenbau OT Steinhaus, Baugebiet „Lingigsfeld“ 3. BA	49.726,56 EUR
Brückensanierung Waldstraße	13.389,16 EUR
Summe	714.635,74 EUR

6.3.1.3 Finanzanlagen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **14.642.392,00** (2015: 14.605.225,72)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **16,86** (2015: 16,82)

In der Position Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ausgewiesen sowie die Wertpapiere des Anlagevermögens und die sonstigen Ausleihungen.

Anpassungen beim Wertansatz in der Bilanz sind vorzunehmen, wenn eine voraussichtlich dauerhafte Wertminderung vorliegt. Dies ist bei Verlusten der Beteiligung in drei aufeinanderfolgenden Jahren grundsätzlich anzunehmen.

Die Bewertung der Beteiligung erfolgte nach der Eigenkapital-Spiegelbildmethode, das heißt, mit anteiligem Eigenkapital.

Anteile an verbundenen Unternehmen (Bilanzposition 1.3.1)

Konto	Beteiligung	Bilanzwert	Anteil
11309000	Anteil Eigenbetrieb Betriebszweig Wasserversorgung	926.988,82 EUR	100%
11309010	Anteil Eigenbetrieb Betriebszweig Parkhaus	2.428.347,79 EUR	100%

Die Jahresergebnisse beider Betriebszweige des Eigenbetriebs sind in einer Summe zu betrachten. Der Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“ hat im Jahr 2015 einen Gesamtgewinn von 63.157,73 EUR erwirtschaftet. Die Gemeinde darf ihren Anteil daran weiterhin nur mit den Anschaffungskosten bewerten, da es sich um einen nicht realisierten Gewinn handelt (§ 41 Abs. 1 GemHVO).

Beteiligungen (Bilanzposition 1.3.3)

Konto	Beteiligung	Bilanzwert	Anteil
13509000	Anteil Abwasserverband Fulda	10.070.436,26 EUR	22,92%
13509000	Anteil Zweckverband Gruppenwasserwerk Vorderrhön	295.615,07 EUR	19,63%
13509000	Anteil Zweckverband Abfallsammlung	1,00 EUR	-
13519000	Anteil Wasserverband Haune	94.709,17 EUR	12,26%
13909000	Anteil Lokale Nahverkehrsgesellschaft Fulda	81.939,00 EUR	3,78%
13909000	Beteiligung Kommunale Informationsverarbeitung Hessen KIV	1,00 EUR	-

Bei der Bewertung der Beteiligung an der Lokalen Nahverkehrsgesellschaft Fulda (LNG) wurde die Bewertungsmethode aus der Eröffnungsbilanz beibehalten.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Bilanzposition 1.3.4)

Es handelt sich um ein Darlehen, das die Gemeinde Petersberg dem Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“, Betriebszweig Parkhaus, gewährt hat.

Stand 31.12.2016: 146.215,96 EUR.

Die Bilanzierung der Ausleihung erfolgte ohne Abzinsung auf den Barwert. Die jährliche Verzinsung für diese Ausleihung beträgt 4 %. Dieser Zinssatz übersteigt den Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank (-0,88 % für 2016). Die Ausleihung ist somit nicht als niedrig verzinslich zu betrachten.

Wertpapiere des Anlagevermögens (Bilanzposition 1.3.5.)

Diese Position beinhaltet die Fondsanteile der Beamtenversorgungsrücklage von 480.249,04 EUR.

Die Fondsanteile beim KVK-Fonds sind in Höhe der Pflichtzuführungen (115.249,04 EUR) und der freiwilligen Zuführungen (365.000 EUR) ausgewiesen.

Sonstige Ausleihungen/ sonstige Finanzanlagen (Bilanzposition 1.3.6):

Konto	Finanzanlage	Bilanzwert
16000000	Genossenschaftsanteile an der Raiffeisenbank Petersberg-Biebergrund	440,00 EUR
16381000	Darlehen Fa. Burg- Seniorenwohnanlage Propsteihof	117.448,89 EUR

Die Darlehen an die Fa. Burg wurden für den Bau der seniorengerechten Wohnungen in der Ortsmitte von Petersberg gewährt.

Ein Darlehen hat die Fa. Burg vorzeitig vollständig getilgt. Ein weiteres Darlehen bleibt bestehen.

Die Bilanzierung des Darlehens an die Fa. Burg erfolgte ohne Abzinsung auf den Barwert.

Eine Abzinsung soll lt. Hinweis 14 zu § 41 GemHVO bei niedrig verzinslichen Forderungen bzw. Ausleihungen erfolgen.

Als niedrig verzinslich gelten die Forderungen bzw. Ausleihungen, die mit einem jährlichen Zinssatz von mehr als zwei Prozentpunkten unter dem jeweiligen Basiszins der Europäischen Zentralbank (-0,88 % für 2016) verzinst werden.

Dies ist bei dem der Firma Burg gewährtem Darlehen nicht der Fall.

Die Zinsen bei dem Darlehen sind erst zum Ende der Laufzeit fällig. Der Jahreszinssatz beträgt 0,21 %.

6.3.2 Umlaufvermögen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **12.110.701,63** (2015: 11.962.278,68)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **13,94** (2015: 13,78)

Das Umlaufvermögen umfasst neben Vermögensgegenständen, die üblicherweise kurzfristig umgesetzt werden, wie z. B. Vorräte, auch Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände sowie liquide Mittel.

Vorräte sind nur in geringem Umfang vorhanden. Da nach Hinweis Nr. 4 zu § 36 GemHVO nur Vorräte mit einem Wert von mehr als 10.000,00 EUR je Lager angesetzt werden müssen, wurden die vorhandenen Mengen aus den Einkäufen von Heizöl und Streusalz ermittelt und nach Abzug der geschätzten Verbräuche konnte auf deren Ansatz verzichtet werden.

Die von der Gemeinde verkauften Handelswaren spielen eine untergeordnete Rolle.

6.3.2.1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **2.451.734,88** (2015: 2.061.400,72)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **2,82** (2015: 2,38)

Forderungen werden mit ihrem Nominalwert in der Bilanz dargestellt nach Hinweis Nr. 14 zu § 41 GemHVO.

Die Einzelwertberichtigung wurde bei den Forderungen mit einer Fälligkeit vor dem 01.07.2016, die zu dem Zeitpunkt der Wertberichtigung noch nicht ausgeglichen wurden, durchgeführt. Nähere Informationen, welche Forderungen im Einzelwert zu berichtigen sind, stammen von den Mitarbeiterinnen der Kasse.

Pauschalwertberichtigt (2 %) wurden nur die Forderungen gegenüber dem nichtöffentlichen Bereich. Auch wenn die Forderungen aus unterschiedlichen Produkten stammten, wurde die pauschale Wertberichtigung beim Produkt „61201 - Allgemeine Finanzwirtschaft“ verbucht, da eine Aufteilung des Aufwandes auf die einzelnen Produkte unverhältnismäßig aufwendig wäre.

Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen und -beiträgen (Bilanzposition 2.3.1)

Konto	Bezeichnung	Betrag
22170000	Forderungen aus sonstigen Zuweisungen und Zuschüssen gegen Gemeinden	4.455,00 EUR
22510000	Forderungen aus Investitionszuweisungen gegen das Land	699.851,79 EUR
22700000	Forderungen aus Transferleistungen	150,00 EUR
	Summe	704.456,79 EUR

Das Konto 22510000 weist einen so hohen Bestand aus, da aufgrund der Buchungsanordnung des Hessischen Ministeriums des Inneren vom 12. März 2010 die Gemeinde Petersberg das erhaltene Konjunkturdarlehen in voller Höhe bilanzieren muss, obwohl sie für den Landesteil nur 1/6 tilgen und bei den Bundesmitteln nur 50 % tilgen muss. Der Anspruch gegenüber Land und Bund ist als Sonderposten und Forderung zu bilanzieren und über 30 Jahre aufzulösen.

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben (Bilanzposition 2.3.2)

Konto	Bezeichnung	Betrag
23000000	Forderungen aus Steuern	1.027.992,10 EUR
23400000	Forderungen aus Gebühren	17.686,10 EUR
23600000	Forderungen aus Beiträgen	6.548,87 EUR
23800000	Sonstige Forderungen aus Abgaben	32.547,00 EUR
23910000	Einzelwertberichtigung zu Forderungen aus Steuern und Abgaben	-33.023,46 EUR
23920000	Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Steuern und Abgaben	-20.755,03 EUR
	Summe	1.030.995,58 EUR

Die Forderungen aus Steuern betreffen Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B, Hundesteuer, Spielapparatesteuer sowie Forderungen aus dem Einkommensteueranteil.

Forderungen aus Gebühren betreffen überwiegend die Bestattungs- sowie Kindergartengebühren.

Die Forderungen aus Beiträgen betreffen Straßen- oder Erschließungsbeiträge.

Forderungen aus Abgaben beinhalten Forderungen aus Bußgeldern.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Bilanzposition 2.3.3)

Konto	Bezeichnung	Betrag
24010000	Forderungen aus privatrechtlichen Lieferungen und Leistungen (Inland) der Investitionstätigkeit	180,00 EUR
24020000	Forderungen aus privatrechtlichen Lieferungen und Leistungen (Inland) der laufenden Verwaltungstätigkeit	351.778,46 EUR
24912000	Einzelwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12.343,12 EUR
24921000	Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus Investitionstätigkeit	-3,60 EUR
24922000	Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-8.875,61 EUR
	Summe	330.736,13 EUR

Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen (Bilanzposition 2.3.4)

Konto	Bezeichnung	Betrag
25220000	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen der laufenden Verwaltungstätigkeit	261.942,71 EUR
25330000	Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen und Sondervermögen, die der laufenden Verwaltungstätigkeit zuzuordnen sind	48.500,00 EUR
25720000	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.178,53 EUR
	Summe	355.621,24 EUR

Diese Position beinhaltet Forderungen gegen den Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“, Betriebszweige Wasserversorgung und Parkhaus.

Sonstige Vermögensgegenstände (Bilanzposition 2.3.5):

Konto	Bezeichnung	Betrag
26011000	Vorsteuer im Folgejahr abziehbar	-364,64 EUR
26200000	Forderungen aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen	1.217,32 EUR
26210000	Forderung Umsatzsteuer-Vorjahr	4.079,28 EUR
26220000	Forderungen aus Umsatzsteuer-Jahreserklärung	3.938,97 EUR
26620000	Forderungen aus Versicherungsschäden	145,66 EUR
26650000	Sonstige Forderungen, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	5.304,67 EUR
26701000	Forderungen aus geleisteten Kauttionen	945,00 EUR
26790000	Forderungen aus Verwahr- und Vorschusskonten (VV-Konten)	14.658,88 EUR
	Summe	29.925,14 EUR

Die Forderungen aus VV-Konten beinhalten Forderungen aus Abwasser und aus der Abfallentsorgung, da die Einnahmen an den Abwasserverband Fulda und den Abfallzweckverband Fulda weitergeleitet werden.

6.3.2.2 Flüssige Mittel

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **9.651.533,80** (2015: 9.842.198,62)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **11,11** (2015: 11,34)

Zusammensetzung:

Konto	Bezeichnung	Betrag
28002000	Guthaben bei der Sparkasse Fulda	1.939.450,25 EUR
28003000	Guthaben bei der Raiffeisenbank Bieberggrund	2.703.785,28 EUR
28004000	Guthaben bei der Postbank	6.012,85 EUR
28006000	Festgeld Raiffeisenbank	5.000.000,00 EUR
28008000	Kautionsparkonto für „Ratsstuben“ und „Miete Huck“	2.051,97 EUR
28801000	Vorschuss Zahlstelle Melde- und Passamt	100,00 EUR
28810000	Gebührenkasse	133,45 EUR
	Summe	9.651.533,80 EUR

Die in der Bilanz ausgewiesenen Bankguthaben wurden mit den Saldenbestätigungen der Banken abgeglichen.

Das Kautionsparkonto Huck wird seit dem Jahresabschluss 2010 bilanziert. Die Mietkaution wird auf der Aktivseite der Bilanz auf dem Konto 28008 „Kautionsparkonto“ und auf der Passivseite auf dem Konto 486010 „Kaution für Ratsstuben und Mietkaution“ ausgewiesen. Im Jahr 2015 kamen 1.000 EUR Kaution für die Ratsstuben von Nelles Gastronomie GmbH & CO. KG (Pächter der Gaststätte im Propsteihaus) dazu.

Seit der Umstellung auf die neue Finanzsoftware wird eine Gebührenkasse geführt, die Barmittel beinhaltet.

6.3.3 Rechnungsabgrenzungsposten

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **341.890,92** (2015: 392.816,85)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,39** (2015: 0,45)

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) werden für Sachverhalte gebildet, bei denen die Zahlung im Jahr 2016 oder früher stattgefunden hat für Leistungen, die wirtschaftlich den folgenden Haushaltsjahren zuzurechnen sind.

Auf eine Geringfügigkeitsgrenze wurde von Seiten der Gemeinde Petersberg verzichtet und es wurden alle Fälle abgegrenzt, für die es laut Definition nötig war.

Ausgewiesen werden Ansparraten und Sonderbeiträge für Darlehen der Abteilung B des Hessischen Investitionsfonds. Die Auflösung erfolgt über die vertragliche Laufzeit der Darlehen. Die Auflösung der Ansparraten erfolgt nach der Zinsstaffelmethode, da diese der tatsächlichen Zinsentwicklung im Zeitverlauf entspricht.

Die Beamtenbezüge für Januar 2017 wurden im Dezember 2016 ausgezahlt, stellen aber den Aufwand für das Jahr 2017 dar.

Passiva

Die Passivseite der Bilanz zeigt die Herkunft des eingesetzten Kapitals. Unterschieden werden Eigenkapital, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzungsposten.

6.3.4 Eigenkapital

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **45.934.605,38** (2015: 44.106.655,61)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **52,89** (2015: 50,81)

6.3.4.1 Nettoposition

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **25.525.539,63** (2015: 25.525.539,63)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **29,39** (2015: 29,40)

Die Eigenkapital-Nettoposition wird ermittelt als Saldo aus der Gegenüberstellung von Vermögen abzüglich Sonderposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten.

Die Nettoposition dient 4 Jahre als Korrekturposten für die Berichtigung der Eröffnungsbilanz, um Fehler oder neue Erkenntnisse ergebnisneutral zu korrigieren.

Ab dem Jahr 2013 steht diese Möglichkeit nicht mehr zur Verfügung, d. h. alle notwendigen Korrekturen werden ergebniswirksam vorgenommen.

6.3.4.2 Rücklagen und Sonderrücklagen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **18.581.115,98** (2015: 16.343.798,20)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **21,39** (2015: 18,83)

Hierbei handelt es sich zum einen um die allgemeine (kamerale) Rücklage, die gemäß Erlass des HMdI vom 02.08.2010 unter dieser Position ausgewiesen werden darf.

Zum anderen sind in dieser Position die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses enthalten.

Die Veränderung dieser Rücklagen ergibt sich aus der Zuführung zur Rücklage des ordentlichen Jahresüberschusses aus 2015 (1.447.357,44 EUR) und der Zuführung zu der Rücklage des außerordentlichen Jahresüberschusses aus 2015 (789.960,34 EUR).

6.3.4.3 Ergebnisverwendung

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **1.827.949,77** (2015: 2.237.317,78)

Das Gesamtergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

- Ordentlicher Jahresüberschuss 1.219.243,41 EUR
- Außerordentlicher Jahresüberschuss 608.706,36 EUR

Der ordentliche Jahresüberschuss wird im Jahr 2017 der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses wird im Jahr 2017 der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der außerordentliche Überschuss resultiert aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen über dem Buchwert und periodenfremden Erträgen und Aufwendungen.

6.3.5 Sonderposten

6.3.5.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **9.000.047,00** (2015: 9.192.204,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **10,36** (2015: 10,59)

Als Sonderposten sind finanzielle Mittel passiviert, welche die Gemeinde für Investitionsmaßnahmen als Zuweisung oder Zuschuss von Land, Kreis, Bund und sonstigen öffentlichen Institutionen erhalten hat. Gefördert wurden überwiegend Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Kanalbau), Gebäude und Maßnahmen im Bereich "Brandschutz".

Sonderposten werden grundsätzlich über die Nutzungsdauer des jeweilig bezuschussten Investitionsgegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Soweit der jeweilige Sonderposten bei größeren Investitionsmaßnahmen einzelnen Investitionsgütern nicht mit vertretbarem Zeitaufwand zugeordnet werden konnte, wurde bei der Auflösung eine durchschnittliche Nutzungsdauer zugrunde gelegt.

Sonderposten aus der Investitionspauschale wurden über die Nutzungsdauer von 10 Jahren aufgelöst.

Die größten Zuweisungen in 2016 waren die Zuweisung des Landes Hessen für den Anbau der Kita „Rauschenberg“, für die Anschaffung des Katastrophenschutzfahrzeuges der Feuerwehr Margrethenhaun und die Investitionspauschale 2016.

6.3.5.2 Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **76.681,00 EUR** (2015: 81.224,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,09** (2015: 0,09)

In dieser Position sind unter anderem die Erstattungen für die Grabumrandungen der Urnengräber und die Zuschüsse von privaten Unternehmen enthalten.

6.3.5.3 Investitionsbeiträge

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **17.519.097,14** (2015: 17.999.790,09)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **20,17** (2015: 20,74)

Investitionsbeiträge sind öffentlich-rechtliche Gegenleistungen zur Deckung des Aufwands für die Schaffung, Erweiterung oder Erneuerung öffentlicher Einrichtungen. Sie werden von den Grundstückseigentümern erhoben. Der Ausweis in der Bilanz enthält Erschließungsbeiträge für Abwasser, Straßen und Straßenbeleuchtung sowie die Ablösebeiträge für die Stellplätze.

Sonderposten werden über die Nutzungsdauer der korrespondierenden Investitionsgegenstände ertragswirksam aufgelöst.

Sonderposten, die nicht einem einzelnen Investitionsgegenstand zugeordnet werden konnten, wurden über die durchschnittliche Nutzungsdauer der Anlagenklasse aufgelöst.

Zugänge entstehen durch den Verkauf von Grundstücken (Erschließungsbeiträge Straße und Kanal) und durch den Ausbau der Straßen (Anliegerbeitrag).

Mit der Zahlung des Kaufpreises für die Grundstücke in den Baugebieten werden die Erschließungsbeiträge für Straße und Kanal abgelöst. Die Aufteilung des Kaufpreises in Erschließungsbeiträge und Erträge aus Veräußerung des Grundstücks erfolgt nach einer Verkaufspreiskalkulation, die bei der Planung der Erschließung des Baugebiets erstellt wird.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2016 wurden die Erschließungsbeiträge für die fertiggestellten Baugebiete mit den Herstellungskosten abgeglichen. Die Sonderposten aus den Erschließungsbeiträgen wurden den Herstellungskosten angepasst.

6.3.5.4 Sonstige Sonderposten

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **61.490,00** (2015: 6.184,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,07** (2015: 0,007)

In dieser Position ist unter anderen der Sonderposten für die Brücke Mausehundgraben enthalten.

6.3.6 Rückstellungen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **6.054.330,00** (2015: 6.483.199,64)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **6,97** (2015: 7,47)

Pensionsrückstellungen	4.743.530,00 EUR
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	1.299.800,00 EUR
Sonstige Rückstellungen	11.000,00 EUR
Summe	6.054.330,00 EUR

Rückstellungen stellen Fremdkapital dar, sind jedoch im Unterschied zu Verbindlichkeiten dem Grunde und/ oder der Höhe nach noch ungewiss. Sachverhalte, für die Rückstellungen zu bilden sind, sind in § 39 GemHVO Hessen abschließend aufgezählt.

6.3.6.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **4.743.530,00 EUR** (2015: 4.816.457,14)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **5,46** (2015: 5,55)

Rückstellungen für Pensionen sind für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen der Gemeinde gegenüber Beamten, Versorgungsempfängern und deren Hinterbliebenen gebildet. Die Ermittlung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durch die KVK Beamtenversorgungskasse Kassel.

Die Berechnungen wurden anhand der Rechnungsgrundlagen und Rechenverfahren durchgeführt, die allgemein anerkannt sind, wobei insbesondere die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck (u. a. Sterbewahrscheinlichkeiten) und der Rechnungszinsfuß 6 % zur Anwendung gekommen sind.

Dabei wurde der Besoldungsstand nach dem Hessischen Besoldungsgesetz zum Stand 01.07.2016 zu Grunde gelegt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten Rückstellungen für die künftigen und die laufenden Pensionsverpflichtungen wurden gemäß den Bestimmungen des § 6a EStG mit dem Teilwert angesetzt.

Bei der Berechnung der Beihilferückstellungen hat die Beamtenversorgungskasse Kassel den Durchschnittswert des tatsächlichen Beihilfeaufwandes für Versorgungsempfänger der letzten drei Jahre für die Berechnung benutzt.

Konto	Bezeichnung	Betrag
37000000	Verpflichtungen für eingetretene Pensionsfälle	2.684.240,00 EUR
37010000	Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften (aktive Beamte)	1.353.909,00 EUR
37200000	Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern	506.145,00 EUR
37300000	Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Arbeitnehmern	199.236,00 EUR
	Summe	4.743.530,00 EUR

Im Jahr 2011 hat eine Beamtin zu einem öffentlichen Arbeitgeber in ein anderes Bundesland gewechselt. Nach dem Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten vom 16.12.2009 findet in einem solchen Fall eine Teilung der Versorgungslasten statt. Der abgebende Dienstherr

hat eine Abfindung zu zahlen. Sofern eine Abfindung zu zahlen ist, wird diese aus der gebildeten Rückstellung finanziert.

Für die Gemeinde Petersberg hat die KVK Beamtenversorgungskasse die Zahlung der Abfindung in Höhe von 97.601,58 EUR übernommen. Die Gemeinde Petersberg muss 50% der Abfindung (48.800,79 EUR) in Folgejahren (erstmalig in 2012) an die KVK Beamtenversorgungskasse erstatten.

Die Zahlungen an die KVK Beamtenversorgungskasse werden mit dem Verbrauch der Rückstellung in gleicher Höhe verrechnet.

Im Jahr 2016 wurde diese Rückstellung vollständig verbraucht.

Der Rechnungszinsfuß von 6 %, der bei der Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen zugrunde gelegt wurde, ist höher als der Abzinsungszinssatz von 4,01 % nach § 253 Abs. 2 HGB.

Laut Hinweisen zu § 39 GemHVO sind in solchem Fall die mit diesem Abzinsungszinssatz berechnete höhere Rückstellungen im Anhang anzugeben.

Pensions- und Beihilferückstellungen mit Abzinsungszinssatz von 4,01 % nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB:

Konto	Bezeichnung	Betrag
37000000	Verpflichtungen für eingetretene Pensionsfälle	3.143.775,00 EUR
37010000	Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften (aktive Beamte)	1.730.200,00 EUR
37200000	Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern	571.810,00 EUR
37300000	Beihilfeverpflichtungen gegenüber Beamten und Arbeitnehmern	243.661,00 EUR
	Summe	5.689.446,00 EUR

6.3.6.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **1.299.800,00** (2015: 1.543.700,00)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **1,50** (2015: 1,78)

Die Rückstellung wurde zur periodengerechten Darstellung der Kreis- und Schulumlage gebildet. Der jährliche Zahlbetrag der Kreis- und Schulumlage wird nach dem Steueraufkommen der Vorjahre berechnet. Grundlage sind das erste Halbjahr des Vorjahres und das zweite Halbjahr des Vorvorjahres.

Für den Jahresabschluss 2011 hat sich die Bewertungsmethode für die Rückstellungen für Kreis-, Schul- und Kompensationsumlage verändert.

Aus der Neufassung von § 39 Abs. 1 Nr. 7 GemHVO ergibt sich für die Rückstellungsverpflichtung eine Beschränkung dahingehend, dass diese nicht mehr für sämtliche, in künftige Umlagegrundlagen einbezogene Steuererträge der betreffenden Perioden anzusetzen sind, sondern nur für solche, die in ungewöhnlicher Höhe angefallen sind.

Die ungewöhnliche Höhe der Steuererträge wird dann angenommen, wenn die Steuererträge des Abschlussjahres den Mittelwert der fünf vorangegangenen Jahre überschreiten. Dabei wurden die normalen Schwankungen der Steuererträge berücksichtigt. Nur die Abweichung vom Mittelwert um mehr als 10 % wird als ungewöhnlich hoch betrachtet.

Für den Jahresabschluss 2011 ergab sich nach dieser Berechnung keine Notwendigkeit der Rückstellungsbildung für den kommunalen Finanzausgleich.

Die bisher gebildeten Rückstellungen wurden aufgelöst.

Für die Jahresabschlüsse 2012 bis 2015 ergab die Bewertung die Notwendigkeit einer Zuführung zu den Rückstellungen für Kreis- und Schulumlage. Für das Jahr 2016 ergab sich erstmalig eine Auflösung der Rückstellung.

Konto	Bezeichnung	Betrag
38700000	Rückstellungen für Kreisumlage	827.800,00 EUR
38710000	Rückstellungen für Schulumlage	472.000,00 EUR
	Summe	1.299.800,00 EUR

6.3.6.3 Sonstige Rückstellungen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **11.000,00** (2015: 123.042,50)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,01** (2015: 0,14)

Sonstige Rückstellungen wurden für Sachverhalte gebildet, wenn die Höhe der Verpflichtungen der Gemeinde zum Bilanzstichtag nicht feststand. In diesem Fall ist das die Rückstellung für die Prüfungsgebühren der Jahresabschlüsse.

6.3.7 Verbindlichkeiten

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **6.953.861,34** (2015: 7.711.308,96)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **8,01** (2015: 8,88)

Verbindlichkeiten sind Verpflichtungen gegenüber Dritten, die dem Grunde und der Höhe nach sicher sind. Die einzelnen Bilanzposten ergeben sich aus der Gliederung der Verbindlichkeiten nach unterschiedlichen Gläubigergruppen bzw. deren sachlicher Zuordnung.

6.3.7.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **5.588.607,88** (2015: 6.105.160,67)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **6,43** (2015: 7,03)

Der Stand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist durch Kontoauszüge, Kreditverträge und Tilgungspläne zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten kann dem Verbindlichkeitsspiegel entnommen werden, der dem Anhang als Anlage beigefügt ist.

Im Jahr 2016 wurde kein Darlehen aufgenommen.

Der Gesamtbetrag der Tilgungen 2016 beläuft sich auf 516.552,79 EUR.

Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2016 wurde die richtige Zuordnung der Darlehen zu den Verbindlichkeitsgruppen (gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber öffentlichen Kreditgebern) vorgenommen.

Die Anfangsbestände der Darlehen und die Tilgungen wurden über die Konten aus dem Jahresabschluss 2015 gebucht. Die Schlussbestände per 31.12.2016 wurden auf die richtigen Konten umgebucht.

6.3.7.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **351.162,25** (2015: 490.478,19)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,40** (2015: 0,57)

Konto	Bezeichnung	Betrag
43020000	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber Gemeinden (GV)	19.804,41 EUR
43070000	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber privaten Unternehmen	2.521,62 EUR
43080000	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen gegenüber übrigen Bereichen	187.146,07 EUR
43780000	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen gegenüber übrigen Bereichen (keine Investitionstätigkeit zuzuordnen)	141.690,15 EUR
	Summe	351.162,25 EUR

Die größte Position sind die Verbindlichkeiten gegenüber kirchlichen Kindergärten aus den Endabrechnungen der Betriebskostenzuschüsse sowie die Verbindlichkeiten aus den Kostenausgleichen im Kindergartenbereich mit den anderen Gemeinden.

6.3.7.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **468.248,59** (2015: 373.122,40)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,54** (2015: 0,43)

Konto	Bezeichnung	Betrag
44010000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Inland) der Investitionstätigkeit	215.727,82 EUR
44020000	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Inland) der laufenden Verwaltungstätigkeit	251.619,64 EUR
44800000	Verbindlichkeiten aus Kostenersatzleistungen und -erstattungen	901,13 EUR
	Summe	468.248,59 EUR

6.3.7.4 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **118.955,48** (2015: 99.585,20)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,14** (2015: 0,11)

Hierbei handelt es sich um Verbindlichkeiten aus der Endabrechnung Gewerbesteuerumlage 2016.

6.3.7.5 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **318.535,44** (2015: 369.777,90)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,37** (2015: 0,43)

In dieser Position sind die Verbindlichkeiten gegen den Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“, Betriebszweige Wasserversorgung und Parkhaus, sowie den Abwasser- und Abfallzweckverband enthalten.

Die Zahlungsabwicklung für den Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“ erfolgt über die Konten der Gemeinde Petersberg. Der Eigenbetrieb besitzt kein eigenes Bankkonto. Um diesen Vorgang richtig in der Bilanz abzubilden, wurde eine Einheitskasse eingerichtet.

Das bedeutet, dass alle zahlungswirksamen Vorgänge, die den Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“ betreffen, über die Einheitskasse abgewickelt werden.

Mit jedem Tagesabschluss wird der Saldo aller zahlungswirksamen Vorgänge ermittelt und als Forderung oder Verbindlichkeit gegen die Gemeinde gebucht.

Der Anteil des Eigenbetriebes „Gemeindewerke Petersberg“ am Geldvermögen der Gemeinde beträgt zum 31.12.2016 -298.807,90 EUR und wird auf dem Konto 469901 bilanziert.

6.3.7.6 Sonstige Verbindlichkeiten

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **108.351,70** (2015 222.747,39)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **0,12** (2015 0,26)

Diese Bilanzposition beinhaltet sonstige Verbindlichkeiten der Gemeinde, z. B. Verbindlichkeiten aus erhaltenen Kautionen oder aus den Beiträgen zur Berufsgenossenschaft.

Konto	Bezeichnung	Betrag
48091000	Umsatzsteuer aus Vorjahren	1,41 EUR
48300000	Sonstige Steuerverbindlichkeiten	55.829,81 EUR
48410000	Verbindlichkeiten Zusatzversorgung	5.419,06 EUR
48500000	Verbindlichkeiten gegenüber Bediensteten, Organmitgliedern und Gesellschaftern	103,92 EUR
48601000	Kaution für „Ratsstuben“ und Mietkaution	2.051,97 EUR
48610000	Durchlaufende Gelder	460,00 EUR
4861100	Überzahlungen	685,30 EUR
48690000	Verbindlichkeiten aus Verwahr- und Vorschuss-Konten (VV-Konten)	41.302,42 EUR
48930000	Sonstige Verbindlichkeiten, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	2.497,81 EUR
	Summe	108.351,70 EUR

Auf dem Konto Kaution für die „Ratsstuben“ und Mietkaution sind die Mietkaution Huck und die Kaution für die Ratsstuben bilanziert (siehe auch Punkt 6.3.2.2).

6.3.8 Rechnungsabgrenzungsposten

Anteil an der Bilanzsumme in EUR: **1.256.097,51** (2015: 1.226.385,61)

Anteil an der Bilanzsumme in %: **1,45** (2015: 1,41)

Passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAPs) sind Einzahlungen, die vor dem Bilanzstichtag geleistet werden, jedoch erst in späteren Perioden zu Erträgen führen.

Ausgewiesen werden Gebühren für Grabnutzungsrechte. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt über die durchschnittliche Laufzeit der Nutzungsrechte. Die PRAPs aus Gebühren für Grabnutzungsrechte für die Jahre vor 2004 wurden aus Durchschnittswerten der Jahre 2004- 2008 ermittelt und die Gebührenanpassungen berücksichtigt.

Diese Werte wurden für jeden Friedhof einzeln ermittelt. Für diese PRAPs wurde ab 2016 ein Extrakonto 49011 angelegt.

Des Weiteren werden in dieser Position die Einzahlungen des Bundes und Landes aus der Ablöse der Straßenunterhaltung ausgewiesen und über die Laufzeit der Verpflichtung (Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes) aufgelöst.

6.4 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden dem Jahr zuzurechnende Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Erträge und Aufwendungen dürfen nicht miteinander verrechnet werden. Enthalten sind:

- Verwaltungsergebnis (Summe ordentlicher Erträge abzüglich Summe ordentlicher Aufwendungen),
- Finanzergebnis (Finanzerträge abzüglich Zinsaufwand und ähnlichen Aufwendungen),
- Außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentlicher Aufwand)

Alle bebuchten Posten des laufenden Jahres können der Gesamtergebnisrechnung entnommen werden.

Die wesentlichen Positionen werden im Rechenschaftsbericht erläutert.

Die außerordentlichen Erträge im Jahr 2016 betragen 620.691,87 EUR und beinhalten die Erträge aus der Veräußerung der Vermögensgegenstände, periodenfremde Erträge sowie Erträge aus den abgeschriebenen Forderungen.

Sonstige außerordentliche Erträge sind die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten, die infolge der Anpassung der Sonderposten an die Anschaffungskosten der dazugehörigen Anlagegüter entstanden sind.

Erträge aus der Veräußerung der Vermögensgegenstände entstehen, wenn Vermögensgüter über dem Buchwert verkauft werden.

Eine andere Variante ist, dass das Vermögensgut aufgrund von Vereinfachungsregelungen für die Eröffnungsbilanz (keine Bilanzierung der Anlagegüter mit Anschaffungskosten unter 3.000,00 EUR) bilanziert ist. In diesem Fall ist der komplette Verkaufspreis als Ertrag zu betrachten. Dieser Vorgang wird über ein separates Konto 59121 abgewickelt.

Die größten Beträge werden bei der Veräußerung von Grundstücken erzielt, aber auch die Veräußerung gebrauchter Fahrzeuge des Bauhofes führt zu außerordentlichen Erträgen.

Periodenfremde Erträge entstehen, wenn Einzahlungen im Jahr 2016 auf Vorgänge aus den Vorjahren zurückzuführen sind.

Die außerordentlichen Aufwendungen im Jahr 2016 betragen 11.985,51 EUR und beinhalten Verluste aus der Veräußerung der Vermögensgegenstände sowie periodenfremde Aufwendungen.

6.5 Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung gibt Informationen über die Zahlungsströme sowie die Zahlungsmittelbestände der Gemeinde. Sie wird in der direkten Form wie folgt dargestellt:

- Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit
- Finanzmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Vorgängen

Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit

Alle zahlungswirksamen Vorgänge des alltäglichen Verwaltungsgeschäftes werden in diesem Bereich dargestellt. Die größten Einzahlungen stammen aus Steuereinnahmen von 14.387.747,34 EUR und aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke von 4.536.155,20 EUR (Schlüsselzuweisung und Zuweisungen für Kindergärten).

Die größten Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sind die Personalauszahlungen von 5.508.308,63 EUR und die Auszahlungen für Steuer und Umlageverpflichtungen von 9.915.766,82 EUR (Kreis-, Schul- und Gewerbesteuerumlagen).

Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit

Der Finanzmittelfluss beinhaltet alle Zahlungsströme, die in Verbindung mit Investitionen stehen, beispielsweise die Neuanschaffung von Anlagevermögen. Dabei entstanden die höchsten Auszahlungen für Baumaßnahmen von 1.331.534,07 EUR und für die Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögen von 1.212.784,59 EUR. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit fließen an die Gemeinde durch den Verkauf von Anlagevermögen oder aus Investitionszuweisungen, Zuschüssen und Investitionsbeiträgen.

Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit

In diesem Bereich werden die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und Auszahlungen für die Tilgung von Krediten erfasst.

Die Gemeinde Petersberg hat 2016 keinen neuen Kredit aufgenommen und Tilgungen der vorhandenen Kredite von 516.552,79 EUR geleistet.

Finanzmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen

Unter dieser Position werden Ein- und Auszahlungen dargestellt, die die Gemeinde zwar auf ihren Bankkonten, aber nicht auf eigene Rechnung einnimmt und ausgibt.

Als Beispiele hierfür lassen sich die Ein- und Auszahlungen des Eigenbetriebes „Gemeindewerke Petersberg“ nennen, der über kein eigenes Bankkonto verfügt und deswegen seinen Zahlungsverkehr über die gemeindlichen Konten abwickelt.

Die Einzahlungen an die Gemeinde aus Gebühren für Abfall und Abwasser von den Bürgern werden an den Zweckverband Abfall und den Abwasserverband Fulda weitergeleitet. Diese werden als haushaltsunwirksame Einzahlungen bzw. Auszahlungen erfasst.

Die Abwicklung von Kautionen wird ebenfalls unter dieser Position dargestellt sowie die Zahlungen aus der Umsatzsteuerabwicklung.

Übersicht über haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen:

Durchlaufende Posten	Betrag Einzahlung	Betrag Auszahlung
Abwicklung Umsatzsteuer	97.420,82 EUR	81.368,86 EUR
Kautionen	47.958,50 EUR	44.598,50 EUR
Abfallgebühren	740.609,73 EUR	735.301,03 EUR
Abwassergebühren	1.922.935,76 EUR	1.928.315,29 EUR
Sonstige durchlaufende Posten	31.076,41 EUR	80.600,27 EUR
Abwicklung Einheitskasse	2.439.189,54 EUR	2.471.564,96 EUR
Gesamt	5.279.190,76 EUR	5.341.748,91 EUR

6.6 Sonstige Angaben

6.6.1 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus der Mitgliedschaft der Gemeinde bei der Kommunalen Informationsverarbeitung Hessen (KIV) besteht das Risiko von Inanspruchnahme der Gemeinde für die Ablösezahlungen.

Als kreditähnliche Rechtsgeschäfte werden Miet- oder Leasingverträge gesehen.

Leasinggeschäfte spielen in der Gemeinde eine untergeordnete Rolle. Neben dem Bürgermeisterdienstwagen und dem Fahrzeug für Zentrale Dienste werden die Kopierer der Verwaltung und der Kindergärten geleast.

6.6.2 Aufstellung Gesamtabchluss

Grundsätzlich müssen Gemeinden einen Gesamtabchluss nach § 112 HGO i. v. m. § 53 -55 GemHVO aufstellen, denen die Mehrheit oder 20 bis 50 Prozent der Stimmrechte an Aufgabenträgern zustehen.

In dem Erlass vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport vom 22.08.2016 zur Ausgestaltung der rechtlichen Vorgaben zum Gesamtabchluss und in den Hinweisen zu § 53 GemHVO sind die Voraussetzungen für die Befreiung von der Aufstellungspflicht enthalten.

Danach gilt, wenn die Jahresabschlüsse der o. g. Aufgabenträger in ihrer Gesamtheit für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde von nachrangiger Bedeutung sind, muss von der Gemeinde kein Gesamtabchluss aufgestellt werden.

Die nachrangige Bedeutung liegt vor, wenn der auf die Gemeinde entfallende Anteil der Bilanzsummen der o. g. Aufgabenträger zusammen den Wert von 20 v.H. der in der Bilanz der Gemeinde ausgewiesenen Bilanzsumme an den Abschlussstichtagen am 31. Dezember für das Jahr der Aufstellung (31.12.2016) und gleichzeitig für das Vorjahr (31.12.2015) nicht übersteigen.

Die Gemeinde Petersberg erfüllt die Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses und ist somit nicht verpflichtet den Gesamtabchluss für 2015 und 2016 zu erstellen.

6.6.3 Personalbestand

Zum 31.12.2016 sind bei der Gemeinde Petersberg 127 Personen beschäftigt:

Beamte	5
Beschäftigte	122
davon Beschäftigte mit Arbeitszeit unter 30 Std./ Woche	40

6.6.4 Organe

Organe der Gemeinde sind die Gemeindevertretung und der Gemeindevorstand.

Mitglieder der Gemeindevertretung zum 31.12.2016

CDU-Fraktion (20)	SPD-Fraktion (6)	CWE-Fraktion (6)	Die Linke. Offene Liste (3)	FDP (2)
Felix Gaul Wolfgang Hintze Edgar Schäfer Winfried Schäfer Edeltraud Wieder Hartwig Blum Christa Bischof Thomas Vogel Roland Balzer Josef Bug Mathias Bergener Sebastian Leitsch Tamara Pfaff Gernot Hillenbrand Christian Bug Michael Kircher Matthias Göbel Kai Völler Andreas Trost Peter Scheel	Susanne Dörr Jeffrey Shuttlesworth Elke Hohmann Michael Glüber Martin Neugabauer Tanja Schmidt	Hans-Karl Becker Rainer Dargatz Matthias Mackrodt Jürgen Lederer Matthias Görnert Wolfgang Plunien	Michael Wahl Martina Rahn Andrea Kreipl-Möller	Wolfgang Schad Alfred Schäfer

Mitglieder des Gemeindevorstands zum 31. Dezember 2016:

1. Karl- Josef Schwiddessen, Bürgermeister
2. Georg Amshoff, 1. Beigeordneter
3. Michael Will (ab 01.01.2017 Stephan Nüchter)
4. Maria Eppinger
5. Kai-Uwe Abersfelder
6. Helmut Krass
7. Christoph Weber

Petersberg, 12.09.2017



Karl-Josef Schwiddessen
Bürgermeister

6.7 Anlagen zum Anhang

6.7.1 Anlagenspiegel

Übersicht über den Stand des Anlagevermögens (Anlagenpiegel) 2016 - € -

01 Gemeinde Petersberg

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen						Buchwerte	
	Gesamte AK/HK am Beginn 2016	Zugänge im Jahr 2016	Abgänge im Jahr 2016	Umbuchungen im Jahr 2016	Gesamte AK/HK am Ende 2016	Kumulierte Abschreibungen am Beginn 2016	Zuschreibungen im Jahr 2016	Abschreibungen im Jahr 2016	Umbuchungen im Jahr 2016	Abschreibungen auf Abgänge im Jahr 2016	Kumulierte Abschreibungen am Ende 2016	am 31.12. des Vorjahres 2016	am 31.12. des Jahres 2016	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
1. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	329.834,22	122.963,02	6.380,00	2.565,16	448.982,40	111.511,30	0,00	29.146,24	0,00	6.379,00	134.278,54	314.703,86	218.322,92	
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	20.441.565,38	172.317,35	0,00	0,00	20.613.882,73	7.445.514,73	0,00	341.712,33	0,00	0,00	7.787.227,06	12.826.655,67	12.986.050,65	
Summe 1.	20.771.399,60	295.280,37	6.380,00	2.565,16	21.062.865,13	7.557.026,03	0,00	370.858,57	0,00	6.379,00	7.921.505,60	13.141.359,53	13.214.373,57	
2. Sachanlagevermögen														
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	10.074.676,79	5.976,36	307.369,68	0,00	9.773.283,47	11.235,38	0,00	0,00	0,00	0,00	11.235,38	9.762.048,09	10.063.441,41	
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremdem Grund	29.553.735,71	32.636,35	0,00	691.901,47	30.278.273,53	7.920.238,71	0,00	456.976,59	0,00	0,00	8.377.215,30	21.901.058,23	21.633.497,00	
2.3 Sachanlagen im Gemeindegebrauch, Infrastrukturvermögen	26.467.549,82	56.587,26	40.201,54	896.505,32	27.380.440,86	15.441.144,74	0,00	907.399,49	0,00	1.522,35	16.347.021,88	11.033.418,98	11.026.405,08	
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	771.981,03	14.860,71	0,00	0,00	786.841,74	206.358,03	0,00	47.686,71	0,00	0,00	254.044,74	532.797,00	565.623,00	
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.369.180,37	831.762,16	231.079,89	35.579,60	6.005.442,24	3.086.490,87	0,50	491.381,48	0,00	219.795,61	3.358.076,24	2.647.366,00	2.282.689,50	
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.060.564,60	1.624.967,05	315.803,11	-1.626.551,55	743.176,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	743.176,99	1.060.564,60	
Summe 2.	73.297.688,32	2.566.789,89	894.454,22	-2.565,16	74.967.458,83	26.665.467,73	0,50	1.903.444,27	0,00	221.317,96	28.347.593,54	46.619.865,29	46.632.220,59	
3. Finanzanlagevermögen														
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.355.336,61	0,00	0,00	0,00	3.355.336,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.355.336,61	3.355.336,61	
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3.3 Beteiligungen	12.087.510,54	0,00	0,00	1.544.809,04	12.087.510,54	1.544.809,04	0,00	0,00	0,00	0,00	1.544.809,04	10.542.701,50	10.542.701,50	
3.4 Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	150.319,54	0,00	4.103,58	0,00	146.215,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	146.215,96	150.319,54	
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	437.463,71	42.785,33	0,00	0,00	480.249,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	480.249,04	437.463,71	
3.6 Sonstige Finanzanlagen	119.404,36	0,00	1.515,47	0,00	117.888,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	117.888,89	119.404,36	
Summe 3.	16.150.034,76	42.785,33	5.619,05	0,00	16.187.201,04	1.544.809,04	0,00	0,00	0,00	0,00	1.544.809,04	14.642.392,00	14.605.225,72	
Gesamtsumme (1. bis 3.)	110.219.122,68	2.904.855,59	906.453,27	0,00	112.217.525,00	35.767.302,80	0,50	2.274.302,84	0,00	227.696,96	37.813.908,18	74.403.616,82	74.451.819,88	

6.7.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag 31.12.2016	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	704.456,79	35.033,34	121.713,36	547.710,09
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1.030.995,58	1.030.995,58	0,00	0,00
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	330.736,13	330.736,13	0,00	0,00
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	355.621,24	355.621,24	0,00	0,00
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	29.925,14	29.925,14	0,00	0,00
Summe	2.451.734,88	1.782.311,43	121.713,36	547.710,09

6.7.3 Verbindlichkeitsspiegel

Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag 31.12.2016	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.340.596,60	295.353,36	1.084.565,92	1.960.677,32
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	2.248.011,28	227.145,48	865.015,50	1.155.850,30
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe 2.	5.588.607,88	522.498,84	1.949.581,42	3.116.527,62
3. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	351.162,25	351.162,25	0,00	0,00
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	468.248,59	468.248,59	0,00	0,00
7. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	118.955,48	118.955,48	0,00	0,00
8. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	318.535,44	318.535,44	0,00	0,00
9. Sonstige Verbindlichkeiten	108.351,70	108.351,70	0,00	0,00
Summe (1.-9.)	6.953.861,34	1.887.752,30	1.949.581,42	3.116.527,62

6.7.4 Rückstellungsspiegel

Kto	Bezeichnung	Stand 1.1.2016 €	Umbuchung	Verbrauch €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2016 €
37000	Verpflichtungen für eingetretene Pensionsfälle	2.766.551,00		0,00	82.311,00	0,00	2.684.240,00
37010	Verpflichtungen für unverfallbare Anwartschaften	1.320.308,14		9.272,14	3.765,00	46.638,00	1.353.909,00
	davon durch Mittel der Versorgungsrücklage gedeckt	437.463,71					480.249,04
37200	Beihilfeverpflichtungen gg Versorgungsempf.	536.241,00		0,00	30.096,00	0,00	506.145,00
37300	Beihilfeverpflichtungen gg Beamte	193.357,00		0,00	2.558,00	8.437,00	199.236,00
38700	RSt für Kreisumlage	1.014.400,00	0,00	0,00	186.600,00	0,00	827.800,00
38710	RSt für Schulumlage	529.300,00	0,00	0,00	57.300,00	0,00	472.000,00
39941	RSt für Prüfungsgebühren	10.000,00	0,00	10.000,00	0,00	11.000,00	11.000,00
39990	andere sonstige RSt aus ungewissen Verbindlichkeiten	14.352,00	0,00	0,00	14.352,00	0,00	0,00
39991	RSt aus ungewissen Verbindlichkeiten (lfd. Aufwand)	98.690,50	0,00	59.038,47	39.652,03	0,00	0,00
	Summe	6.483.199,64	0,00	78.310,61	416.634,03	66.075,00	6.054.330,00

6.7.5 Rücklagenübersicht

Rücklagen	Stand 01.01.2016	Zuführungen	Entnahmen	Stand 31.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage (kameral)	2.724.939,50	0,00	0,00	2.724.939,50
Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	11.997.800,98	1.447.357,44	0,00	13.445.158,42
Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	1.621.057,72	789.960,34	0,00	2.411.018,06
Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe	13.343.798,20	2.237.317,78	0,00	18.581.115,98

Rechenschaftsbericht Gemeinde Petersberg

2016



Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen	
2 Jahresergebnis	
2.1.1 Ertragslage.....	
2.1.2 Aufwandslage	
2.2 Finanzhaushalt / Finanzrechnung	
2.2.1 Allgemeine Entwicklung.....	
2.2.2 Investitionstätigkeit	
3 Vermögens- und Schuldenlage	
4 Kennzahlen	
4.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis.....	
4.1.1 Steuern	
4.1.1.1 Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen	
4.1.1.2 Gemeinschaftssteuern.....	
4.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	
4.1.3 Personalaufwand	
4.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.....	
4.1.5 Transferaufwendungen.....	
4.1.6 Haushaltsergebnis	
4.2 Kennzahlen zur Bilanz	
4.2.1 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation).....	
4.2.2 Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung	
5 Wesentliche Vorgänge des Haushaltsjahres	
6 Haushaltsausgabereste (HAR).....	
7 Über- und Außerplanmäßige Mittelbereitstellung	
8 Prognosebericht - Risiken und Chancen.....	
8.1 Risiken	
8.1.1 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur	
8.1.2 Kommunaler Finanzausgleich	
8.1.3 Personalkosten in Folge des Kinderförderungsgesetz (KiFöG)	
8.1.4 Entwicklung der Verschuldung	
8.2 Chancen – Wirtschaft und Arbeitsmarkt.....	
8.3 Zielsetzung und Strategien.....	

1 Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen

Mit der Aufstellung eines Jahresabschlusses nach den Regelungen des doppelten Rechnungswesens ist auch die Verpflichtung zur Abgabe eines Rechenschaftsberichts verknüpft. Gemäß § 112 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist der Jahresabschluss durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Gemäß § 51 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO) sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

2 Jahresergebnis

Nach der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) werden für die Beurteilung der kommunalen Haushalte vorrangig die Erträge und Aufwendungen herangezogen. Gemäß § 92 Abs. 3 HGO soll der Haushalt in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein.

Der Ergebnishaushalt gilt als ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge und der Zins- und sonstigen Finanzerträge mindestens ebenso hoch ist wie der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen oder der Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis des Ergebnishaushalts und der Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis der Ergebnisrechnung durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Rücklagen ausgeglichen werden können.

Grundsätzlich gilt, dass ein positives Jahresergebnis das Eigenkapital in der Bilanz erhöht und ein negatives Jahresergebnis das Eigenkapital belastet. Langfristig ist ein ausgeglichenes Ergebnis notwendig, um u. a. Generationengerechtigkeit sicherzustellen.

Der Jahresabschluss 2016 weist in der Ergebnisrechnung ein Jahresergebnis in Höhe von 1.827.949,77 Euro aus.

Im Vergleich zum Ergebnis des Haushaltsplanes 2016 in Höhe von 30.000 Euro beträgt die Veränderung 1.797.949,77 Euro.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die öffentlichen Haushalte und auch die Kommunen profitieren seit Jahren von der unerwartet schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die bei Bund, Ländern und Kommunen eingehenden Steuereinnahmen sind aufgrund dieser konjunkturellen Entwicklung in den vergangenen Perioden stetig gestiegen. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es starke regionale Unterschiede –insbesondere auf kommunaler Ebene- gibt und der noch abzutragende Schuldenberg der deutschen Kommunen weiterhin nach einer langfristig ausgelegten Konsolidierungsstrategie der öffentlichen Haushalte verlangt. Auch stellt sich der demografische Wandel zunehmend als Herausforderung für die deutschen Kommunen dar. Neben steigenden Sozialtransferaufwendungen, die direkt oder über Umlagen die kommunalen Haushalte belasten, zeigt sich vielerorts das Erfordernis, die Infrastruktur und deren Einrichtungen an die sich ändernden Bedürfnisse der Bürgerschaft anzupassen.

Trotz der massiven Erholung der Steuereinnahmen der vergangenen Jahre steht also nach wie vor die Konsolidierung der öffentlichen Ausgaben im Vordergrund, um eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung in den Kommunen zukunftssicher gestalten zu können.

Die Ergebnisse im Überblick

Nachfolgend wird das Jahresergebnis 2016 im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres sowie im Vergleich zur Haushaltsplanung 2016 dargestellt:

Gesamtergebnis im Vergleich

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Ordentliche Erträge	24.148.944,56	23.900.400	24.223.309,13	322.909,13	1,35
Ordentliche Aufwendungen	22.652.636,37	23.877.400	22.978.390,12	-899.009,88	-3,77
Verwaltungsergebnis	1.496.308,19	23.000	1.244.919,01	1.221.919,01	5.312,69
Finanzerträge	89.648,44	99.600	96.359,80	-3.240,20	-3,25
Zinsen und sonstige Aufwendungen	138.599,19	122.700	122.035,40	-664,60	-0,54
Finanzergebnis	-48.950,75	-23.100	-25.675,60	-2.575,60	-11,15
Ordentliches Ergebnis	1.447.357,44	-100	1.219.243,41	1.219.343,41	1.219.343,41
Außerordentliche Erträge	876.280,94	30.100	620.691,87	590.591,87	1.962,10
Außerordentliche Aufwendungen	86.320,60	0	11.985,51	11.985,51	100,00
Außerordentliches Ergebnis	789.960,34	30.100	608.706,36	578.606,36	1.922,28
Jahresergebnis	2.237.317,78	30.000	1.827.949,77	1.797.949,77	5.993,17

Der fortgeschriebene Planergebnis 2016 beträgt 40.000,00 €, weil 10.000,00 € aus dem Ergebnis in den Finanzhaushalt übertragen wurden (§ 20 GemHVO).

Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis ergeben das Ordentliche Ergebnis, was mit 1.219.243,41 Euro abschließt und vom Vorjahresergebnis um -228.114,03 Euro abweicht. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung 1.219.343,41 Euro.

Jahresergebnis

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 608.706,36 Euro in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis 2016 beträgt somit 1.827.949,77 Euro und verändert sich zum Vorjahresergebnis um -409.368,01 Euro. Gegenüber dem geplanten Jahresergebnis in Höhe von 30.000 Euro ergibt sich eine Abweichung in Höhe von 1.797.949,77 Euro.

Ergebnisrechnung nach Teilhaushalten

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
1 - Zentrale Verwaltung	-745.634,02	-1.630.500	-1.127.077,39	503.422,61	30,88
2 - Schule und Kultur	-267.557,25	-354.100	-321.915,73	32.184,27	9,09
3 - Soziales und Jugend	-2.833.662,63	-3.332.100	-3.033.752,02	298.347,98	8,95
4 - Gesundheit und Sport	-605.802,10	-706.800	-664.656,04	42.143,96	5,96
5 - Gestaltung der Umwelt	-2.596.601,79	-3.264.400	-2.583.531,98	680.868,02	20,86
6 - Zentrale Finanzleistungen	9.286.575,57	9.317.900	9.558.882,93	240.982,93	2,59
Summe: Gesamthaushalt	2.237.317,78	30.000	1.827.949,77	1.797.949,77	5.993,17

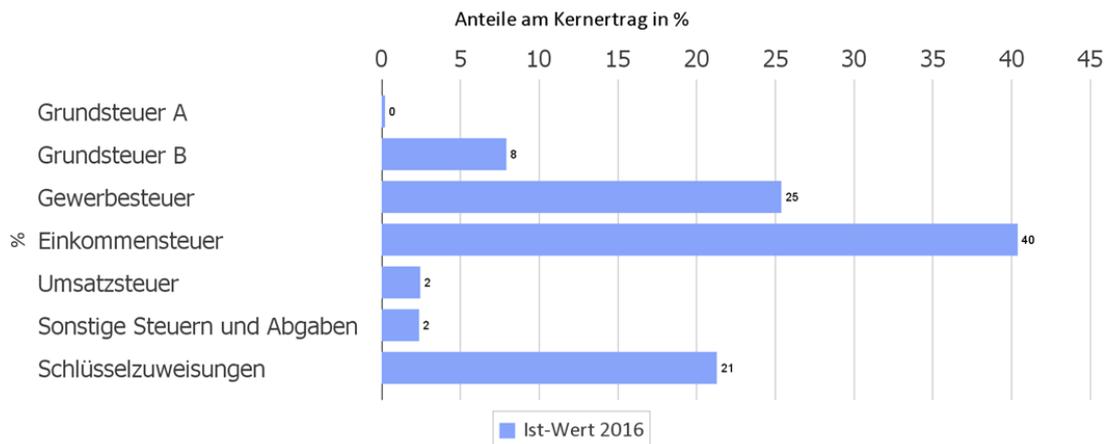
In Petersberg liegen die Budgets auf den Hauptproduktbereichen. Die Planansätze sind in allen Bereichen eingehalten worden.

2.1.1 Ertragslage

Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. Durch die jeweiligen Anteile wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten haben.

Grundsätzlich sollte der Anteil der Real- und Gemeinschaftssteuern am Kernertrag des Haushaltes hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig sein, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht.



Entwicklung der einzelnen Ertragsarten im Überblick

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Ertragsarten und die Abweichungen zum Vorjahresergebnis sowie zu den Planwerten.

Ertragsarten im Überblick

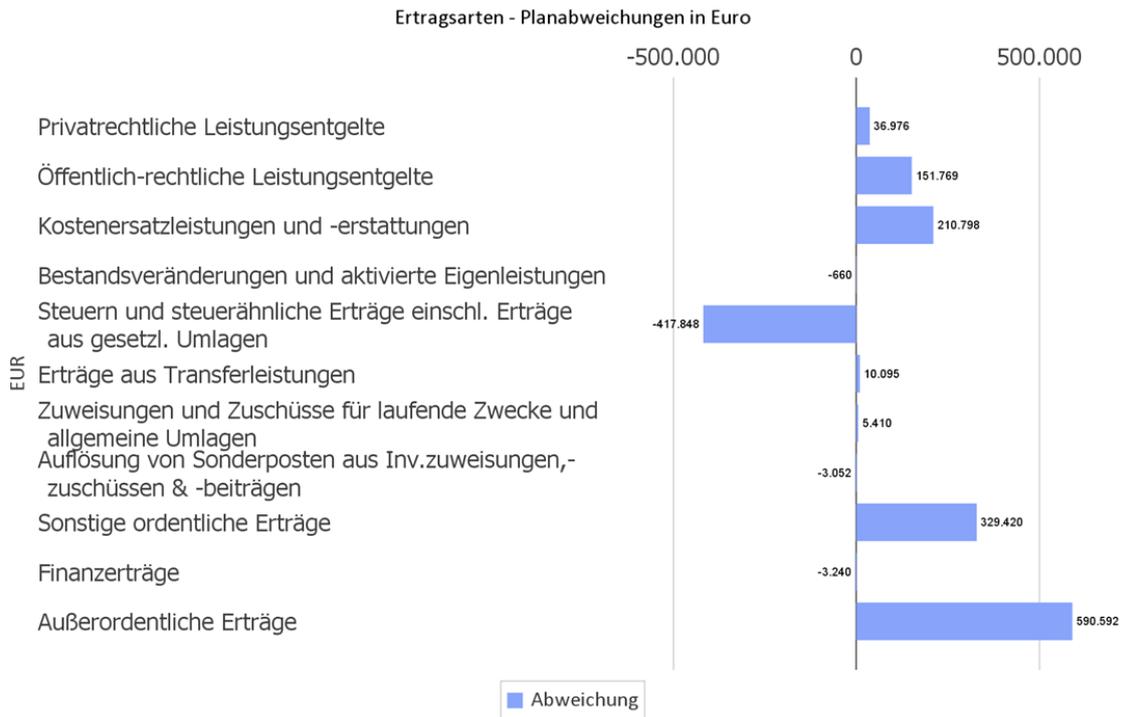
	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Privatrechtliche Leistungsentgelte	376.577,91	325.600	362.576,27	36.976,27	11,36
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	930.453,50	814.000	965.769,46	151.769,46	18,64
Kostensatzleistungen und –erstattungen	776.067,22	721.600	932.397,68	210.797,68	29,21
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-311,93	0	-659,84	-659,84	-100,00
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzl. Umlagen	15.526.947,15	15.072.000	14.654.151,97	-417.848,03	-2,77
Erträge aus Transferleistungen	518.748,49	498.500	508.595,06	10.095,06	2,03
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	4.036.949,20	4.535.200	4.540.610,20	5.410,20	0,12
Auflösung von Sonderposten aus Inv.zuweisungen,-zuschüssen & -beiträgen	1.272.257,14	1.283.200	1.280.148,10	-3.051,90	-0,24
Sonstige ordentliche Erträge	711.255,88	650.300	979.720,23	329.420,23	50,66
Ordentliche Erträge	24.148.944,56	23.900.400	24.223.309,13	322.909,13	1,35
Finanzerträge	89.648,44	99.600	96.359,80	-3.240,20	-3,25
Außerordentliche Erträge	876.280,94	30.100	620.691,87	590.591,87	1.962,10
Summe Erträge	25.114.873,94	24.030.100	24.940.360,80	910.260,80	3,79

Die Erträge insgesamt weichen um -174.513,14 Euro vom Vorjahresergebnis und um 910.260,80 Euro von der Haushaltsplanung ab.

Bei den ordentlichen Erträgen (ohne Finanzertrag) ergibt sich eine Veränderung gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 74.364,57 Euro. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Veränderung 322.909,13 Euro.

Planabweichungen nach Ertragsarten

Die Abweichungen des Ergebnisses der einzelnen Ertragsarten von der Haushaltsplanung wird in der folgenden Grafik dargestellt:



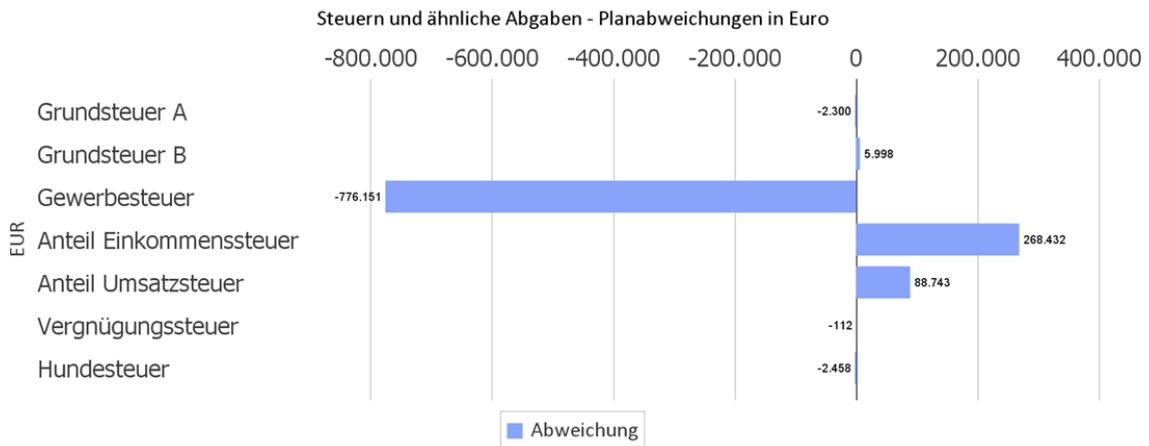
Steuern und ähnliche Abgaben

Aus der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben sowie gesetzlichen Umlagen erkennbar:

Steuern und ähnliche Abgaben

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Grundsteuer A	40.794,10	42.000	39.699,73	-2.300,27	-5,48
Grundsteuer B	1.446.295,88	1.468.000	1.473.997,66	5.997,66	0,41
Gewerbesteuer	6.084.810,00	5.500.000	4.723.849,02	-776.150,98	-14,11
Anteil Einkommenssteuer	7.100.051,35	7.250.000	7.518.431,92	268.431,92	3,70
Anteil Umsatzsteuer	446.219,65	367.000	455.742,84	88.742,84	24,18
Vergnügungssteuer	365.631,17	400.000	399.888,30	-111,70	-0,03
Hundesteuer	43.145,00	45.000	42.542,50	-2.457,50	-5,46
Summe Steuern und ähnliche Abgaben	15.526.947,15	15.072.000	14.654.151,97	-417.848,03	-2,77

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in Euro:



Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt begründen:

- In 2016 wanderte ein gewichtiger Gewerbesteuerzahler nach Fulda ab.
- In 2016 waren bei vielen Gewerbetreibenden die Ergebnisse schlechter als in 2015.
- Der Einkommensteueranteil stieg nicht wie im Finanzplanungserlass vom 21.09.2015 prognostiziert für 2016 um 4,0%, sondern um 5,9% gegenüber dem Vorjahr.
- Die positive Abweichung des Anteils an der Umsatzsteuer liegt in 2015 begründet. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung stand ein Anstieg der Umsatzsteuer von 30,8% noch nicht fest und diente somit nicht als Basis für den geplanten Ansatz 2016.

Zuwendungen und Umlagen

Zuwendungen und allgemeine Umlagen sind neben den Steuern eine weitere wichtige Säule der kommunalen Ertragsseite. Dies gilt insbesondere für die Schlüsselzuweisungen im Zuge des kommunalen Finanzausgleichs.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis haben sich die Erträge aus Zuwendungen und Umlagen um 503.661 Euro verändert. Die Abweichung vom Planansatz beträgt insgesamt 5.410,20 Euro.

Die Entwicklung im Einzelnen ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet:

Zuwendungen und Umlagen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Schlüsselzuweisungen	3.436.577,00	4.000.000	3.961.461,00	-38.539,00	-0,96
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	600.372,20	535.200	578.449,20	43.249,20	8,08
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	0,00	0	700,00	700,00	100,00
Auflösung von Sonderposten aus Inv.zuweisungen, -zuschüssen und -beiträgen	1.272.257,14	1.283.200	1.280.148,10	-3.051,90	-0,24
Summe Zuwendungen und Umlagen	5.309.206,34	5.818.400	5.820.758,30	2.358,30	0,04

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt begründen:

- Im Zeitpunkt der Planung standen noch nicht alle Faktoren für die Berechnung der Schlüsselzuweisung 2016, wie z.B. der Grundbetrag, endgültig fest.
- Die Landeszuweisungen für die Betriebskosten der Kindertagesstätte liegen über den geplanten Ansätzen, weil mehr Kinder betreut wurden.

Sonstige Ertragsarten

Die Entwicklung der sonstigen Ertragsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan sind nachfolgend abgebildet:

Sonstige Ertragsarten

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Privatrechtliche Leistungsentgelte	376.577,91	325.600	362.576,27	36.976,27	11,36
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	930.453,50	814.000	965.769,46	151.769,46	18,64
Kostensatzleistungen und –erstattungen	776.067,22	721.600	932.397,68	210.797,68	29,21
Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-311,93	0	-659,84	-659,84	-100,00
Erträge aus Transferleistungen	518.748,49	498.500	508.595,06	10.095,06	2,03
Sonstige ordentliche Erträge	711.255,88	650.300	979.720,23	329.420,23	50,66
Finanzerträge	89.648,44	99.600	96.359,80	-3.240,20	-3,25
Außerordentliche Erträge	876.280,94	30.100	620.691,87	590.591,87	1.962,10
Summe Sonstige Erträge	4.278.720,45	3.139.700	4.465.450,53	1.325.750,53	42,23

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt begründen:

- Im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in Grundschulen wurden mehr Kinder betreut, entsprechend stiegen die Kosten dafür. Steigende Kosten aufgrund der Einführung des Mindestlohns führten zur Anpassung der Betreuungsgebühren. Es wurden deshalb mehr privatrechtliche Entgelte vereinnahmt, als geplant.
- Zu den wesentlichen Positionen der öffentlich rechtlichen Leistungsentgelte gehören die Benutzungsgebühren für die Kindertagesstätten; diese lagen um rd. 60.000 € über den geplanten Ansätzen von 370.000 €. Grund dafür ist eine vorsichtige Schätzung in der Planungsphase, da Eltern innerhalb eines Monats vom Voll- in den Teilzeittarif wechseln können. Erträge aus Bußgeldern wurden in 2016 rd. 231.000 € erzielt und lagen um rd. 55.000 € über dem Planansatz. Aufgrund der Ausfallzeit des Blitzers in Marbach in 2014 und den entsprechenden niedrigen Erträgen in diesem Jahr wurden die Erträge für 2016 vorsichtig geschätzt.
- Die Erstattung der Krankenkassen für die Ausfallzeiten von Mitarbeiterinnen in den Kita´s aufgrund von Mutterschutz oder Beschäftigungsverbot ist nicht planbar und betrug in 2016 rd. 64.000 €. Die Kostenerstattungen von anderen Gemeinden für die Betreuung ihrer Kinder in unseren Einrichtungen lag mit rd. 165.000 € um rd. 75.000 € über den geplanten Einnahmen.
- Unter den sonstigen ordentlichen Erträgen werden die Erträge aus der Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen geführt. Neben den Auflösungen der Pensionsrückstellungen, die durch die Berechnungen der Kommunalen Versorgungskasse für aktive und passive Beamte erfolgen, musste in 2016 die Rückstellung für die Kreis- und Schulumlage um 243.900 € reduziert und erfolgswirksam aufgelöst werden. Das tatsächliche Verhältnis der Steuerkraft zwischen 2011 bis 2015 im Vergleich zu 2016, was die Grundlage für die Höhe der Rückstellung ist, war im Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2016 nicht vorhersehbar.
- Die außerordentlichen Erträge ergeben sich aus den abgerechneten Grundstücksverkäufen. Davon waren die Verkäufe im Gewerbegebiet Petersberg Ost und „Im Lingigsfeld“, OT Steinhaus wesentlich. Weiterhin wurden die Sonderposten an die Herstellungskosten der Straßen und Kanäle angepasst. Wesentlich waren in 2016 die Abrechnungen für die Baugebiete „Am Gerhards“, OT Margretenhaun, „Hinterm Hainberg II“ im OT Steinau (Straße), sowie „Am Ruhrstrauch“, OT Petersberg, „Hainberg Südwest“, OT Steinau und „Im Lingigsfeld“, OT Steinhaus (Kanal).

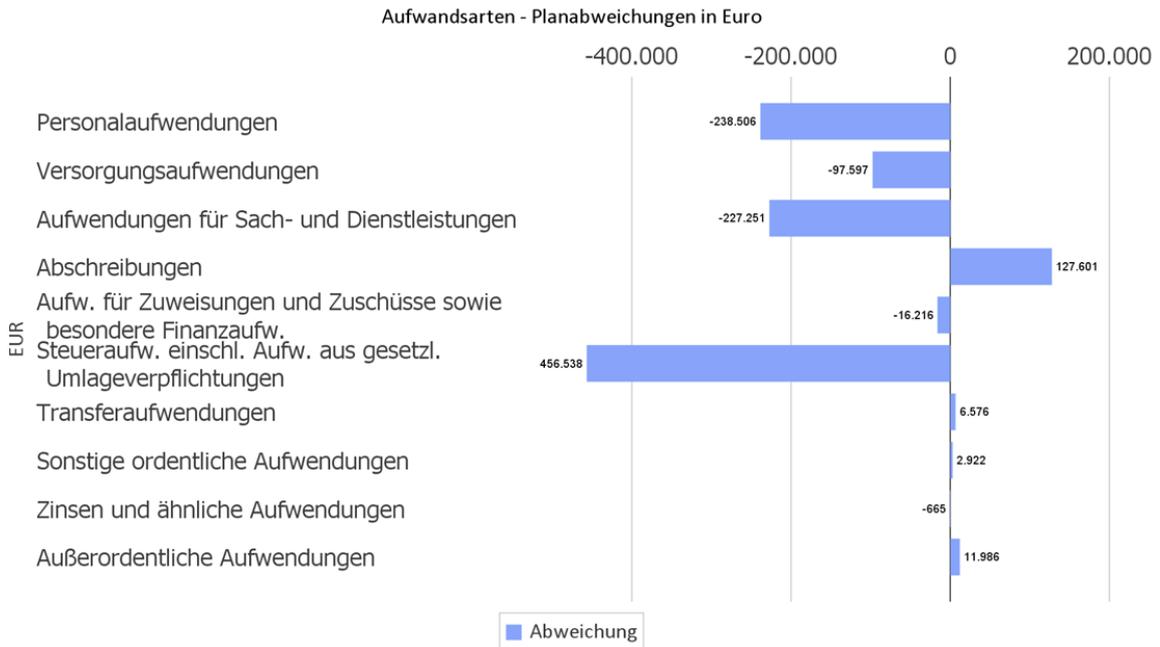
2.1.2 Aufwandslage

Die folgende Tabelle zeigt die einzelnen Aufwandsarten und deren Abweichung zum Vorjahresergebnis sowie zum Planansatz:

Aufwandsarten im Überblick

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Personalaufwendungen	5.224.867,03	5.760.300	5.521.794,39	-238.505,61	-4,14
Versorgungsaufwendungen	326.082,42	479.100	381.502,68	-97.597,32	-20,37
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.344.474,18	3.784.600	3.557.348,83	-227.251,17	-6,00
Abschreibungen	2.191.301,01	2.183.000	2.310.601,19	127.601,19	5,85
Aufw. für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufw.	960.069,50	993.800	977.583,87	-16.216,13	-1,63
Steueraufw. einschl. Aufw. aus gesetzl. Umlageverpflichtungen	10.333.672,68	10.384.000	9.927.461,97	-456.538,03	-4,40
Transferaufwendungen	250.911,09	275.000	281.575,59	6.575,59	2,39
Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.258,46	17.600	20.521,60	2.921,60	16,60
Ordentliche Aufwendungen	22.652.636,37	23.877.400	22.978.390,12	-899.009,88	-3,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	138.599,19	122.700	122.035,40	-664,60	-0,54
Außerordentliche Aufwendungen	86.320,60	0	11.985,51	11.985,51	100,00
Summe Aufwendungen	22.877.556,16	24.000.100	23.112.411,03	-887.688,97	-3,70

Die Grafik veranschaulicht die Abweichungen der einzelnen Aufwandsarten vom Planansatz:



Die Gesamtaufwendungen verändern sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um 234.854,87 Euro. Die Abweichung zum Haushaltsansatz beträgt -887.688,97 Euro.

Die ordentlichen Aufwendungen (ohne Finanzaufwendungen) weichen gegenüber dem Vorjahresergebnis um 325.753,75 Euro ab. Gegenüber dem Haushaltsplan beträgt die Abweichung der ordentlichen Aufwendungen -899.009,88 Euro.

Personal- und Versorgungsaufwand

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden im Folgenden nach einzelnen Positionen abgebildet, um die Veränderungen gegenüber dem Vorjahresergebnis und die Abweichungen von den Haushaltsansätzen differenziert beurteilen zu können:

Personal- und Versorgungsaufwand

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Entgelte Arbeitnehmer	3.821.735,39	4.244.700	4.049.480,51	-195.219,49	-4,60
Bezüge Beamte	276.130,54	298.700	268.405,45	-30.294,55	-10,14
Soziale Abgaben, Altersvers. & Unterstützung-Aktive	1.106.728,87	1.187.100	1.180.509,19	-6.590,81	-0,56
Sonstige Personalaufwendungen	20.272,23	29.800	23.399,24	-6.400,76	-21,48
Summe Personalaufwendungen	5.224.867,03	5.760.300	5.521.794,39	-238.505,61	-4,14
Versorgungsaufwendungen	326.082,42	479.100	381.502,68	-97.597,32	-20,37

Die Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen mussten zum Zeitpunkt der Planung vorsichtig geschätzt werden, da Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in 2016 anstanden. Da die Höhe und der Beginn der höheren Zahlungen in der Planungsphase noch nicht feststanden und ein Puffer für mögliche Überstundenzuschläge (z.B. im Winterdienst in Abhängigkeit von der Witterung) vorgehalten werden muss, kommt es in 2016 zur Abweichung zwischen Plan- und Ist-Personalkosten.

Sach- und Dienstleistungsaufwand sowie Abschreibungen

Der Sach- und Dienstleistungsaufwand (ohne Abschreibungen) beläuft sich insgesamt auf 3.557.348,83 Euro. Gegenüber dem Vorjahresergebnis verändert er sich um 212.874,65 Euro. Die Abweichung von der Haushaltsplanung beträgt -227.251,17 Euro.

Nachfolgend wird der Sach- und Dienstleistungsaufwand nach einzelnen Positionen differenziert dargestellt, wobei in diesem Sachzusammenhang auch die Abschreibungen abgebildet werden:

Sach- und Dienstleistungsaufwand, Abschreibungen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Aufw. für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftl. Tätigkeit	1.400.869,53	1.589.500	1.437.208,95	-152.291,05	-9,58
Aufw. für bezogene Leistungen	1.392.334,58	1.582.200	1.532.483,08	-49.716,92	-3,14
Aufw. für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	155.807,50	165.800	171.652,73	5.852,73	3,53
Aufw. für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	187.323,05	224.500	193.796,39	-30.703,61	-13,68
Aufw. für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	208.139,52	222.600	222.207,68	-392,32	-0,18
Summe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.344.474,18	3.784.600	3.557.348,83	-227.251,17	-6,00
Abschreibungen	2.191.301,01	2.183.000	2.310.601,19	127.601,19	5,85

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt begründen:

- Die Energiekosten blieben um rd. 10% unter dem Planansatz, weil Kostensteigerungen nicht in dem Umfang eingetreten sind. Außerdem führte der relativ milde Winter zu keinem erhöhten Energieverbrauch. Ausgaben in diesem Bereich lassen sich nur bedingt planen, z.B. durch Energiesparmaßnahmen, sind aber immer auch von den Witterungseinflüssen abhängig, die zu einem Mehrverbrauch führen können.
- Leistungen werden von der Gemeinde Petersberg für die Instandhaltung von Gebäuden, Ausstattung, Fahrzeugen oder für die Reinigung von Liegenschaften bezogen. Aufgrund eines geringeren Bedarfs mussten die Planansätze nicht ausgeschöpft werden, sollten aber in der Höhe beibehalten werden, um in Schadensfällen über ausreichende Budgets verfügen zu können.
- Die Abschreibungen beruhten zum Zeitpunkt der Haushaltsplanerstellung auf dem Stand der Anlagenbuchhaltung (September 2015). Planwerte können zu diesem Zeitpunkt nur geschätzt werden. Aufgrund der hohen Investitionstätigkeiten steigen die Abschreibungen gegenüber 2015.

Zuweisungen, Umlagen und Transferaufwendungen

Neben den Personalaufwendungen und dem Aufwand für Sach- und Dienstleistungen stellen die Zuweisungen, Umlagen und Transferaufwendungen eine gewichtige Aufwandsart dar.

Die Aufwendungen in Höhe von 11.186.621,43 Euro weichen vom Vorjahresergebnis um -358.031,84 Euro und von den Planansätzen des Haushaltsjahres um -466.178,57 Euro ab.

In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Aufwandspositionen differenziert dargestellt:

Transferaufwendungen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	960.069,50	993.800	977.583,87	-16.216,13	-1,63
Sozialtransferaufwand	250.911,09	275.000	281.575,59	6.575,59	2,39
Kompensationsumlage	281.751,25	0	0,00	0,00	0,00
Kreisumlage (inkl. Rückstellungen)	5.805.484,00	5.860.000	5.704.867,00	-155.133,00	-2,65
Schulumlage (inkl. Rückstellungen)	2.999.236,00	3.440.000	3.343.048,00	-96.952,00	-2,82
Gewerbesteuerumlage	1.247.201,43	1.084.000	879.546,97	-204.453,03	-18,86
Summe Transferaufwendungen	11.544.653,27	11.652.800	11.186.621,43	-466.178,57	-4,00

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt begründen:

- Die Steuerkraft des Jahres 2016, welche die Grundlage für die Rückstellung der Kreis- und Schulumlage ist, lag mit 19,4% über dem durchschnittlichen Wert der Jahre 2011 bis 2015. Das Überschreiten eines festgelegten Schwellenwertes von 10% ist der Grund für die zu bildende Rückstellung. In 2015 lag der Schwellenwert im Vergleich zu den 5 Vorjahren noch bei 21,27%. Ein Rückgang der Steuerkraft (Gewerbsteuer) war in dieser Ausprägung im Planungszeitpunkt nicht absehbar, sondern es wurde bei der Planung von einer Steigerung ausgegangen. Entsprechend mussten in 2016 keine Beträge der Rückstellung zur Kreis- und Schulumlage zugeführt werden. Der Aufwand ist daher niedriger.

In 2016 wurde der KFA neu geregelt, so dass neben einigen anderen Faktoren der Hebesatz der Kreis- und Schulumlage in Summe nicht mehr bei 53,4%, sondern gemäß § 67 Abs. 3 Satz 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) auf einen Höchstsatz von 50,07% der Kreisumlagengrundlage begrenzt wurde. Während der Hebesatz der Kreisumlage in 2015 noch bei 35,09% lag, wurde dieser in 2016 auf 31,57% reduziert. Gleichzeitig erhöhte sich der Hebesatz der Schulumlage von 18,31% auf 18,50% der Kreisumlagengrundlage. Dieser Sachverhalt war Bestandteil der Haushaltsplanung, so dass die Plan-Ist-Abweichung ausschließlich in der Rückstellung begründet ist.

- Die Gewerbesteuerumlage ist abhängig von der Gewerbesteuereinnahme des Jahres. Liegt die Gewerbesteuereinnahme unter dem Planansatz, zieht die Umlage nach.

Sonstige Aufwendungen

Nachfolgend werden die übrigen Aufwandsarten im Vergleich zum Vorjahresergebnis sowie zum Haushaltsplan abgebildet:

Sonstige Aufwendungen

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.258,46	17.600	20.521,60	2.921,60	16,60
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	138.599,19	122.700	122.035,40	-664,60	-0,54
Außerordentliche Aufwendungen	86.320,60	0	11.985,51	11.985,51	100,00
Summe Sonstige Aufwendungen	246.178,25	140.300	154.542,51	14.242,51	10,15

2.2 Finanzhaushalt / Finanzrechnung

2.2.1 Allgemeine Entwicklung

Nachstehend ist der Finanzhaushalt im Vergleich zu den Ergebnissen des Vorjahres sowie zu den Planungen ersichtlich:

Finanzhaushalt / Finanzrechnung

	Ergebnis 2015	Plan 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	22.819.949,90	22.600.600	22.180.095,30	-420.504,70	-1,86
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.558.731,52	21.527.900	20.746.100,51	-781.799,49	-3,63
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.261.218,38	1.072.700	1.433.994,79	361.294,79	33,68
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.023.900,77	1.011.600	1.621.739,80	610.139,80	60,31
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.756.592,54	3.693.000	2.667.288,47	-1.025.711,53	-27,77
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.267.308,23	-2.681.400	-1.045.548,67	1.635.851,33	61,01
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf (laufende Verwaltungs- und Investitionstätigkeit)	4.528.526,61	-1.608.700	388.446,12	1.997.146,12	124,15
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	510.855,87	517.300	516.552,79	-747,21	-0,14
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-510.855,87	-517.300	-516.552,79	747,21	0,14
Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	168.368,59	0	-62.558,15	-62.558,15	-100,00
Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelbedarf des Haushaltsjahres	4.186.039,33	-2.126.000	-190.664,82	1.935.335,18	91,03

Die wesentlichen Positionen sind:

- Der Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus den zahlungswirksamen Positionen der Ergebnisrechnung.
- Der Saldo aus der Investitionstätigkeit ist besser als geplant, weil mehr Einzahlungen generiert werden konnten und Auszahlungen entweder ins Folgejahr vorgetragen oder nicht in voller Höhe benötigt wurden.

- Der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit ist negativ, was ein positives Merkmal dafür ist, dass es keine Neuverschuldung gibt. Die Gemeinde Petersberg hat in 2016 keine neuen Kredite/ Darlehen aufgenommen, sondern tilgt ausschließlich bestehende Kredite.
- Der Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen entstammt aus den Abrechnungen der Einheitskasse. Der Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“ wickelt seinen Zahlungsverkehr über die gemeindlichen Konten ab. Außerdem werden unter dieser Position die Ein- und Auszahlungen für die Abwicklung der Abwasser- und Abfallberechnungen dargestellt. Die Gemeinde Petersberg vereinnahmt diese für die Verbände, leitet sie dann aber zu 100% weiter.

Finanzrechnung nach Teilhaushalten (für Investitionen und Darlehenstilgungen)

	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
1 - Zentrale Verwaltung	1.052.194,26	-1.181.287,58	-168.720,58	-1.012.567,00	-85,72
2 - Schule und Kultur	-33.333,87	-25.194,00	-19.846,97	-5.347,03	-21,20
3 - Soziales und Jugend	-774.876,48	-1.567.502,32	-745.480,39	-822.021,93	-52,40
4 - Gesundheit und Sport	-135.671,85	-56.414,57	-36.045,52	-20.369,05	-36,10
5 - Gestaltung der Umwelt	925.050,42	-1.190.034,62	-223.558,79	-966.475,83	-81,22
6 - Zentrale Finanzleistungen	-276.910,12	-853.200,00	-368.449,21	-484.750,79	-56,82
Summe: Gesamthaushalt	756.452,36	-4.873.633,09	-1.562.101,46	-3.311.531,63	-67,35

In Petersberg liegen die Budgets auf den Hauptproduktbereichen; diese werden als „Fortgeschriebener Ansatz“ bezeichnet und enthalten die Haushaltsplanansätze, übertragene Reste aus den Vorjahren, außer- oder überplanmäßige Ausgaben und Sollübertragungen. Bei allen Produkten wurden die Auszahlungsbudgets eingehalten.

2.2.2 Investitionstätigkeit

Im Rahmen der Finanzrechnung ist insbesondere die kommunale Investitionstätigkeit von Bedeutung. Im Folgenden wird ersichtlich, wie sich die Ein- und Auszahlungen der Investitionstätigkeit insbesondere im Vergleich zur Haushaltsplanung darstellen.

Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2015	Fortgeschriebener Ansatz 2016	Ergebnis 2016	Abweichung 2016	Abweichung 2016 %
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.327.115,83	794.000	1.158.310,86	364.310,86	45,88
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagevermögen und immateriellem Anlagevermögen	1.691.323,72	212.000	457.754,70	245.754,70	115,92
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagevermögen	5.461,22	5.600	5.674,24	74,24	1,33
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.023.900,77	1.011.600,00	1.621.739,80	610.139,80	60,31
Auszahlungen für Investitionszuweisungen und -zuschüsse	629.162,02	1.319.457,09	337.919,71	-981.537,38	-74,40
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	344.277,42	202.972,07	80.129,29	-122.842,78	-60,52
Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.014.518,64	1.974.107,15	1.331.534,07	-642.573,08	-32,55
Auszahlungen für Investitionen in bewegliches Sachanlagevermögen und immaterielles Anlagevermögen	732.762,63	1.321.396,78	874.864,88	-446.531,90	-33,79
Auszahlungen für Investitionen in Finanzanlagevermögen	35.871,83	550.000,00	42.840,52	-507.159,48	-92,21
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.756.592,54	5.367.933,09	2.667.288,47	--2.700.644,62	-50,31
Saldo aus Investitionstätigkeit	1.267.308,23	-4.356.333,09-	-1.045.548,67	-2.090.504,82	76,00

Der fortgeschriebene Ansatz 2016 der Auszahlungen für Investitionen setzt sich aus den folgenden Bestandteilen zusammen:

- 3.693.000,00 Euro investive Planansätze
- 1.497.010,58 Euro übertragene investive Mittel aus 2015 (Punkt 6)
- 152.699,27 Euro Außerplanmäßige Ausgaben nach § 100 HGO (Punkt 7)
- 25.223,24 Euro Sollübertragung nach § 20 GemHVO

Die wesentlichen Abweichungen lassen sich wie folgt erläutern:

- Die positive Überschreitung der geplanten Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten stammt aus nicht planbaren Grundstücksverkäufen, die sich in den Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und den Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens widerspiegeln.
- Die Auszahlungen für Investitionen finden sich in den Bilanzwerten wieder.
- Die Auszahlungen in das Finanzanlagevermögen beinhalten ein zu gewährendes Darlehen von 500.000,00 Euro an den Eigenbetrieb, was für 2016 geplant, aber im Oktober 2017 erst zur Auszahlung kommt.

3 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Aus der folgenden Bilanzabbildung können die Entwicklung der Bilanzwerte im Vergleich zum Vorjahr sowie die jeweiligen Anteile der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme abgelesen werden.

Bilanz im Jahresvergleich

Bilanzposition	2015	2016	Veränderung absolut
1 - Anlagevermögen	74.451.820	74.403.617	-48.204
1.1 - Immaterielles Vermögen	13.214.374	13.141.360	-73.014
1.2 - Sachanlagevermögen	46.632.221	46.619.865	-12.356
1.3 - Finanzanlagevermögen	14.605.226	14.642.392	37.166
1.4 - Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	0	0	0
2 - Umlaufvermögen	11.962.279	12.110.702	148.423
2.1 - Vorräte einschl. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0	0	0
2.2 - Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen, Waren	8.242	7.433	-809
2.3 - Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.061.400	2.451.735	390.335
2.5 - Flüssige Mittel	9.842.199	9.651.534	-190.665
3 - Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	392.817	341.891	-50.926
4 - Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Aktiva	86.756.478	86.856.209	99.731

Bilanzposition	2015	2016	Veränderung absolut
1 - Eigenkapital	44.106.656	45.934.605	1.827.950
1.1 - Nettoposition	25.525.540	25.525.540	0
1.2 - Rücklagen, Sonderrücklagen, Stiftungskapital	16.343.798	18.581.116	2.237.318
1.3 - Ergebnisverwendung	2.237.318	1.827.950	-409.368
1.3.1 - Ergebnisvortrag	0	0	0
1.3.2 - Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.237.318	1.827.950	-409.368
2 - Sonderposten	27.279.366	26.657.315	-622.051
2.1 - SoPo für Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Beiträge	27.273.218	26.595.825	-677.393
2.2 - Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0	0	0
2.3 - Sonderposten für Umlagen nach § 37 Abs. 3 FAG	0	0	0
2.4 - Sonstige Sonderposten	6.148	61.490	55.342
3 - Rückstellungen	6.483.200	6.054.330	-428.870
3.1 - Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	4.816.457	4.743.530	-72.927
3.2 - Rückstellung für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	1.543.700	1.299.800	-243.900
3.3 - Rückstellungen für Rekultivierung von Abfalldeponien	0	0	0
3.4 - Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0	0	0
3.5 - Sonstige Rückstellungen	123.042	11.000	-112.042
4 - Verbindlichkeiten	7.660.871	6.953.861	-707.010
4.1 - Anleihen	0	0	0
4.2 - Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	6.105.161	5.588.608	-516.553
4.3 - Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0	0	0
4.4 - Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0
4.5 - Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Beiträgen	490.478	351.162	-139.316
4.6 - Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	373.122	468.249	95.126
4.7 - Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	99.585	118.955	19.370
4.8 - Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	369.777	318.535	-51.242
4.9 - Sonstige Verbindlichkeiten	222.747	108.352	-114.396
5 - Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.226.386	1.256.098	29.712
Passiva	86.756.478	86.856.209	99.731

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr:

Immaterielle Vermögensgegenstände

- Im Dezember 2016 löste die neue Finanzsoftware „H&H Pro Doppik“ die bisherige Software „C.I.P. kommunal“ aufgrund gestiegener betriebswirtschaftlicher Anforderungen ab.
- Die Investitionen in das Kanalleitungsnetz werden unter den immateriellen Vermögensgütern geführt, weil der Abwasserverband Eigentümer des Netzes bleibt, obwohl die Gemeinde Petersberg 100% der Kosten trägt.
- Die Kosten für die Erweiterung der kirchlichen Kita St. Peter im OT Petersberg werden als Investitionszuschüsse erfasst, weil das Gebäude im Eigentum der Kirche ist.

Aufteilung des Sachanlagevermögens

Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Sachanlagen den größten Posten dar. Das Sachanlagevermögen wird nachfolgend in seiner Zusammensetzung und in den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr abgebildet.

Sachanlagevermögen (in Tausend EUR)

Bilanzposition	31.12.2015	31.12.2016	Veränderung
1.2 - Sachanlagen	46.632	46.620	-12
1.2.1 - Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	10.063	9.762	-301
1.2.2 - Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	21.633	21.901	268
1.2.3 - Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	11.026	11.033	7
1.2.4 - Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	566	533	-33
1.2.5 - Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.283	2.647	365
1.2.6 - Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.061	743	-317

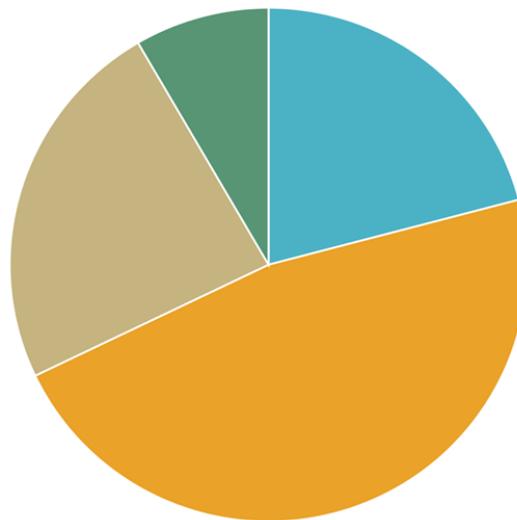
Die wesentlichen Abweichungen sind wie folgt zu erklären:

- Es wurden in 2016 ausschließlich Bauplätze verkauft und keine Grundstücke durch die Gemeinde angekauft.
- Der Wertezuwachs der Bauten ist mit der Aktivierung des Anbaus der Kita Rauschenberg zu erklären.
- Die Anlagen im Bau reduzieren sich durch die Aktivierungen der entsprechenden Vermögensgütern, deren Bauphase in 2016 abgeschlossen wurde. Neben der Kita Rauschenberg wurden Arbeiten an der „Brüder-Grimm-Straße“ im OT Petersberg fertig gestellt.

Das Sachanlagevermögen in seiner Struktur und Entwicklung

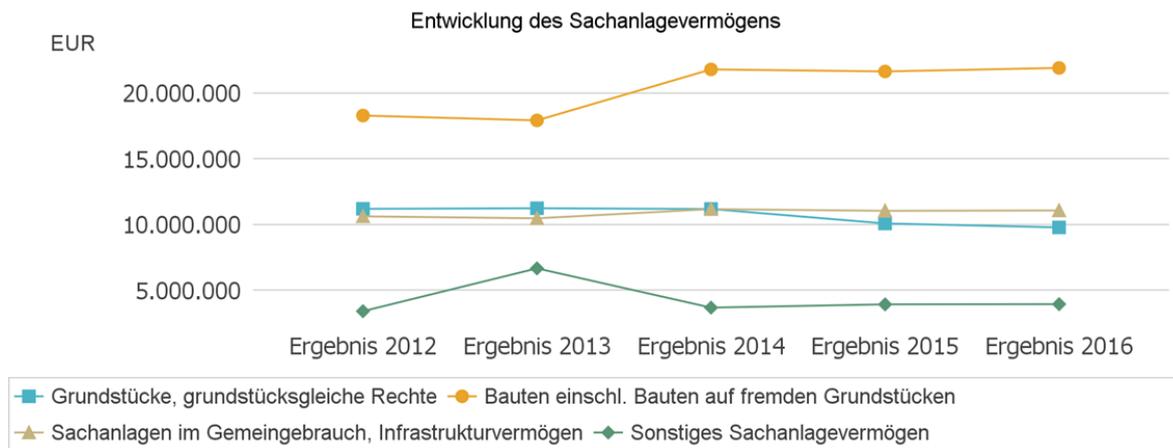
Im Folgenden wird die Struktur des Sachanlagevermögens in seinen wesentlichen Ausprägungen abgebildet:

Struktur des Sachanlagevermögens



● Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte (21%) ● Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken (47%)
● Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (24%) ● Sonstiges Sachanlagevermögen (8%)

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens in den letzten 5 Jahren ergibt folgendes Bild:



Finanzanlagen

Außer der Beamtenversorgungsrücklage, in die die Gemeinde für aktuelle und zukünftige Pensionsverpflichtungen ihrer Beamten einbezahlt, bleibt das restliche Finanzanlagevermögen unverändert. Auf gesetzlicher Grundlage dürfen nicht realisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden und nur dauerhafte Wertminderungen dürfen zu Abwertungen führen.

Forderungen aus Steuern

Aufgrund gestiegener Steueranforderungen, die zum Bilanzstichtag von den Steuerpflichtigen noch nicht beglichen wurden, steigen die Forderungen gegenüber dem Vorjahr.

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Abrechnungen für Verwaltungskosten oder die Gewinnausschüttung von der 100%-igen Tochter, dem Eigenbetrieb „Gemeindewerke Petersberg“, erfolgten erst in 2017 für 2016.

Flüssige Mittel

Der wesentliche Bestandteil des Umlaufvermögens sind die flüssigen Mittel. Diese nahmen um rd. 191.000 € ab und weisen zum 31.12.2016 einen Stand von 9,65 Mio. € auf. Der Bestand konnte auf einem stabilen Niveau gehalten werden, ohne das eine Neuverschuldung nötig war.

Eigenkapital

Durch das Jahresergebnis 2016 mit einem Überschuss von 1,828 Mio € steigt das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr.

Sonderposten

Sonderposten sind Zuschüsse und Beiträge, die von Externen für Investitionen gewährt werden, ohne dass diese zurückgezahlt werden müssen. Diese werden über die Laufzeit der bezuschussten Investition ertragswirksam aufgelöst. Aus diesem Grund nimmt der Wert der Sonderposten gegenüber 2015 ab.

Rückstellungen

Die Rückstellung für den „Kommunalen Finanzausgleich“ wird in 2016 reduziert, weil die Steuerkraft mit 19,4% über dem Durchschnitt der 5 davor liegenden Jahre liegt. In 2015 betrug dieser Wert 21,27%.

Die Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten (lfd. Aufwand) wurden in 2015 unter anderem für die noch nicht abgerechneten Betriebskosten der kirchl. Kita's gebildet. Diese Abrechnung war in 2016 bis zum Buchungsschluss in ihrer Höhe bekannt und ist deshalb als Verbindlichkeiten zu führen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen nehmen in 2016 aufgrund der Tilgungen weiter ab. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen. Liquiditätskredite sind nicht nötig.

Verbindlichkeiten für Transferleistungen wurden in 2016 für den Kostenausgleich nach § 28 HKJGB fällig, da Petersberger Kinder in Einrichtungen anderer Kommunen betreut wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beruhen auf dem Zahlungsverkehr des Eigenbetriebs „Gemeindewerke Petersberg“, der über keine eigene Bankverbindung verfügt sowie aus Leistungen die der Eigenbetrieb für die Gemeinde erbringt.

4 Kennzahlen

Über Kennzahlen lassen sich komplexe finanzwirtschaftliche Zusammenhänge in komprimierter Form darstellen. Die Betrachtung der Kennzahlenentwicklung im Mehrjahresverlauf ermöglicht eine finanzpolitische Beurteilung der Haushaltsentwicklung in seinen wesentlichen Ausprägungen. Der Mehrjahresverlauf für die Jahre 2017 bis 2020 entspricht der mittelfristigen Planung aus dem Haushaltsplan 2017.

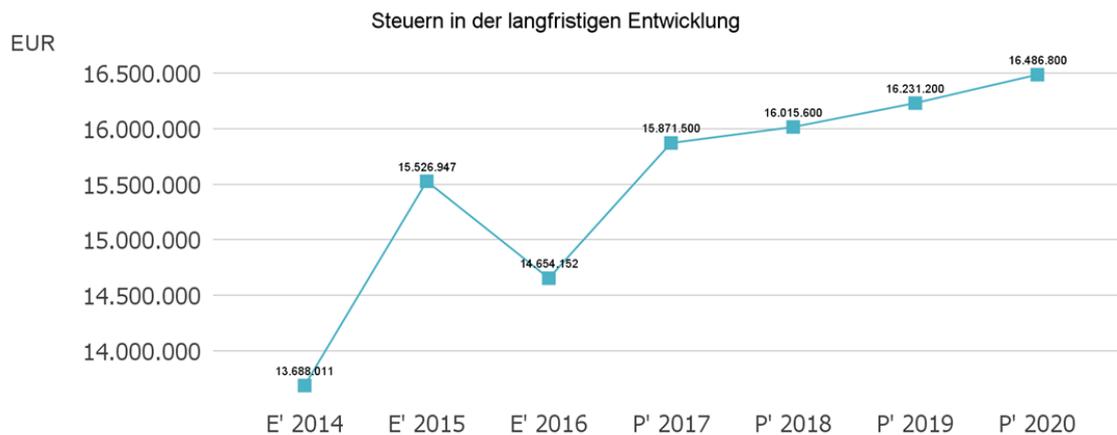
4.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis

4.1.1 Steuern

Steuern im Zeitverlauf

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Grundsteuer A	40.794,10	39.699,73	58.100	58.100	58.100	58.100
Grundsteuer B	1.446.295,88	1.473.997,66	2.175.400	2.207.500	2.241.100	2.274.700
Gewerbsteuer	6.084.810,00	4.723.849,02	5.304.000	5.406.000	5.508.000	5.610.000
Anteil Einkommenssteuer	7.100.051,35	7.518.431,92	7.450.000	7.500.000	7.600.000	7.700.000
Anteil Umsatzsteuer	446.219,65	455.742,84	540.000	650.000	630.000	650.000
Vergnügungssteuer	365.631,17	399.888,30	300.000	150.000	150.000	150.000
Hundesteuer	43.145,00	42.542,50	44.000	44.000	44.000	44.000
Summe	15.526.947,15	14.654.151,97	15.871.500	16.015.600	16.231.200	16.486.800

Die Entwicklung der Steuern und steuerähnlichen Abgaben im langfristigen Verlauf:



4.1.1.1 Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Hebesätze:

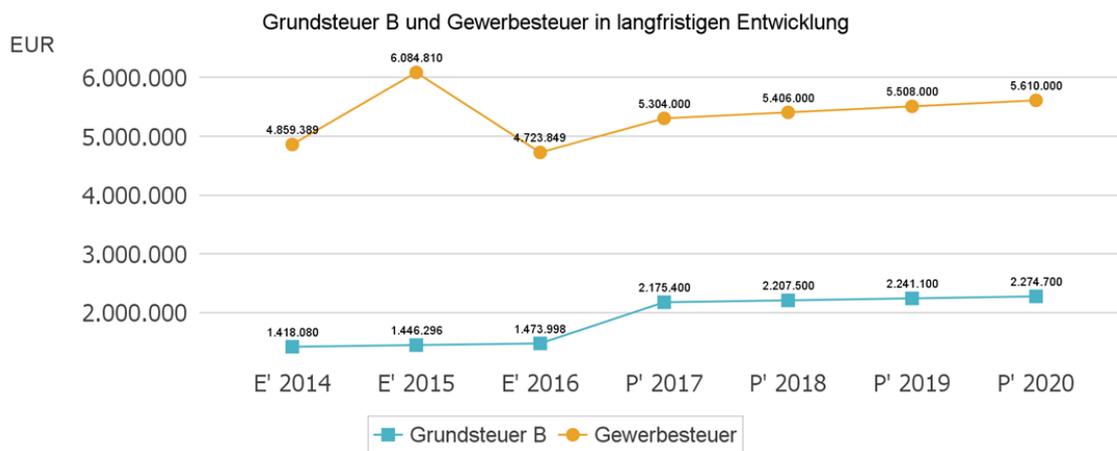
Entwicklung der Hebesätze

Steuerart	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Hebesatz Grundsteuer A	220	240	240	240	240	332
Hebesatz Grundsteuer B	230	250	250	250	250	365
Hebesatz Gewerbesteuer	340	350	350	350	350	357

Die Gemeindevertretung hat am 15.12.2016 im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung für das Jahr 2017 die Hebesätze auf das Niveau der Nivellierungssätze des Landes Hessen angehoben. Die Nivellierungssätze bilden die durchschnittlichen Hebesätze der hessischen Kommunen ab.

Grundsteuer B und Gewerbesteuer in der langfristigen Entwicklung

Aufgrund ihres finanziellen Volumens sind die Grundsteuer B sowie die Gewerbesteuer tragende Säulen auf der Ertragsseite des Haushalts. Die Betrachtung der langfristigen Entwicklung ergibt folgendes Bild:



4.1.1.2 Gemeinschaftssteuern

Die Gemeinschaftssteuern setzen sich aus den Anteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer zusammen:

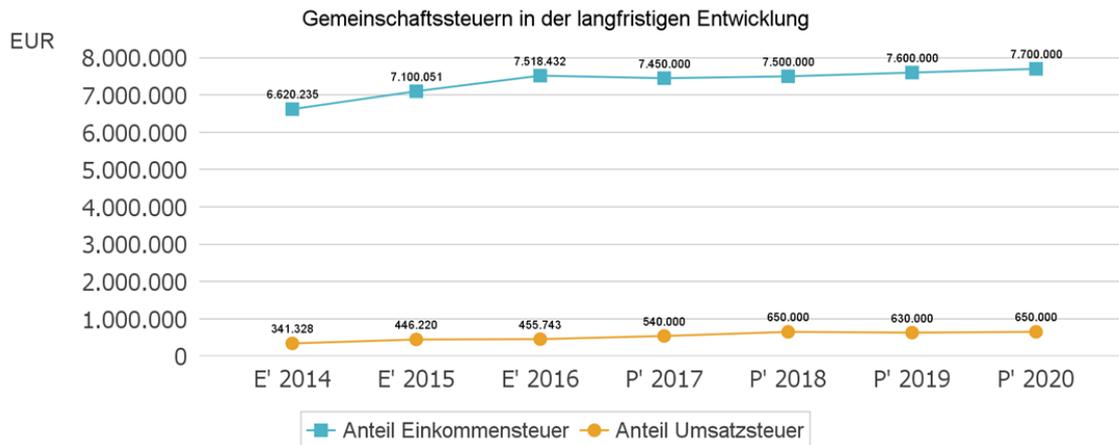
Gemeinschaftssteuern

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Anteil Einkommensteuer	7.100.051,35	7.518.431,92	7.450.000	7.500.000	7.600.000	7.700.000
Anteil Umsatzsteuer	446.219,65	455.742,84	540.000	650.000	630.000	650.000

Auf Basis des Einkommensteueranteils in 2016 ist in den Folgejahren mit einer weiteren Verbesserung der Einnahmesituation zu rechnen. In den Steuerschätzungen wurde für 2017 ein Plus von 3,5% prognostiziert. Voraussetzung ist, dass alle Faktoren wie prognostiziert eintreten.

Gemeinschaftssteuern in der langfristigen Entwicklung

In der Langfristbetrachtung zeigt sich hinsichtlich der Gemeinschaftssteuern folgendes Bild:



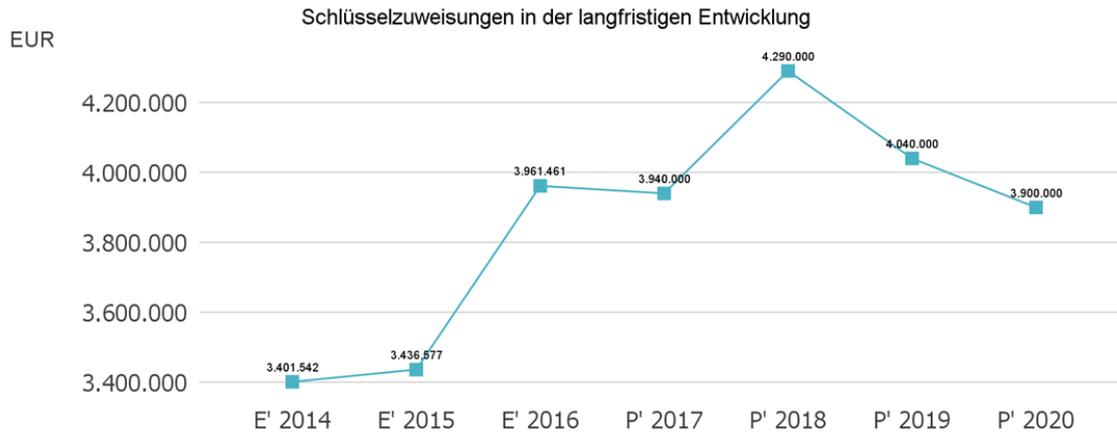
4.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, wobei die Schlüsselzuweisungen eingehender betrachtet werden:

Erträge aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Zuweisungen, Zuschüsse und allg. Umlagen	5.309.206,34	5.820.758,30	5.754.400	6.105.100	5.857.600	5.717.600
davon Schlüsselzuweisungen	3.436.577,00	3.961.461,00	3.940.000	4.290.000	4.040.000	3.900.000
davon Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	600.372,20	578.449,20	556.900	556.900	556.900	556.900
davon Auflösung SoPo für Zuwendungen	1.272.257,14	1.280.148,10	1.257.500	1.258.200	1.260.700	1.260.700
davon sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	0,00	700,00	0	0	0	0

Schlüsselzuweisungen in der langfristigen Entwicklung



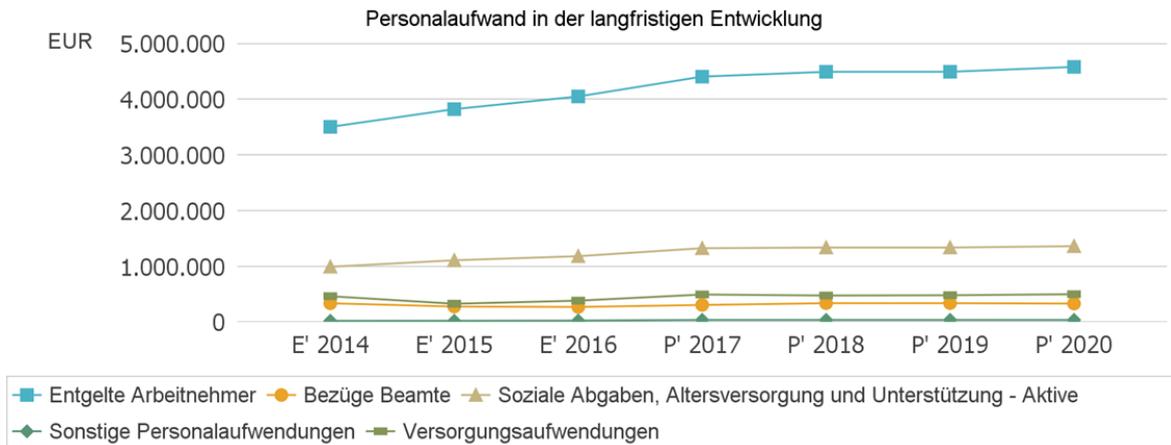
Abweichend vom Planungsstand 2017, der die Grundlage dieser Zeitreihe ist, beträgt die tatsächliche Schlüsselzuweisung 2018 rd. 5 Mio. Euro.

4.1.3 Personalaufwand

Die Entwicklung der Personalaufwendungen stellt sich im Beobachtungszeitraum wie folgt dar:

Personalaufwand

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Entgeltete Arbeitnehmer	3.821.735,39	4.049.480,51	4.406.000	4.492.500	4.493.000	4.580.600
Bezüge Beamte	276.130,54	268.405,45	304.200	336.300	336.300	329.400
Soziale Abgaben, Altersversorgung und Unterstützung – Aktive	1.106.728,87	1.180.509,19	1.324.000	1.335.900	1.335.900	1.360.100
Sonstige Personalaufwendungen	20.272,23	23.399,24	35.600	35.600	35.600	35.700
Summe Personalaufwendungen	5.224.867,03	5.521.794,39	6.069.800	6.200.300	6.200.800	6.305.800
Versorgungsaufwendungen	326.082,42	381.502,68	492.000	474.000	479.000	497.000

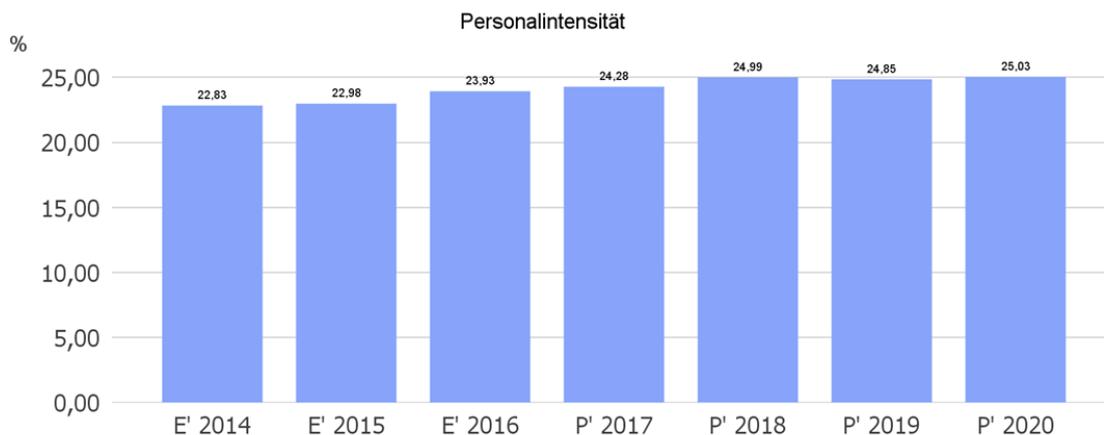


Der Personalaufwand steigt stetig an. Neben Tarifierhöhungen sind der gestiegene Bedarf an Fachkräften in der Kinderbetreuung maßgeblich für die Steigerung. 43% der Personalaufwendungen entfallen auf das Produkt „36501 – Kinderbetreuung“.

Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen (ohne sonstige Personalaufwendungen der Kontengruppe 65) an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.



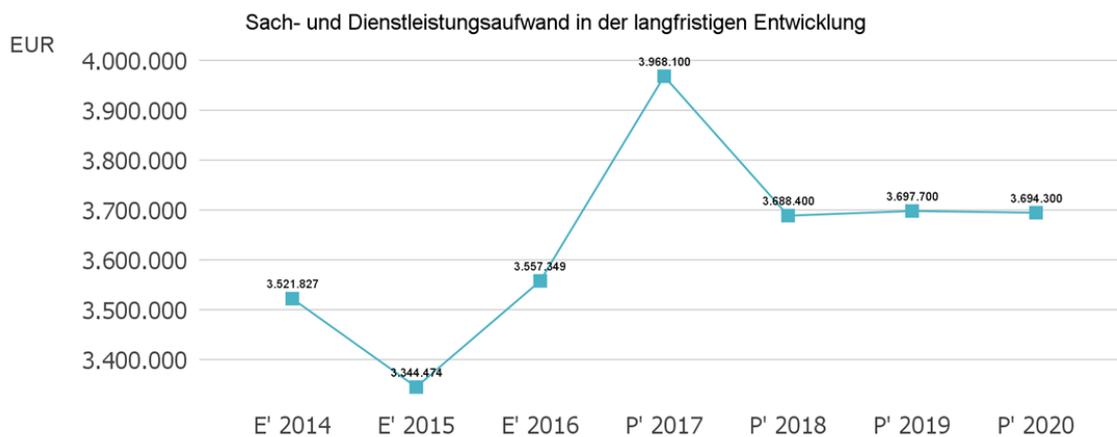
4.1.4 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Entwicklung der Sach- und Dienstleistungen im Zeitverlauf ist den folgenden Aufstellungen zu entnehmen:

Entwicklung des Aufwandes für Sach- und Dienstleistungen

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.344.474,18	3.557.348,83	3.968.100	3.688.400	3.697.700	3.694.300
davon Aufw. für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	1.400.869,53	1.437.208,95	1.672.300	1.545.900	1.545.700	1.550.800
davon Aufw. für bezogene Leistungen	1.392.334,58	1.532.483,08	1.625.300	1.525.600	1.528.100	1.523.600
davon Aufw. für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	155.807,50	171.652,73	199.100	170.700	170.700	170.700
davon Aufw. für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	187.323,05	193.796,39	234.900	209.600	214.600	210.600
davon Aufw. für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	208.139,52	222.207,68	236.500	236.600	238.600	238.600

Sach- und Dienstleistungsaufwand in der langfristigen Entwicklung



Die Steigerung der Sach- und Dienstleistungen von 2015 nach 2017 lässt sich mit steigenden Kosten für die Instandhaltung der gemeindlichen Infrastruktur begründen. In den Planzahlen sind die Ansätze mit etwas Puffer versehen, um im Bedarfsfall die Ausgaben flexibel gewährleisten zu können (z.B. Streusalz bei strengen Wintern, unvorhersehbare Instandhaltungen). Hinzu kommen in der Summe gewichtige Einzelmaßnahmen, die aber Ergebnishaushalt abgebildet werden müssen, wie beispielsweise die Anschaffung von 800 Stühlen für das Propsteihaus Petersberg.

4.1.5 Transferaufwendungen

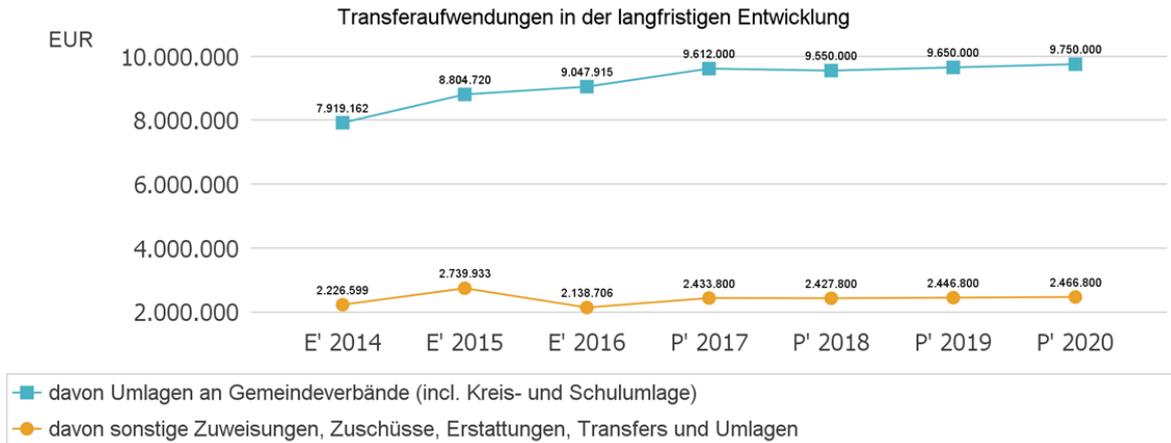
Aufwandsseitig sind neben den Personal- und Sachaufwendungen die Transferaufwendungen von Bedeutung. Von besonderem Interesse sind hier die Entwicklungen bei den Umlagezahlungen an Gemeindeverbände sowie bei den Sozialtransfers. Zu den sonstigen Transferzahlungen zählen u.a. die Steuerbeteiligungen (Gewerbesteuerumlage, Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit) sowie die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Nachfolgend ist die Entwicklung der wichtigsten Positionen abzulesen:

Entwicklung der Transferaufwendungen (incl. Kreis- und Schulumlage)

	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Zuweisungen, Zuschüsse, Kostenerstattungen, Transferleistungen und Umlagen	11.544.653,27	11.186.621,43	12.045.800	11.977.800	12.096.800	12.216.800
davon Umlagen an Gemeindeverbände (incl. Kreis- und Schulumlage)	8.804.720,00	9.047.915,00	9.612.000	9.550.000	9.650.000	9.750.000
davon sonstige Zuweisungen, Zuschüsse, Erstattungen, Transfers und Umlagen	2.739.933,27	2.138.706,43	2.433.800	2.427.800	2.446.800	2.466.800

Transferaufwendungen in der langfristigen Entwicklung



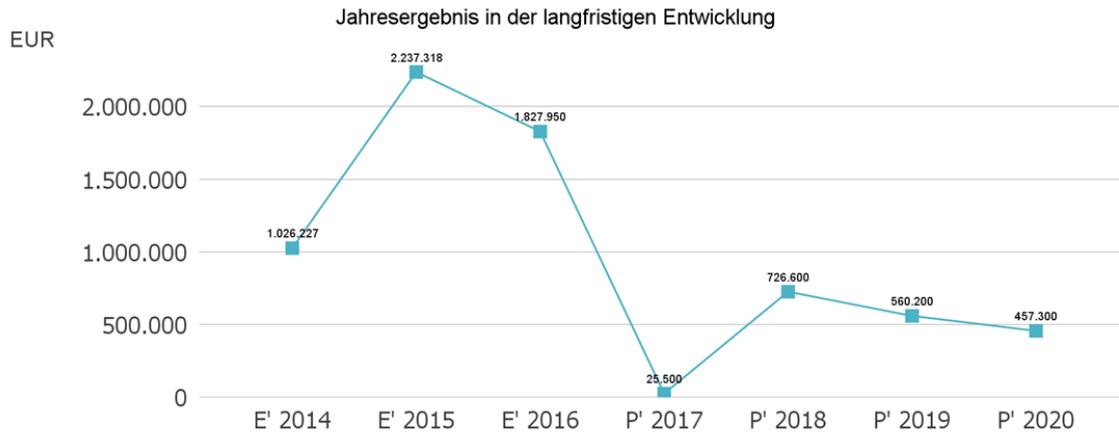
4.1.6 Haushaltsergebnis

Die Entwicklung des Ergebnisses mit seinen Untergliederungen ist nachfolgend dargestellt:

Entwicklung des Ergebnisses

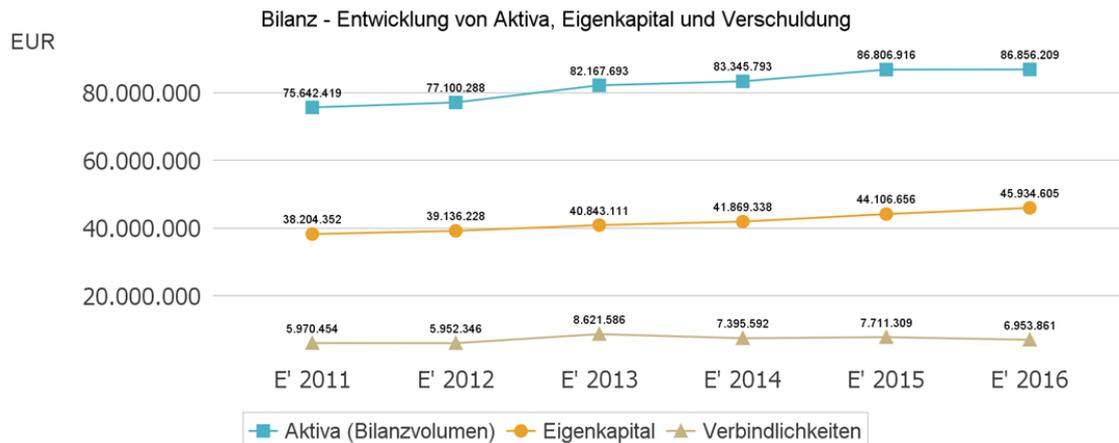
	E' 2015	E' 2016	P' 2017	P' 2018	P' 2019	P' 2020
Verwaltungsergebnis	1.496.308,19	1.244.919,01	38.400	727.500	547.900	432.800
Finanzergebnis	-48.950,75	-25.675,60	-14.500	-2.500	10.700	22.900
Ordentliches Ergebnis	1.447.357,44	1.219.243,41	23.900	725.000	558.600	455.700
Außerordentliches Ergebnis	789.960,34	608.706,36	1.600	1.600	1.600	1.600
Jahresergebnis	2.237.317,78	1.827.949,77	25.500	726.600	560.200	457.300

Jahresergebnis in der langfristigen Entwicklung



4.2 Kennzahlen zur Bilanz

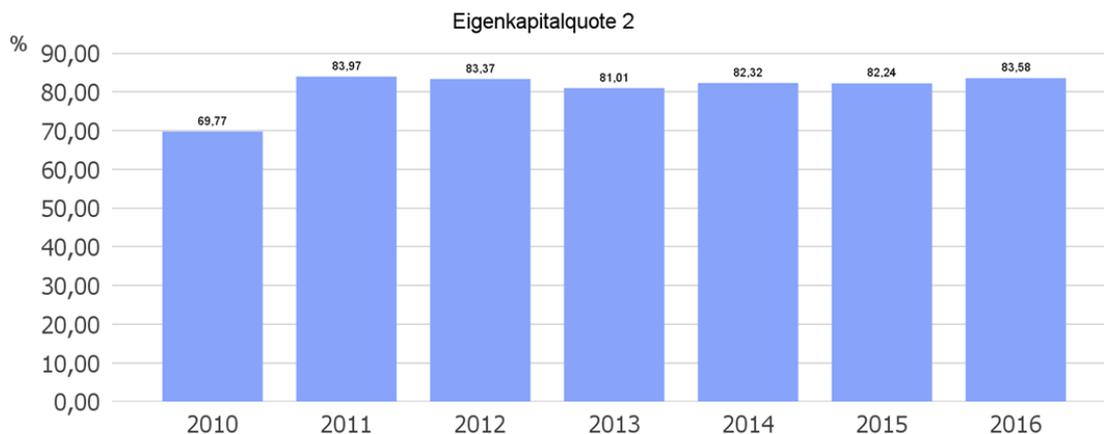
Nachfolgendes Schaubild zeigt die wesentlichsten Entwicklungen innerhalb der Bilanz, nämlich die Entwicklung des Bilanzvolumens und dessen Finanzierung durch Eigenkapital und Verbindlichkeiten.



4.2.1 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)

Eigenkapitalquote 2

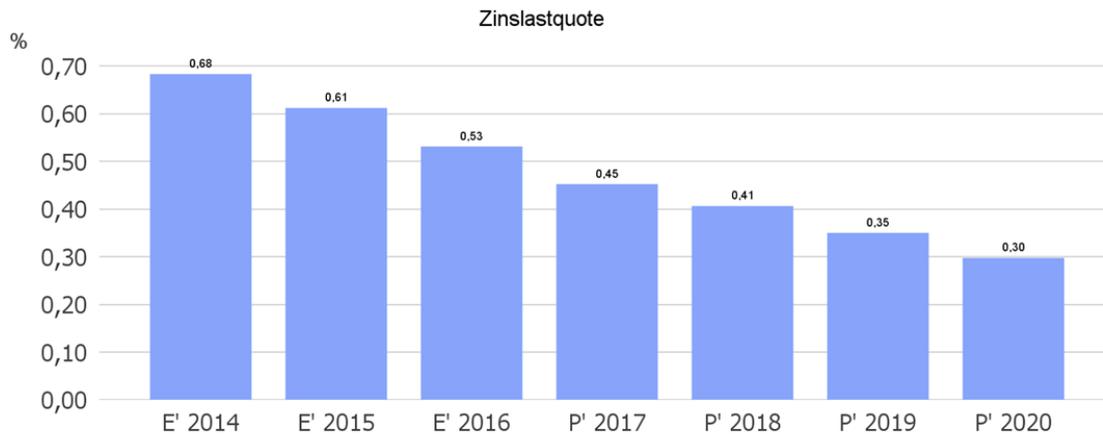
Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird bei dieser Kennzahl die Wertgröße Eigenkapital um die Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge erweitert. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



4.2.2 Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung

Zinslastquote

Die Kennzahl stellt die Finanzaufwendungen (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen. Die Zinslastquote zeigt, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen des operativen Verwaltungsgeschäftes besteht.



5 Wesentliche Vorgänge des Haushaltsjahres

Haushaltsplan 2016

Nachdem der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für 2016 am 05. November 2015 von Bürgermeister Schwiddessen in der Gemeindevertretung eingebracht wurde, erfolgte der Beschluss mit 22 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen und keiner Enthaltung am 17. Dezember 2015. Der Landkreis Fulda genehmigte den Haushaltsplan 2016 mit Schreiben vom 24.02.2016 ohne Auflagen.

Jahresabschluss 2015 und 2016

Für den Jahresabschluss 2015 wurde von der Revision des Landkreises Fulda am 14. Oktober 2016 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Der Jahresabschluss 2016 wurde am 27. Juni 2017 von der Verwaltung aufgestellt und der Gemeindevorstand informiert. Die zeitliche Verzögerung lässt sich damit erklären, dass der Jahresabschluss komplett mit der neuen Finanzsoftware erstellt wurde, die erst seit Dezember 2016 angewendet wird. Aufgrund dieses erheblichen Umstellungsprozesses ist eine Abweichung von 2 Monaten vom in § 114s der Hessischen Gemeindeordnung vorgeschriebenen Aufstellungsdatum erklär- und vertretbar.

6 Haushaltsausgabereste (HAR)

In 2015 wurden in den Hauptproduktbereichen für Investitionen folgende Haushaltsreste gebildet und nach 2016 übertragen:

Hauptproduktbereich	Bezeichnung	Bildung HAR
1	Zentrale Verwaltung	712.694,64 EUR
2	Schule und Kultur	4.194,00 EUR
3	Soziales und Jugend	408.002,32 EUR
4	Gesundheit und Sport	12.785,00 EUR
5	Gestaltung der Umwelt	359.334,62 EUR
Summe		1.497.010,58 EUR

In 2016 werden folgende Haushaltsreste für Investitionen gebildet:

Produkt	Maßnahme	in €
11102	Anschaffung Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) Rathaus	603,82
11105	Anschaffungskosten Finanzsoftware	3.011,25
11113	Investitionszuschuss Interkomm. Gewerbegebiet	102.352,41
11113	Grundvermögen allgemein	30.000,00
11113	Optionsverträge allgemein	3.000,00
11113	Software Fernwirktechnik Liegenschaften	7.000,00
11114	Baukosten Waschplatz Bauhof	13.000,00
11114	Umbau Salzhalle	20.000,00
11114	Baukosten Bauhofgebäude	5.788,77
11114	Anschaffung Geräte Bauhof	2.189,84
11114	Anschaffung GWG Bauhof	231,61
12201	Anschaffung GWG Ordnungsamt	175,42
12601	Anschaffung ELW FW Petersberg	105.000,00
Summe	Hauptproduktbereich (HPB) 1	292.353,12
	HPB 2	
27201	Anschaffung Bücher Rathausbücherei	1.237,59

Produkt	Maßnahme	in €
36501	Baukosten Kita Rauschenberg	13.490,50
36501	Anschaffung Kita Kleine Füße	1.220,80
36501	Investitionszuschüsse kirchliche Kita´s St. Peter u Marbach	547.229,89
36501	Baukosten Anbau Kita Kolibri	62.850,00
36501	Spielgeräte Kita Rauschenberg	10.000,00
36501	Spielgeräte und Ausstattung Kita Kolibri	36.000,00
36603	Wasserspielplatz Steinau	25.000,00
36603	Anschaffung Spielgeräte allgemein	5.000,00
Summe	HPB 3	700.791,19
	HPB 4	
42401	Druckerhöhungsanlage Steinhaus	21.200,00
53801	Baukosten Kanalisation Kleines Krähenfeld	44.000,00
54101	Straßenbau Brüder-Grimm-Straße	75.880,60
54101	Straßenbau B458/Petersberger Str./Ziegelberg/ St. Johann	45.000,00
54101	Straßenbau Stützmauer Bergstraße	58.000,00
54101	Straßenbau Pfaffenpfad	56.464,20
54101	Radweg Böckels-Horwieden	160.000,00
54101	Straßenbau Gewerbegebiet Petersberg Ost	4.243,56
54101	Straßenbau Am Felsenkeller	15.688,08
54101	Straßenbau Oberer Himmelsacker	6.500,00
54101	Straßenbau Riesandshohle	322,68
54101	Straßenbau Hinterm Hainberg II	16.191,63
54501	Erneuerung Straßenbeleuchtung	87.321,62
54501	Anschaffung Schneepflug	2.737,00
54703	Umbau Buswartehallen	3.500,00
55301	Anlage Urnengrabfelder	15.000,00
55301	Baukosten Zufahrt Friedhof Frohnbach	11.150,24
55301	Anschaffungskosten Ausgussbecken Steinau	4.000,00
55301	Friedhofsentwicklungsplanung	12.500,00
57301	Bestuhlung Turmzimmer	10.000,00
57301	Fernwirktechnik DGH Marbach	5.000,00
57301	Mehrkosten Lichtpult	3.000,00
Summe	HPB 5	636.499,61
	HPB 6	
61201	Gewährung Darlehen Eigenbetrieb	500.000,00
SUMME	GESAMT	2.152.081,51

7 Über- und Außerplanmäßige Mittelbereitstellung

1. Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an der B27 Marbach mit 78.321,04 € (Gemeindevorstand am 01.11.2016)
2. Anschaffung und Umstellung auf die neue Finanzsoftware „H&H Pro Doppik“ mit 99.413,20 € (alle gemeindlichen Gremien zwischen 21.06.2016 – 14.07.2016). Der Anteil des Eigenbetriebs beträgt 25.034,97 €

8 Prognosebericht - Risiken und Chancen

Im Rechenschaftsbericht ist auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Kommune einzugehen. Angesprochen werden im Folgenden:

8.1 Risiken

8.1.1 Bevölkerungsentwicklung, Altersstruktur

Die Einschätzung der weiteren Bevölkerungsentwicklung ist Grundlage für jede Art von strategischer Planung in Kommunalverwaltungen. Bedingt durch den allgemeinen demografischen Trend haben die meisten deutschen Kommunen einen Bevölkerungsrückgang sowie eine zunehmend alternde Bevölkerung zu verzeichnen. Dies erfordert für die Zukunft eine Anpassung der kommunalen Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Senioren.

Die Entwicklung der Bevölkerung nach Anzahl und Altersaufbau ist nur bedingt kommunal beeinflussbar. Der gesamtgesellschaftliche Trend zu einer schrumpfenden und immer älter werdenden Gesamtbevölkerung ist heute unumkehrbar, wobei die örtlichen Ausprägungen durchaus stark variieren können.

Die Anzahl derer, die durch Erwerbseinkommen Sozialversicherungsbeiträge und Steuern erwirtschaften, wird langfristig schrumpfen; der Anteil derer, die auf staatliche Transferleistungen (z.B. Grundsicherung im Alter) angewiesen sind, wird steigen. Dies wird unweigerlich zu einer weiteren Belastung der staatlichen und kommunalen Finanzsysteme führen.

Die zentrale Frage der örtlichen Politik ist daher nicht, ob der Prozess aufgehalten werden kann. Vielmehr geht es um den hierdurch entstehenden Anpassungs- und Gestaltungsbedarf, d.h., wann und in welchem Maße eine quantitative und inhaltliche Neuausrichtung der kommunalen Dienstleistungspalette erfolgen muss.

Der Bericht soll eine Orientierung darüber ermöglichen, wie die örtliche Situation mit Blick auf folgende Kriterien einzuschätzen ist:

- Bevölkerungsentwicklung im Zeitverlauf (Stand 31.12.2015)
- Veränderungen bei einzelnen Alters-/ Zielgruppen (Stand 31.12.2015)

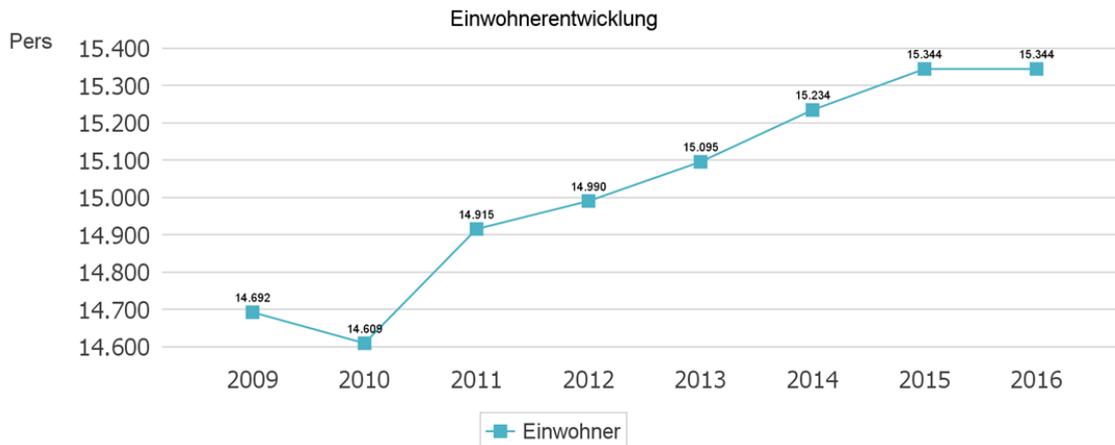
Einwohnerentwicklung gesamt und nach Altersgruppen

„Nach Auskunft der Staatskanzlei und des Hessischen Statistischen Landesamts wird sich die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen für das Jahr 2016 bundesweit um circa 7 bis 8 Monate gegenüber den ursprünglichen Planungen (für den Stichtag 31.12.2016 statt August 2017 frühestens Februar/März 2018) auf Grund von neuen technischen Standards verzögern.“

Die Entwicklung der Einwohnerzahl sowie der einzelnen Altersgruppen stellt sich wie folgt dar:

Einwohnerentwicklung

	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016
Einwohner gesamt	14.990	15.095	15.234	15.344	15.344
Kinder im Vorschulalter (0-5 Jahre)	794	822	859	866	0
- davon Kinder im Krippenalter (0-2 Jahre)	406	416	427	451	0
- davon Kinder im Kindergartenalter (3-5 Jahre)	388	406	432	415	0
Kinder im Schulalter (6-17 Jahre)	1.831	1.807	1.784	1.793	0
Einwohner im erwerbsfähigen Alter (18-65Jahre)	9.321	9.401	9.467	9.516	0
Senioren (über 65 Jahre)	3.044	3.065	3.124	3.169	0



In der gemeindeeigenen Einwohnerstatistik (ekom), die geringfügig von der des Statistischen Landesamtes abweicht, wurden in der Gemeinde Petersberg zum 31.12.2016 15.724 Einwohner gezählt. Was einen Zuwachs von 380 Einwohnern gegenüber 2015 bedeuten würde.

Es ist von weiteren Zuwächsen auszugehen, da in 2017 bis 2019 die Baugebiete in den OT's Marbach (Oberer Himmelsacker), Steinau (Kleines Krähenfeld) und in Petersberg (Hutweide) erschlossen und anschließend veräußert werden.

Langfristig (bis 2030) wird der Gemeinde Petersberg ein Bevölkerungsrückgang zwischen 0-7% prognostiziert.

Die Gemeinde hat nach strategischen Gesichtspunkten dafür gesorgt, diesem vorhergesagten Trend des Bevölkerungsrückgangs entgegenzuwirken. Die Gemeinde Petersberg erfreut sich bei Bauinteressenten großer Beliebtheit, was sich an 160 Bewerbern für die 65 Baugrundstücke in Marbach und Steinau zeigt.

Die Anzahl der steuerpflichtigen Bewohner ist die Grundlage für die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde, den Anteil an der Einkommensteuer. Die Basis der Einnahmeart kann dadurch vergrößert und das Niveau mindestens gehalten werden.

8.1.2 Kommunalen Finanzausgleich

Die Gemeinde Petersberg hat ihre Hebesätze der Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer in 2017 auf die Nivellierungssätze (Durchschnittssätze) des Landes Hessen angepasst, weil ihr durch die Neuregelung des KFA 2016 Steuereinnahmen auf diesem Niveau angerechnet wurden, die sie aufgrund ihrer niedrigeren Hebesätze gar nicht erzielt hat. Neben den Nivellierungssätzen wirken sich die Hebesätze des Landkreises Fulda bei der Kreis- und Schulumlage aus, die 39% der ordentlichen Aufwendungen der Gemeinde Petersberg ausmachen. Der Hebesatz für die Schulumlage wurde für das Haushaltsjahr 2017 von 18,5% auf 16,5% um 2 Prozentpunkte reduziert.

8.1.3 Personalkosten in Folge des Kinderförderungsgesetz (KiFöG)

Die Defizite in der Kinderbetreuung sind hauptsächlich von der Höhe der Personalkosten geprägt. Seit 2009 bis Ende 2017 werden sich die Personalkosten von 0,914 Mio € auf 2,60 Mio € und das Jahresdefizit von 1,265 auf 3,227 Mio € mehr als verdoppelt haben. Begründen lässt sich dies durch:

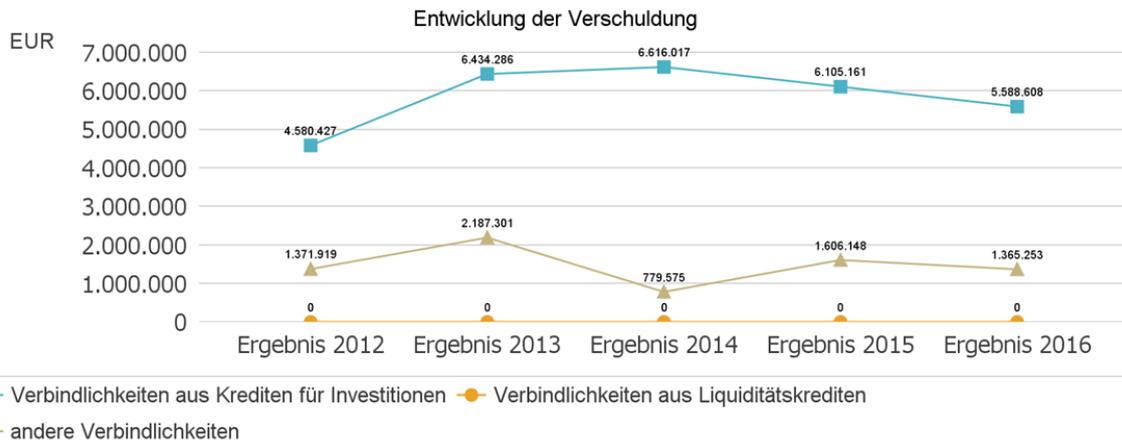
- Die erhöhte Anzahl der betreuten Kinder. Nach der Auswertung der Kostenrechnung für das Produkt Kinderbetreuung bezuschusst die Gemeinde jeden Platz eines Krippenkindes mit 11.351 € und eines Kindergartenkindes mit 5.350 €;
- Einen im KiFöG verankerten, intensiveren Personalschlüssel in der Betreuung und
- die Tarifierhöhungen für das Betreuungspersonal.

8.1.4 Entwicklung der Verschuldung

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristigen finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.

Entwicklung der Verbindlichkeiten in Tausend Euro (in Tausend EUR)

	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.580	6.434	6.616	6.105	5.589
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten	0	0	0	0	0
andere Verbindlichkeiten	1.372	2.187	780	1.606	1.365
Verbindlichkeiten Gesamt	5.952	8.622	7.396	7.711	6.954



Die Gemeinde ist bestrebt, ihre Investitionen zunächst aus eigenen Mitteln zu erfüllen und das ohne Fremdkapital. Die letzten Darlehensaufnahmen waren:

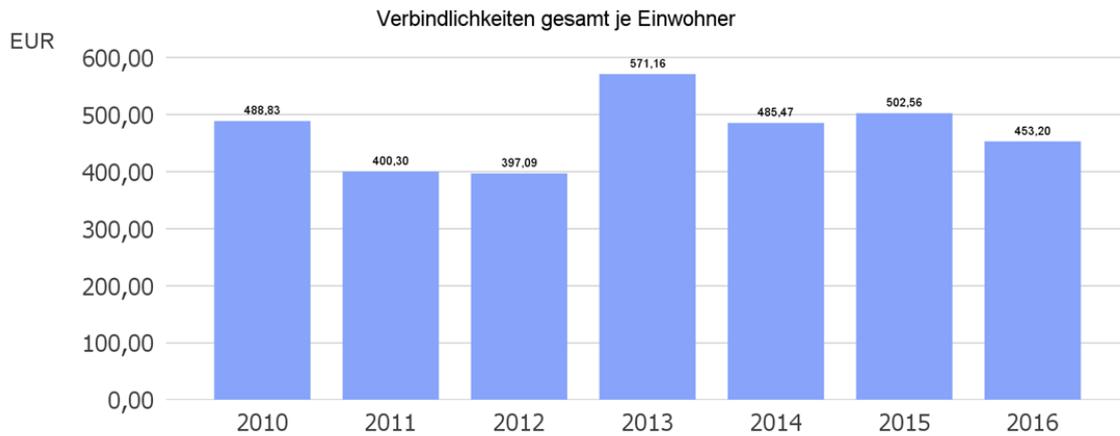
2012: 250.000 € Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds Abtl. B für die Anschaffung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges;

2013: 2.210.000 € KfW-Darlehen - Mittel zum Ausbau der U-3 Betreuung für die KITA am Rauschenberg;

2014: 700.000 € Darlehen aus dem Hessischen Investitionsfonds Abtl. B für die Kita am Rauschenberg.

Verschuldung je Einwohner

Um die örtliche Situation besser einschätzen zu können, bietet sich die einwohnerbezogene Betrachtung an. Dargestellt werden die Verbindlichkeiten insgesamt sowie die darin enthaltenen Investitions- und Liquiditätskredite bezogen auf einen Einwohner.



Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten je Einwohner



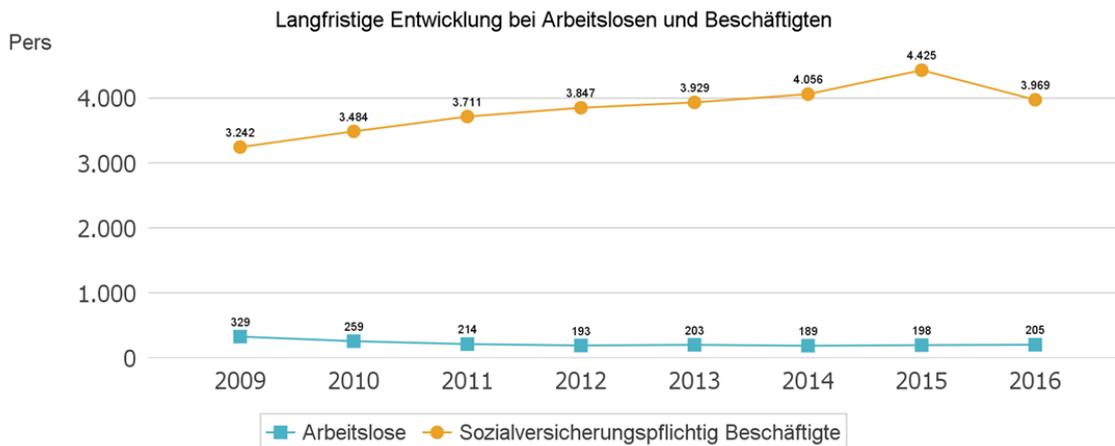
In einer Untersuchung der Haushaltswirtschaft durch die Beratungsstelle für „Nichtschutzschirmkommunen“ am 29. September 2016 wurde der Gemeinde bestätigt, dass ihr geringer Verschuldungsgrad einer der Faktoren für das positive Jahresergebnis ist.

8.2 Chancen – Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Neben der Bevölkerungsentwicklung im allgemeinen sind auch die Entwicklungen am örtlichen Arbeitsmarkt von Bedeutung für den kommunalen Haushalt (Gewerbesteuer, Sozialtransferaufwendungen). Neben den Arbeitslosenzahlen werden auch die Zahlen zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Indikatoren herangezogen.

Entwicklung der Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen

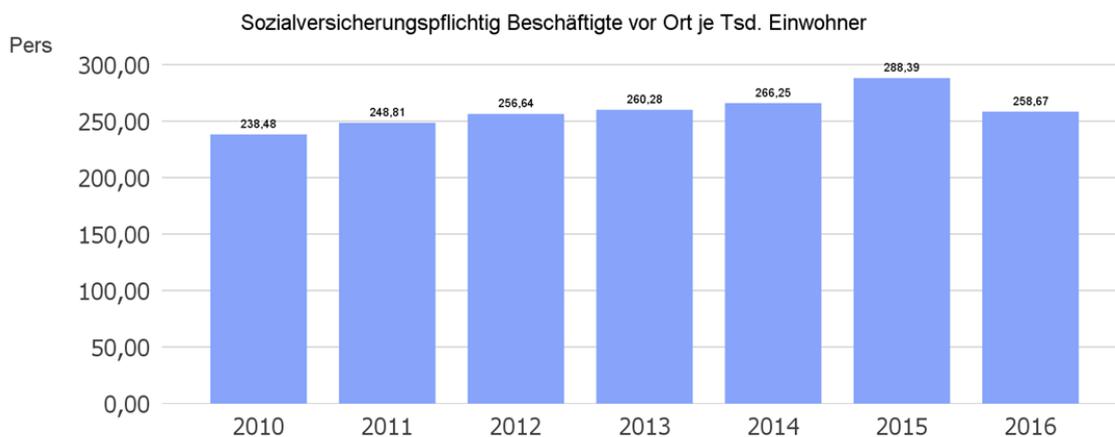
	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Ergebnis 2015	Ergebnis 2016
Arbeitslose zum 30.6.	193	203	189	198	205
davon Arbeitslose unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)	19	21	22	14	17
davon Arbeitslose über 55 Jahre (Arbeitslosigkeit Älterer)	35	32	37	54	51
SV-pflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	3.847	3.929	4.056	4.425	3.969



Im Ort arbeitende sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je Tsd. Einwohner

Als Indikator für die Entwicklung der örtlichen Wirtschaft kann die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten herangezogen werden, die vor Ort arbeiten. Enthalten sind also alle Personen (auch Einpendler), die vor Ort einer Beschäftigung nachgehen. In dieser Zahl nicht enthalten sind Auspendler.

Die Darstellung erfolgt in Relation zur Einwohnerzahl.



- Der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in 2016 ist mit dem Wegzug eines mittelständischen Unternehmens zu erklären.
- Durch die Nähe zur Stadtregion Fulda ist die Gemeinde Petersberg als Wohn- und Wirtschaftsstandort sehr gefragt. Die Gemeinde kann erhebliche Gewerbesteuererlöse erzielen, was mit der überdurchschnittlich hohen Nachfrage nach Gewerbeflächen und der guten konjunkturellen Lage des Mittelstandes zu erklären ist.
- Aufgrund des 2008 fertiggestellten Autobahnanschlusses „Fulda Mitte“ wird Petersberg weiterhin als Wirtschaftsstandort mit seiner günstigen Infrastruktur nachgefragt werden.

- Die Gemeinde Petersberg arbeitet aktiv daran, zusätzliche Einnahmen zu erzielen. Im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Fulda, den Gemeinden Eichenzell und Künzell, hat sie sich entschlossen, gemeinsame Gewerbegebiete auszuweisen. Damit wollen die 4 Kommunen als „Stadtregion“ auftreten. Das Konzept sieht vor, dass Gewerbeflächen als „Interkommunales Gewerbegebiet“ ausgewiesen werden. Sowohl an den entstandenen Kosten als auch an den Verkaufserlösen werden alle Partner zu je 25 % beteiligt. Sobald die neu angesiedelten Betriebe ihre Tätigkeit aufnehmen und Gewerbesteuer- und Grundsteuereinnahmen fließen, sind alle Kommunen wieder zu gleichen Teilen an den Einnahmen zu beteiligen. Diese Kooperation ist als Chance für die Gemeinde Petersberg zu sehen, denn ein Konkurrenzdenken zwischen den Kommunen bei der Vermarktung von Grundstücken wird damit ausgeschlossen.

Die Entwicklung in den 4 beteiligten Kommunen verläuft sehr unterschiedlich. Bisher konnte nur die Gemeinde Eichenzell Grundstücke veräußern und generiert dort Gewerbesteuer- und Grundsteuereinnahmen. In den Gemeinden Petersberg und Künzell sind z. Zt. keine Vermarktungen möglich, weil sie nicht Eigentümer der für das Interkommunale Gewerbegebiet vorgesehen Flächen sind. Der Ansiedlung eines Möbelhauses in der Gemarkung Künzell wurde vom Regierungspräsidium Kassel die Genehmigung verweigert. Die Stadt Fulda bringt zum jetzigen Zeitpunkt keine Grundstücke ein. Eine Weiterentwicklung des „interkommunalen“ Gedankens wäre gerade für Petersberg hilfreich zusätzliche Einnahmen zu generieren, da alle eigenen Gewerbeflächen veräußert sind.

8.3 Zielsetzung und Strategien

Wirtschaftsförderung

Die Infrastruktur für ortsansässige Unternehmen muss so gestaltet sein, dass sie perfekte Voraussetzungen für ihr unternehmerisches Handeln finden. Bereits ortsansässige Unternehmen sollen ihren Standort beibehalten und fremde Unternehmen ihren Standort nach Petersberg verlegen oder dort neu gründen. Bisher noch nicht in Petersberg vertretene Branchen mit guten Wachstumsaussichten sind anzuwerben.

Begründen lässt sich diese Strategie damit, dass mit der Zahl der Gewerbetreibenden auch die Basis der Gewerbesteuerzahler steigt. In Zeiten einer Hochkonjunktur kann die Gemeinde von der guten Auftragslage der Unternehmen profitieren, die Gewerbesteuereinnahmen steigern und in einer Wirtschaftskrise ihre Einbußen mildern. Wirtschaftskrisen treffen nicht alle Branchen in gleichem Maße, so dass eine Branchenstreuung des angesiedelten Gewerbes von Vorteil ist. Hinzu kommt, dass mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen, was eine positive Auswirkung auf die Ansiedlung von Arbeitnehmern in Petersberg haben kann.

In einem zukünftigen „Interkommunalen Gewerbegebiet“ auf Petersberger Grund und Boden könnten die Petersberger Verantwortlichen aktiv die Gestaltung des Gewerbegebietes betreiben.

Wohnortqualität

Die Gemeinde Petersberg muss als Wohnort eine solche Qualität vorweisen können, damit ihre bisherigen Einwohner keinen Grund haben, ihren Lebensmittelpunkt zu verändern. Für Personen, vor allem für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, muss die Wohnortqualität Petersbergs so überzeugend sein, dass sie ihren Wohnort nach Petersberg verlegen.

Durch das Erreichen dieses Ziels profitiert die Gemeinde von der größer werdenden Zahl der Einkommensteuerpflichtigen und ihren zu versteuernden Einkünften. Durch eine steigende Wohnortqualität kann sie sich positiv von den Nachbarkommunen abheben, was zu einem positiven Image beiträgt.

Das Erreichen dieser beiden Ziele kann der Gemeinde dabei helfen, ihre finanzielle Lage weiter zu verbessern, um gestalterisch tätig zu sein oder in Krisenzeiten über finanzielle Rücklagen zu verfügen.

Petersberg, 29.09.2017



Karl-Josef Schwiddessen

Bürgermeister

Vollständigkeitserklärung

der Gemeinde Petersberg

Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2016

Jahresabschluss zum 31.12.2016

Herr Bürgermeister Schwiddessen
gibt persönlich folgende Erklärung ab:

Aufklärungen und Nachweise

1. Der Revision habe ich die von ihr gemäß gesetzlichen Vorschriften verlangten und darüber hinaus für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt:
2. Folgende Personen habe ich angewiesen, der Revision alle Auskünfte, Nachweise und Informationen richtig und vollständig zu geben:
 - Herr Freidhof
 - Frau Erb
 - -

Buchführung, Inventar, Zahlungsabwicklung

3. Es sind alle Bücher, Belege und sonstige Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
4. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für das Haushaltsjahr buchungspflichtig waren, erfasst und belegt. Zu den Belegen gehören alle für die richtige und vollständige Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu Grunde zu legenden Nachweise (begründende Unterlagen).

**Vollständigkeitserklärung gegenüber der Revision des Landkreises Fulda
zur Prüfung des Jahresabschlusses**

5. Die nach der Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik erforderliche Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme wurde sichergestellt.
6. Bei der Inventur sind die Grundsätze ordnungsgemäßer Inventur beachtet und alle im wirtschaftlichen Eigentum stehenden Vermögensgegenstände und die Schulden erfasst worden.
7. Die ggf. in der Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik vorhandenen erforderlichen Regelungen zu Sicherheitsstandards und interner Aufsicht wurden erlassen und sind in aktueller Fassung vorgelegt worden. Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung wurde
- von mir wahrgenommen
- auf Herrn Freidhof übertragen und wahrgenommen
8. Der Jahresabschluss beinhaltet alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Rückstellungen, Wagnisse und Abgrenzungen sämtlicher Aufwendungen und Erträge und sämtliche Aus- und Einzahlungen. Der Anhang enthält alle erforderlichen Angaben.
9. Im Rechenschaftsbericht sind alle Vorgänge von besonderer Bedeutung erläutert worden, insbesondere sind alle Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung, wie sie von mir und dem **Gemeindevorstand** eingeschätzt werden, dargestellt.
10. Zu berücksichtigende Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
- bestehen nicht
- sind im Jahresabschluss enthalten
- sind im Anhang/ Rechenschaftsbericht dargelegt.
11. Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage entgegenstehen
- bestehen nicht
- sind gesondert erläutert

**Vollständigkeitserklärung gegenüber der Revision des Landkreises Fulda
zur Prüfung des Jahresabschlusses**

12. Im Beteiligungsbericht, der bezogen auf den Abschlussstichtag fortgeschrieben und dem Jahresabschluss beigelegt ist, ist die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der **Gemeinde Petersberg**, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, vollständig erläutert. Ausleihungen, Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen bestanden am Stichtag

nicht

nur in Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

13. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Verlustübernahmeverträgen und sonstigen Sicherheiten bestanden am Stichtag

nicht

nur in der Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

Im Verbindlichkeitspiegel sind alle Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten nachrichtlich ausgewiesen.

14. Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände bestanden am Stichtag

nicht

und sind unter Ziffer aufgeführt

15. Derivate Finanzinstrumente (z.B. fremdwährungs-, zins-, wertpapier- und indexbezogene Optionsgeschäfte und Terminkontrakte, Zins- und Währungsswaps, Forward Rate Agreements und Forward Forward Deposits) bestanden am Stichtag

nicht

und sind in den Büchern vollständig erfasst sowie der Rechnungsprüfung dargelegt worden

und sind unter Ziffer aufgeführt

**Vollständigkeitserklärung gegenüber der Revision des Landkreises Fulda
zur Prüfung des Jahresabschlusses**

16. Verträge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune von Bedeutung sind oder werden können (z.B. wegen ihres Gegenstandes, ihrer Laufzeit, möglicher Verpflichtungen oder aus anderen Gründen), bestanden am Abschlussstichtag
- nicht
- und sind unter Ziffer bzw. in der Anlage vollständig aufgeführt
- Liegen in der Gemeinde vor und können eingesehen werden
17. Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind – soweit sie nicht in der Bilanz erscheinen -
- im Anhang angegeben
- unter Ziffer bzw. in der Anlage aufgeführt
18. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage von Bedeutung sind,
- lagen am Stichtag und liegen auch zurzeit nicht vor
- sind im Anhang angegeben
- sind unter Ziffer bzw. in der Anlage aufgeführt
19. Störungen oder wesentliche Mängel des rechnungsbezogenen Internen Kontrollsystems
- lagen am Stichtag und liegen auch zurzeit nicht vor
- sind vollständig mitgeteilt worden
20. Es wird bestätigt, dass für das von der Kommune angewendete Datenverarbeitungsprogramm im Finanzwesen ein gültiges Testat einer Prüfungseinrichtung vorliegt. Das von der Prüfungseinrichtung geprüfte und testierte Programm wurde von der Kommune unverändert übernommen.

**Vollständigkeitserklärung gegenüber der Revision des Landkreises Fulda
zur Prüfung des Jahresabschlusses**

21. Alle bekannten Täuschungen und Vermögensschädigungen sind mitgeteilt worden.

22. Die im Rechenschaftsbericht gemachten Angaben gemäß der Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung sind nach meinem Kenntnisstand vollständig und zutreffend.

Petersberg, 29.08.2017

Ort, Datum



Unterschrift **Bürgermeister**